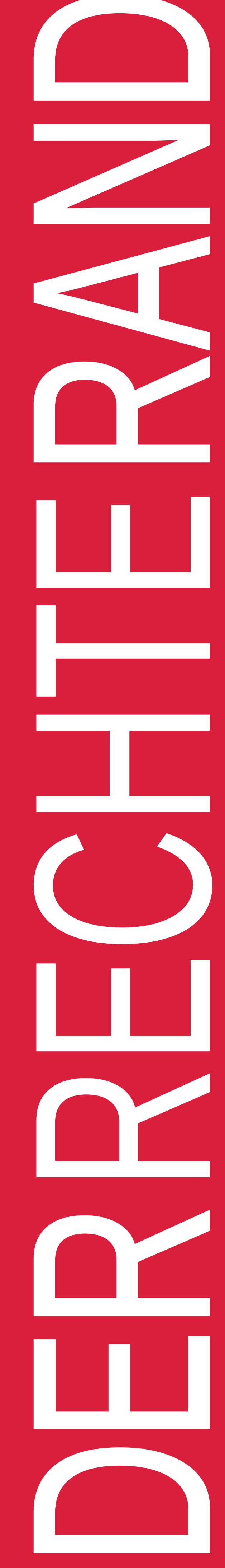
H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 133
November | Dezember 2011
2,50 Euro

# INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN




## FASCHISTISCHE ÄSTHETIK

MUSIK **30 JAHRE »DEATH IN JUNE«**

BRAUNZONE **25 JAHRE »JUNGE FREIHEIT«**

NAZIS **HNG VERBOTEN**

INTERNATIONAL **ANTIZIGANISMUS IN TSCHECHIEN**

## FOTOS

Bildarchiv DRR (S. 6), Kai Budler (S.10),
Robert Andreasch (S. 21 (2), S. 28 (3)),
Mark Mühlhaus (S. 24-25)
Kurt Steuble, lookabout.ch (S. 30)

# EDITORIAL

Ästhetische Inszenierungen sind in der extremen Rechten en vogue. Mit weißen Masken, dunklen Kapuzenpullovern und Fackeln marschierten am 1. Mai 2011 Neonazis im Gleichschritt durch Bautzen. Das Auftreten der »Unsterblichen«, wie sich die Neonazis selber nennen, hebt sämtliche Individualität auf und lässt den Einzelnen in der Gemeinschaft aufgehen. Es ist sowohl eine Reminiszenz an die Fackelmärsche der Nationalsozialisten, erinnert sei hier an den 30. Januar 1933, als auch an popkulturelle Symbolik.

Die Diskussion über faschistische Ästhetik, die DER RECHTE RAND in der aktuellen Ausgabe am Beispiel der Europa-Tournee der Band »Death In June« aufgreift, ist in der extremen Rechten ein stets aktuelles Thema. Dabei muss der Blick nicht immer gleich zu besonderen Inszenierungen, wie bei den »Unsterblichen« in Bautzen, schweifen. Auch im Alltäglichen lassen sich die Ästhetisierungen politischer Konzepte oder auch der Gewalt von Rechts wiederfinden. Erinnert sei an die »Autonomen Nationalisten«, die ihre politischen Inhalte über einen als »hip« verstandenen Lifestyle zu modernisieren versuchen. Dass sie nach wie vor offen und unverkennbar den Nationalsozialismus propagieren, scheinen manche BetrachterInnen angesichts von Tunnelohrringen, Piercings, Basecaps und Baggy-Pants ganz aus dem Blick zu verlieren. Hier wie dort gilt es, vor allem die politischen Beweggründe und Intentionen zu analysieren und sich nicht von dem inszenierten Schein blenden zu lassen.

Derweil läuft in der Neonazi-Szene nicht alles glatt. Udo Voigt, seit 15 Jahren Parteivorsitzender der NPD, muss um seinen Posten bangen. Sein Konkurrent Holger Apfel macht ihm gegenwärtig die Führung der Neonazi-Partei streitig. Und Ursula Müller, unumstrittene Chefin der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.«, ist ihre Funktion nun erstmal los, da die Organisation durch das Bundesinnenministerium verboten wurde. Außerdem mussten sich die Aktivisten des neonazistischen Nachrichtenportals »Altermedia« vor Gericht für ihre Hetze verantworten. Und dennoch: Von einer Krise der organisierten Nazi-Szene zu sprechen, wäre mit Blick auf die Aktivität des Spektrums vollkommen falsch. Parteivorsitzende kommen und gehen, neonazistische Organisationen wurden immer wieder verboten und schon etliche Neonazis standen vor Gericht. Doch erledigt hat sich damit das Problem von Rassismus, NS-Verherrlichung und Antisemitismus nicht. Wichtiger ist zu beobachten, welche langfristigen politischen Linien neues Personal der Rechten verfolgt, welche Organisationen entstandene Lücken auszufüllen trachten, wer an die Stelle jener rückt, die kurzzeitig von der Bühne abtreten müssen und welche neuen Bündniskonstellationen sich ergeben. Kontinuierlich beobachtet und analysiert DER RECHTE RAND diese Entwicklungen.

Derweil tingelt der »Crash-Prophet« Max Otte durch alle Medien. Ob im ZDF, im »Focus« oder der »Süddeutschen Zeitung«, der Ökonom kommentiert derzeit überall die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise. Ausgeblendet wird dabei, dass Otte bereits mehrfach Autor in der »neu rechten« Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) war, die mittlerweile seit 25 Jahren erscheint, und im Sommer 2011 als Referent auf einer Veranstaltung des »neu rechten« »Instituts für Staatspolitik« auftrat. Wenig oder gar nicht störend scheinen auch die BesucherInnen der diesjährigen »Frankfurter Buchmesse« die öffentlichen Veranstaltungen der JF auf der Messe gefunden zu haben. Proteste gegen den Auftritt der prominenten österreichischen Rechtsaußenpolitikerin Barbara Rosenkranz von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« und eine ganze Reihe anderer Autoren und Aktivisten der extremen Rechten gab es nicht. Und wie wenig sich dieses Spektrum von dem grausamen Massenmord vom Juli 2011 in Norwegen und der öffentlichen Kritik an Rechtspopulismus und antimuslimischem Rassismus beeindruckt zeigt, belegte eine aktuelle Veröffentlichung aus dem »neu rechten« Verlag »Edition Antaios«. In dem Buch wird eine Auswahl der Hetzschriften des maßgeblichen Stichwortgebers für den norwegischen Attentäter, des Bloggers »Fjordman«, erstmals in deutscher Sprache verlegt. Der rechte Verlag und seine Betreiber versuchen nun, aus den Morden im wahrsten Sinne des Wortes Kapital zu schlagen und zugleich die Ideen, die zu mehr als 70 Ermordeten führten, weiter zu verbreiten.

# TERMINE

Nächste DERRECHTERAND-Ausgabe:
Anfang Januar 2012,
Redaktionsschluss: 10. Dezember 2011

# Inszenierung faschistischer Ästhetik?

## Zur Diskussion um die Band »Death In June«

Handelt es sich beim Œuvre der Neo-Folk-Band um faschistische Kunst oder doch nur um ein Spiel mit faschistischer Ästhetik? Ist es denn nicht Provokation, wenn der Bandleader in SS-Uniformen oder Uniformteilen und entsprechenden Insignien auftritt?

Von Jens Breuer & Christian Grünert

Faschistische Symbole werden in Pop, Rock und diversen Jugendkulturen immer wieder aufgegriffen und verwendet. Die Buchstaben der Band »Kiss« in Sig-Runen, Lemmy von »Motörhead« in Wehrmachtsuniform und Freddy Mercury (»Queen«) in SS-Uniform. Selbst Prinz Harry zeigte sich schon mit Hakenkreuz-Armbinde. Andere übernehmen die Ästhetisierung des Faschismus, erinnert sei nur an den Albert Speer'schen »Lichtdom« bei »Rammstein«. Dritte wiederum verbinden beides miteinander zu einem künstlerischen Gesamtkonzept, wie beispielsweise »Laibach« bei einigen Inszenierungen oder eben die britische Neo-Folk-Band »Death In June«. Der Auftritt letzterer, die in der Darkwave-Szene als »Kultband« gilt, im Oktober 2011 in Deutschland, warf erneut die Frage auf, wann denn von faschistischer Ästhetik gesprochen werden kann und wann das denn auch auf die Künstler zurückfällt – um das zu klären, muss etwas ausgeholt werden.

Vor dreißig Jahren wurde »Death In June« von Patrick Leagas, Tony Wakeford und Douglas Pearce gegründet. Die beiden letzteren hatten zuvor in der Punk-Band »Crisis« mitgespielt, einer linken, antifaschistischen Gruppe, die auf »Rock against Racism«-Konzerten spielte. Im Song »Holocaust« warnten sie vor neuen Nazis, die ihr Hakenkreuz hinter einer Nationalflagge verstecken. Als dann 1981 die erste Single von »Death In June« mit dem Titeltrack »Heaven Street« veröffentlicht wurde, schien es wie eine Fortführung des kritischen Geistes von »Crisis«. Der Song handelt vom Weg in den Himmel, der am Ende der »Himmelsstraße« in die Gaskammern der nationalsozialistischen Vernichtungslager mündet. Und als die Musiker auf Konzerten die Bühne in SS-Uniformen betraten und dann noch der SS-Totenkopf mit einer kleinen 6 versehen für »Tod im Juni« als Bandlogo hinzukam, interpretierten viele das als Ausdruck eines künstlerischen, dialektischen Projektes. Die Gruppe selbst ließ alles für sich sprechen. Weder kommentierte sie, noch ließ sie verlauten, ob hinter allem ein spezifisches Konzept stecke.




Der Kulturpessimismus des Songs »Death of the West«, der an seiner Dekadenz stirbt und dessen Erlösung ein im Norden aufgehender Stern verheißt, wurde geflissentlich als zeitgeistkonform interpretiert. Doch weder hier noch beim Song »C'est un rêve« von 1985, kamen Zweifel auf. Das Lied besteht nur aus wenigen Zeilen: »Où est Klaus Barbie? Il est dans le coeur. Il est dans le coeur noir. Liberté – C'est un rêve...« (»Wo ist Klaus Barbie? Er ist im Herzen. Er ist im schwarzen Herzen. Freiheit – das ist ein Traum…«). Anlass für diesen Song war die Festnahme von Klaus Barbie, dem Kommandanten der Sicherheitspolizei/Sicherheitsdienst in Lyon (Frankreich), dessen Grausamkeit ihm den Beinamen »Schlächter von Lyon« eingebracht hatte. Wiederum lautete hier die freundliche Lesart: Den HörerInnen solle vor Augen geführt werden, dass in jeder Person ein Klaus Barbie stecken könne. Doch angesichts dessen, dass Pearce später die französische Résistance mit der Gestapo gleichsetzte, entsprang der Song wohl eher der Kritik, dass Barbie vierzig Jahre nach Kriegsende noch zur Rechenschaft gezogen werden sollte. Auch bei weiteren Songs gibt es eine freundliche und eine weniger wohlwollende Lesart – welche die richtige sei, ließ Pearce, der seit 1985 allein die Band aufrecht erhielt, offen. Dabei mehrten sich die Zeichen, dass er längst selbst seiner inszenierten Ästhetik erlegen war. 1998 veröffentlichte er beispielsweise den Song »Kameradschaft«, der inspiriert ist von der gleichnamigen Plastik »Kameradschaft« des nationalsozialistischen Bildhauers Josef Thorak von 1937. Den Song steuerte Pearce im Übrigen im gleichen Jahr einer Compilation zu Ehren Thoraks auf dem extrem rechten Label »Verlag und Agentur Werner Symanek« (VAWS) bei.

Eine Verwendung von Elementen faschistischer Ästhetik läuft – im Sinne von Walter Benjamin – Gefahr, den Faschismus zu ästhetisieren. Denn die Ästhetisierung von Politik und die Politisierung der Ästhetik bedingten sich im Faschismus, schrieb der Philosoph, der sich 1941 auf der Flucht vor den Nationalsozialisten das Leben nahm. Die Grenze von Spiel und Provokation ist überschritten, wo Habitus, Text, Artwork und Performance die Ästhetik des Faschismus idealisieren, statt sie durch Spiegelung zu ironisieren, zu karikieren oder sie der Reflexion auszusetzen. Bei »Death In June« indes fehlt der Bruch, vielleicht ist er auch über die Jahre entschwunden. Denn wenn Pearce im Flecktarn der Waffen-SS auf der Bühne im Song »Runes and men« wehmütig singt, dass er, wenn ihn die Traurigkeit überkommt, einen deutschen Wein trinke und in Träume von anderen Leben und größeren Zeiten abdrifte, dann ist der Interpretationsrahmen derart eingeengt, dass ein objektiver Betrachter hier nur auf eine Verherrlichung des besiegten Faschismus schließen kann. Auch wenn genügend Fans der Band voller Unverständnis auf diese Kritik reagieren.

Die Auseinandersetzung um die Indienstnahme faschistischer Ästhetik ist auch ein »Geistkampf« (Ernst Bloch). Wobei es vonnöten ist, über Motive und Konzeptionen zu streiten, zu sehen, wo Unterschiede zwischen »Kiss« und »Death In June« verlaufen. Denn in der Kunst geht es um den Kern der Verfasstheit von Menschen, um Gesellschaftskonzepte und Welthaltigkeit. Der Wiederkehr archaischer Menschen- und Gesellschaftskonzepte in der Kunst gilt es zu begegnen. ■

# On tour mit »Death in June«

Zum letzten Mal, hieß es, toure die Band, die in der Gothic-Szene Kultstatus hat und maßgebliche Begründerin der Stilrichtung »NeoFolk« ist. Jenseits dieses Spektrums gilt sie als politisch kontrovers – doch nicht überall.

Von Erik Peddersen, Anne Jessen, John Postma, Jan Raabe, Nora Wolf, Maria E. Schurian und Reinhard Junghandl

14 Konzerte in drei Wochen absolvierte die Band »Death In June« (DIJ) im Rahmen ihrer Europatournee zum 30-jährigen Jubiläum im Oktober 2011. Am 21. Oktober gastierte sie im »The Steeple« im belgischen Waregem.

**Waregem ...**

Eine Collage aus Filmsequenzen und Bildern von Krieg, Terrorismus, Zerstörung, blutigen oder traumatisierten Opfern und Selbstmördern flackerte zu Beginn des Abends über die Leinwand, begleitet von monotonem Sound. Damit begann der Auftritt der dänischen Neofolk-Formation »Of the Wand & The Moon« (OTWATM). Sanfte Töne begleiteten die Lieder über Natur, Runenmagie und Spiritualität, vorgetragen mit eingängiger Stimme von Bandleader Kim Larsen. Im Hintergrund liefen derweil Bilder von Einkaufszentren und Werbungen, die zum Konsum von irgendwas aufriefen. Schnell ging der Auftritt vorüber, der von den rund 450 BesucherInnen freundlich aufgenommen wurde. Noch vor dem letzten Song kündigte Larsen »mit Freude« an, nun folge DIJ.

Die Spannung im Publikum, das aus klassischen Gothics, Metal-Fans, einigen ›normal‹ Gekleideten und wohl fünf Leuten in SS-Camouflage bestand, wuchs. Viele, das war zu hören, waren aus den Niederlanden, Frankreich und vor allem Deutschland angereist.

Schließlich betrat die Band die Bühne, die geschmückt war mit drei Fähnchen mit dem Logo aus SS-Totenkopf und der kleinen »6« sowie zwei mit der »Whip-hand«. Im Hintergrund hingen eine große Fahne mit SS-Totenkopf und eine kleine Regenbogenfahne, das internationale Symbol der Lesben- und Schwulenbewegung.

Bandleader Douglas Pearce in Tarnfleck-Uniform und Maske und John Murphy in einem weißen Overall, der an die Kleidung norwegischer SS-Freiwilliger erinnerte, wurden begeistert begrüßt, ebenso wie ihr Set aus alten und jüngeren Songs. Anklang fanden aber vor allem frühe Klassiker wie »Little Black Angel« oder »Heaven Street«. Als der letzte Song der Zugabe, der Song »C'est un rêve« begann, hob jemand den rechten Arm zum Hitlergruß – niemand reagierte und Pearce schien es nicht zu bemerken. Mit Verve trug er stattdessen den Song tagesaktuell verändert vor: »Où est Klaus Barbie? Où est Ghadafi?«. Der lybische Machthaber war am Tag zuvor umgekommen.

**... Eisleben ...**

Am Tag darauf folgte das Gastspiel in der sachsen-anhaltischen Provinz, in Eisleben. Dort war im Vorfeld über das Konzert diskutiert worden: »Nazi-Ästhetik auf der Bühne«, titelte die »Mitteldeutsche Zeitung« am 18. Oktober 2011. Zeitweise war sogar eine Demonstration geplant, deren Anmeldung jedoch kurzfristig zurückgezogen wurde. Gleichwohl kündigte die Polizei an, sie wolle sorgsam darauf achten, dass keine verfassungsfeindlichen Symbole gezeigt würden. Und penibel erschienen auf den ersten Blick die Einlasskontrollen, die sich in die Länge zogen. Nichtsdestotrotz waren später immer noch SS-Totenköpfe zu sehen, als Anstecker, Aufnäher, T-Shirt-Motiv.



^ Douglas Pearce (»Death In June«) Kopenhagen

Die Fans der Band regten sich indessen auf über die »Verleumdung«. Dabei waren es doch hierzulande diverse Fanzines vom rechten Rand der Szene – »Sigill«, »Europakreuz«, »Thaglasz« –, die vor allem in den 1990er Jahren zeigten, dass Pearce nicht nur ein herber Eurozentrist ist, sondern dass seine Begeisterung für den Nationalsozialismus über einen ›gewöhnlichen‹ Uniformfetisch hinausgeht.

Der Charme des Veranstaltungsortes »Wiesenhof« glich dem »VEB Tanz und Vergnügen«. Kaum mehr als 500 bis 600 ZuschauerInnen waren gekommen. Eine Abendkasse gab es nicht. Bereits am 30. August hieß es, das Konzert sei ausverkauft und unverzüglich wurde es zu einer »Privatveranstaltung« deklariert. Eintritt erst ab 18 Jahren. Das Publikum war durchaus gemischt: ZuschauerInnen in Flecktarnjacken, andere offensichtlich als Black Metal-Fans erkennbar, einige punkige und linksalternativ aussehende Freaks, aber auch einige junge Männer im heute typischen Look des Kameradschaftsspektrums: Turnschuhe, Jeans, »Thor Steinar«- oder »Erik & Sons«-Jacke.

Die erste Vorband »Sonne Hagal« aus Rathenow spielte nur wenige Stücke, darunter den im NeoFolk bekannten neuheidnischen Song »Sonnenwende«, im Original von der deutschen Band »Ernte«. Wie klein diese Szene ist, zeigte, dass am Schlagzeug Kim Larsen von OTWATM stand und Matthias Krause (»Vurgart«) als Gitarrist mitwirkte. Im Anschluss folgte ein kurzer Auftritt von Larsens Band, der nun wiederum von MusikerInnen der ersten Gruppe unterstützt wurde. Schließlich, kaum anderthalb Stunden nach Beginn des Abends, betrat DIJ die Bühne, die nun mit »Schwarze Sonne«- und Regenbogenfahne sowie mit zwei Fähnchen mit der »Whip-hand« geschmückt war – der SS-Totenkopf fehlte.

Routiniert, aber ohne besonderen Schwung, spielten Pearce und Murphy ihr Set herunter, das dem des vorherigen Abends glich. Bejubelt wurden hier Klassiker wie »Runes and Men« oder »Death of the West«, aber auch der Song »Kameradschaft«, bei dem Teile des Publikums den Refrain begeistert mitsangen. Nur »Rose Clouds of Holocaust« fehlte. Das Entscheidungsgremium der »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien« (BPJM) meinte 2005 in dem Song eine Leugnung des Holocausts zu erkennen und indizierte ihn sowie das gleichnamige Album. Dennoch stimmte Pearce ihn, zur Freude des Publikums, als Zugabe an. Doch er sang nur von »Rose Clouds of deutsche Bollocks« und auf die Rahmenbedingungen des Konzerts



^ Ian Read (»Fire + Ice«), Kim Larsen (»Of The Wand & The Moon«), Matthias Krause (»Vurgart«)

anspielend: »For the victims of Jesus, lay down in Eislebens dust, this festivals ended as this festival must.« Von Beifall und zustimmenden Rufen umbrandet beendete er den Song mit den Zeilen: »The German politicians are full of lies lies, lies.«

**… Kopenhagen …**

»Et maskeret kultband takker af« (»Eine maskierte Kultband hört auf«) übertitelte die renommierte Tageszeitung »Politiken« einen Artikel über DIJ am 21. Oktober 2011. Als Punkband hätten sie begonnen, berichtet die Zeitung, die zu den auflagenstärksten des Landes gehört und beschreibt den Sänger als ›Homosexuellen mit Fetisch für Nazisymbole und Uniformen«. Nur am Rande wird erwähnt, dass die Verwendung eben dieser Symbole bereits zu Kontroversen geführt und Konzerte in Lausanne 1998 und Chicago 2003 sogar verhindert worden seien.

Rund 400 BesucherInnen fanden sich zwei Tage später im »Pumpehuset« ein – unter ihnen einige Deutsche und vor allem Schweden, von denen einige graue Hemden mit schwarzem Schlips trugen. Sie erinnerten damit an jene schwedischen Neonazis der »Nationalsocialistisk Front« (NSF), die sowohl 1995 in Roskilde als auch 1998 in Køge am »Rudolf-Hess-Gedenken« teilgenommen hatten. Das Gros der BesucherInnen war indes ›normal‹ gekleidet.

OTWATM eröffnete das Konzert – ein Heimspiel für die Dänen, die begeistert begrüßt wurden. Auch hier wurde Bandleader Kim Larsen wie in Deutschland von Mitgliedern von »Sonne Hagal« und »Vurgart« unterstützt.

Schließlich folgte DIJ. Pearce eröffnete das Konzert mit einer Maske vor dem Gesicht, einer Maracas in der linken und einer Schellenrassel in der rechten Hand. Jeder einzelne Song wurde bejubelt, ältere Stücke freudiger als jüngere. Pearce ging auf das Publikum ein, fragte nach Wünschen und beim Song »Runes and men« sang er im ersten Refrain: »I drink a Danish wine and drift in dreams of other lives and greater times«; erst bei der späteren Wiederholung war es wieder ein deutscher Wein, der ihn abdriften ließ in Träume von anderen Leben und größeren Zeiten … im Original unterlegt mit dem Auszug aus einer Rede des Gauleiters München-Oberbayern Adolf Wagner. Beim Refrain des Songs »Kameradschaft« indes ließen es sich zwei junge Männer in der zweiten Reihe nicht nehmen, wiederholt den Hitlergruß zu zeigen – auch hier reagierte niemand.

**… Wien …**

Nach dem Gastspiel im Norden gab der 55-jährige Pearce am 26. Oktober 2011 in kleinem Rahmen ein nicht öffentlich beworbenes exklusives Akustikkonzert in einem Wiener Restaurant. Am Tag darauf folgte der Auftritt für die »Masse«. Da die lokalen Ausrichter offensichtlich Angst vor antifaschistischen Störmanövern hatten, wurde bis zum Schluss der Konzertort geheim gehalten. Eine Abendkasse gab es erst gar nicht. Tickets waren nur vorab zu beziehen. Erst wenige Stunden vor Beginn verriet eine elektronische Nachricht, wohin es am Abend gehen solle: »Klausgasse 18. 1160 Wien. Einlass 19.15 - 20.30«, hieß es kurz und knapp. Dort warteten drei schwarz Gekleidete, die den BesucherInnen eine Wegbeschreibung in die Hand drückten. Schnelle Schritte führten schließlich zur »Ottakringer Brauerei«. Deren rustikales Ambiente und das Lokalkolorit der Kellnerinnen – sie trugen Dirndl – erfreute besonders die ausländischen Gäste.

Viele der rund 200 BesucherInnen waren ganz ›normal‹ gekleidet, nur wenige trugen Uniformen beziehungsweise Militärkleidung, vor allem Flecktarn. Manche waren anhand ihrer T-Shirt-Motive als NS-Black-Metal-Fans erkennbar, andere offensichtlich als Skinheads. Mitten drin rund 30 Leute, die sich eindeutig der hiesigen Neonaziszene zuordnen ließen. Bei ihnen handelte es sich um (ehemalige) »Blood & Honour«-Aktivisten, neonazistische Hooligans, »Autonome Nationalisten« und klassische Neonazis. Ihre Anwesenheit ist im Übrigen nicht überraschend. Obwohl dieses Spektrum homophob ist, leisteten doch Medien wie die Periodika »Neue Ordnung« hier Pionierarbeit. 2006 warb Brynhild Amann beispielsweise für »Neofolk als ästhetische Mobilmachung«. »Ein großes Verdienst dieser Jugendkultur ist es sicherlich, das Interesse jüngerer Generationen für jene Ideen geweckt zu haben, die in der One-World keinen Platz mehr haben dürfen, nämlich das Wissen um das Heimatgefühl, die Riten und Traditionen, die Volksseele, das Europa der Vaterländer. Diese Kunstgattung transportiert jene Inhalte besser, weil spielerisch, als jede Vortragsreihe eines Theoretikers«, schrieb sie.

Den Reigen an diesem Abend eröffnete Matthias Krause unter dem Namen »Vurgart«, der sich selbst auf der Gitarre begleitete. Doch seinen schlecht vorgetragenen NeoFolk goutierten die Zuhörer nicht. Danach folgte »Fire + Ice«, das 1991 von Ian Read gegründete Projekt, der hier von Krause und Murphy begleitet wurde. Auch Pearce gab sich ein kurzes Stelldichein. Read hatte im Übrigen schon früher bei DIJ mitgewirkt. Auf dem Album »Brown Book« (1987) hatte er den Titeltrack eingesungen, eine a capella Version des »Horst Wessel Lieds«. Unterlegt ist das auf der Platte mit einem Sample aus dem Film »Die Welt in jenem Sommer«, in dem eine jüdische Großmutter mit einem Gleichnis von der zunehmenden Unmöglichkeit des Überlebens unter dem Nationalsozialismus erzählt. Doch das erschließt sich nur Eingeweihten, »Unbedarfte« hören nur eine Wiedergabe der alten NS-Hymne – entsprechend wurde das Album 2006 durch die BPJM in Deutschland indiziert.

Auch in Wien betrat DIJ schließlich in gewohnter Montur die improvisierte Bühne – anstatt der »Schwarzen Sonne« hing hier hinter Pearce auf Kopfhöhe die Regenbogenfahne. Zu den Höhepunkten gehörte »Rose Clouds of Holocaust«, nach dessen Ende einige riefen: »Nationaler Sozialismus – jetzt, jetzt, jetzt.« Begeistert wurde auch eine veränderte Variante von »The enemy within« aufgenommen: »These are strange days for you, me, and Österreich«, sang Pearce anstatt »Germany«: »The storm clouds are gathered and gray. These are strange days for you, me, and Österreich. So we find ourselves here today. Snakes and devils surround us. Friends are few and rare indeed. Pig upon pig-dog will hound us. But, we get stronger as they inbreed.« Und ein deutscher Fan freute sich, dass wenigstens hier noch der SS-Totenkopf gezeigt werden könne … ■

# Apfel versus Voigt
## Der Kampf um den Thron

**Auf dem Bundesparteitag der NPD muss sich der alte Bundesvorsitzende Udo Voigt dem neuen Gegenkandidaten Holger Apfel stellen.**

Von Andreas Speit

Sie können nicht anders. Das Wohl der Partei zwinge sie zu der Kandidatur: Auf dem Bundesparteitag der NPD fühlen sich Udo Voigt und Holger Apfel berufen, für den Bundesvorsitz zu kandidieren, um die Bundespartei auf Erfolgskurs zu bringen. Der Umgangston der Herren miteinander wurde in den vergangenen Wochen rauer. Apfel fordert eine »seriöse Radikalität« ein, Voigt schwört auf »radikal – sozial – national«.

Auf der neuen Webpräsenz »Deutsche Stimme Aktuell« (»DS-Aktuell«) lieferten sich die Herren in Interviews einen Schlagabtausch. Der Bundesvorsitzende schenkt dem Gegenkandidaten nichts. Bei ›Kamingesprächen‹ sei es wohl nicht gedacht gewesen, »die mögliche Nachfolge zu regeln«, schimpfte der einstige Ziehvater, der seit 15 Jahren im Amt ist, über seinen politischen Ziehsohn. Jener wollte schon länger den Vorsitz, sagte er im Interview am 8. Oktober 2011 und betonte, mit der Kandidatur habe Apfel »nur auf einen vermeintlich günstigen Zeitpunkt« gewartet. Dass das Jahr 2011 »nicht zum Jahr der NPD geworden« sei, räumte Voigt ein.

### Der »Weichspüler«

In der Partei sind der knapp verpasste Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt, das sichtbare Ausbleiben eines Achtungserfolges in Bremen und die deutlichen Verluste in Berlin nicht vergessen. Gleich nach der Wahl in Berlin erklärte denn auch Apfel, für das Amt anzutreten. »Gerade an der Parteibasis, aber auch auf der Vorstandsebene vieler Verbände, wird der Ruf nach einem Wechsel auf Bundesebene laut«, sagte der Fraktionsvorsitzende aus Sachsen und erklärte ohne Namensnennung, dass sich Voigt viel zu wenig für eine »seriöse Radikalität« stark mache, jedoch nur eine NPD, die gegenwartsbezogen und volksnah auftritt, könne stärker die Wähler erreichen.

In der »Deutschen Stimme« (DS) hatte Apfel schon im Mai erklärt, dass die NPD sich als eine »zukunftsgewandte nationale Partei mit seriöser Radikalität im politischen Spektrum« aufstellen müsste, statt mit »unpolitischer Nostalgiepflege und ziellosem Verbalradikalismus« aufzufallen. Im Vordergrund des »politischen Kampfes« sollten »die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft« stehen. Einige Zeilen weiter hob er allerdings hervor: »Geschichtsbewusstsein und die Pflege von Kultur und Brauchtum sind zur Festigung und zur sinn- und identitätsstiftenden Auslebung unserer Weltanschauung unabdingbar«. Ganz offensichtlich will Apfel, dass die Partei endlich besser zwischen Außendarstellung und Binnenverfasstheit zu unterscheiden lernt.

### Der »Schwunglose«

Für Voigt offensichtlich nur Floskeln. »Ich bin sehr darauf gespannt, auf dem Parteitag zu hören, was er denn nun wirklich inhaltlich anders machen will, oder ob er nationale Politik nur in einer anderen Verpackung will«, meinte er auf »DS-Aktuell« und frotzelte: »Die Überschriften der Systemmedien kenn ich dann schon jetzt: ›Apfel verkauft alten Wein in neuen Schläuchen!‹«. Voigt betonte aber sogleich, quasi Apfel unterstellend: »Die NPD unter meiner Führung lässt sich nicht weichspülen von einer nationalen Weltanschauungspartei zu einer populistischen, diffusen ›Rechtspartei‹«. Der 59-Jährige konterte zudem gleich gegen Apfels Vorhaltungen, dass ihm der »nötige Schwung« fehle und er »rückwärtsgewandte Klischees« bedienen würde: »Das ist Unsinn und das weiß er auch, aber er muss ja versuchen Gründe zu finden, wenn er gegen mich antritt«. Denn er selbst hätte doch nach seiner Wahl 1996 die »Thematik ‹Holocaust› aus der NPD verbannt« und betonte – wie schon oft –: »Wenn wir auf die Straße gehen, dann sollten es Themen sein, mit denen sich der Bürger identifizieren« könne.

Vor gut 15 Jahren hatten Voigt und Apfel begonnen, die NPD neu auszurichten: Innerhalb der Partei haben sie durchgesetzt, sich aktuellen Themen hinzuwenden, um die Menschen mit ihren alltäglichen Sorgen und finanziellen Ängsten zu erreichen, und sich den freien Strukturen zu öffnen, die der Partei personelle Netzwerke und subkulturelle Milieus erschließen ließen. Sie erreichten eine thematische Neuausrichtung und personelle Öffnung, durch die ihre Partei das Image einer »Altherrenpartei« verlor und die Mitgliederzuwachs, Kommunal- und Landtagswahlerfolge brachte – nach über 30 Jahren.



^ Udo Voigt – 15 Jahre Parteivorsitz NPD

### »Vatermord«

»Udo Voigt hat sich in seiner 15-jährigen Amtszeit zweifellos große Verdienste erworben – vor allem, weil er 1996 den Willen zur Erneuerung verkrusteter und festgefahrener Strukturen aufgebracht hat«, sagte so auch Apfel am 20. Oktober 2011 im Interview mit »DS-Aktuell«, um Voigt dennoch vorzuhalten, in all den Jahren keine »Neugliederung« der Partei und Ämter umgesetzt zu haben. Dem Wind von damals müsste heute wieder ein »neuer Wind« folgen, um die »Anforderungen der Zukunft« zu meistern:

»Ein Wechsel an der Parteispitze wird neue Synergieeffekte freisetzen und die Akzeptanz der NPD im gesamten nationalen Lager stärken«. Die anhaltende Stagnation der Parteienentwicklung im Westen, der laufende Rechtstreit mit der Bundestagsverwaltung um eine Strafzahlung, aber auch fehlende Qualifizierungen des Personals hält der 40-Jährige besonders Voigt vor. »Für Parteitagsreden mag es populär sein, den Kauf einer Versammlungshalle, den Erwerb von Landesgeschäftsstellen und die Sanierung der Parteizentrale in den Raum zu stellen«, geht er auf Ideen von Voigt aus dem Interview ein, »das sind in meinen Augen aber keine Visionen, sondern Luftschlösser! [...] lich Adolf von Thadden gemeint habe«. Als »Kümmer-Partei«, wiederholte er mehrfach, will er die NPD weiter ausrichten. Die »Graswurzelarbeit« sollte weiter mit Gegenwartsthemen betrieben werden. »Durch Themensetzung und Auftreten müssen wir stärkere Anziehungskraft für national gesinnte Frauen gewinnen, die sich heute durch teilweise antiquierte Außendarstellung nicht angesprochen fühlen«, betonte er weiter: »Gleiches gilt auch für die ältere Generation, die sich zur Zeit nur bedingt von der NPD vertreten fühlt. Eben deshalb ist die Modernisierung unseres Erscheinungsbildes und eine inhaltlich an akuten Gegenwartsproblemen ausgerichtete Politik so wichtig«.

Wie will er denn seine vielen Versprechungen finanzieren, wenn [...] das Damoklesschwert von Strafzahlungen in Höhe von bis zu 2,5 Mio. über uns schwebt und deshalb in meinen Augen Rückenlagenbildung zwingend erforderlich wäre«. Erneut unterstellt er Voigt indirekt, dem »Bürgerschreck-Image« ihrer Partei nicht genug entgegen zu wirken. Das Kreuzworträtsel in einer NPD-Wahlkampfzeitung für Berlin, wo »Adolf« das Lösungswort war, ist Apfels Beleg: »Ich finde es [...] albern, wenn man bei einem Rätsel, in dem [...] nach Abkürzungen für Nationalsozialismus gefragt wird, den eigenen Mitgliedern dann zu erklären versucht, dass man doch beim Lösungswort selbstverständ-

**Kurs auf »seriöse Radikalität«**

In der Auseinandersetzung nutzte Apfel auch die Wiedereinzüge der NPD-Fraktionen in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern für sich. Sein Credo: Hier in diesen Bundesländern wäre dieser Kurs am weitesten und erfolgreichsten umgesetzt worden. Die Mischung aus Seriosität und Radikalität würde stimmen. In den Bundesländern würde auch die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften bestens laufen, betonte Apfel. Nicht ohne Grund: Aus der sächsischen Landtagsfraktion wurde der Unmut über das militante Auftreten der »Freien Kräfte« häufig laut. Nun versicherte Apfel mit Verweis auf die enge Einbindung von wichtigen Kadern aus dem sächsischen Kameradschaftsspektrum in die NPD: »Wer mich wirklich kennt, weiß, dass ich immer ein Verfechter der Zusammenarbeit mit konstruktiven freien Kräften war, sofern diese zur NPD kein rein instrumentelles, sondern ein wirklich partnerschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe anstreben.«

Bemüht gelassen versucht Apfel auch, die Anfeindungen der »inhaltlichen Anpassung«, um am »Futtertrog des Systems« bleiben zu können, abzutun. Er sei über »die Phase hinaus«, wo er sich »noch ärgere, wenn von den ewiggleichen Leuten der Vorwurf der Verbürgerlichung [...] ins Feld geführt wird«. Wer das ernsthaft glaubt, hätte sich nicht mit ihren Landtagsanträgen oder seinen Reden auseinandergesetzt«, sagte er und betonte: »Für Träger einer Weltanschauung versteht es sich von selbst, dass es bei der ‹seriösen Radikalität› nicht um inhaltliche Anpassung und die Aufweichung unserer Grundsätze geht.«

**Wechselstimmung?**

In der Partei läuft längst die Debatte, wer der bessere Vorsitzende sein könnte. Die Stimmung für einen Wechsel scheint da zu sein. Auf dem Bundesparteitag in Berlin 2009 wurde auch schon erwartet, dass der neue Bundesvorsitzende nicht wieder der alte Vorsitzende sein würde – stand Voigt doch wegen des Skandals um den NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna massiv in der Kritik. Kemna, ein enger Freund Voigts, hatte rund 740.000 Euro der Partei veruntreut. Die Gegenkandidatur des NPD-Fraktionschefs in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, scheiterte dennoch. Die Hausmacht von Voigt hatte Pastörs, unterstützt von Apfel, unterschätzt. 2009 ist aber nicht 2011. Die Bemühungen von Apfel scheinen besser vorbereitet zu sein.

Mit der Kandidatur von Apfel als Bundeschef wurde gleich die Kandidatur von Pastörs als Parteivize signalisiert. Eine Liste mit möglichen neuen Bundesvorstandsmitgliedern kursierte schon vorher. Mit den Personen, die dort als Wunschkandidaten gehandelt werden, dürfte vorab gesprochen worden sein. In Berlin sprach sich auch bereits der Landesvize Eckart Bräuniger, der auf der Liste aufgeführt wird, für Apfel aus. Bräuniger hielt Voigt erneut den nachlässigen »Umgang mit der Kontrolle des Schatzmeisters« vor. »Die Verdienste von Udo Voigt sind zweifelsohne unumstritten«, sagte er, doch in den vergangenen zwei Jahren hätte die NPD »de facto abgebaut«, er sehe »überhaupt keinen Plan oder Kurs« beim amtierenden Bundesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende aus Thüringen, Frank Schwerdt, erklärte derweil unlängst: »Wenn die in diesem Jahr stattgefundenen Wahlen nicht die erhofften Ergebnisse gebracht haben, wird das nicht besser, wenn der Vorsitzende ausgewechselt wird«. Einen Wechsel der Führungsspitze hielte er »gegenwärtig nicht für erforderlich«, meinte er. Eine Einigung vor dem Parteitag scheint unwahrscheinlich. Auf dem Parteitag werden Voigt und Apfel um die nötige Mehrheit streiten. ■

^ Neue und alte Herausforderer – Apfel und Pastörs (v. r.)

# Nazizentrum im »Rittergut«

## Thüringen verkauft Tagungshaus an extreme Rechte

Thüringen verkaufte jüngst ein »Rittergut« in Guthmannshausen an ein Mitglied des geschichtsrevisionistischen Vereins »Gedächtnisstätte e. V.«. Das Gelände wird nun für rechte Veranstaltungen genutzt. Auch Holocaust-Leugner finden hier Platz.

Von Paul Wellsow und Martina Renner

15.000 Kilometer sei er durch Deutschland gefahren, um eine neue Immobilie für den extrem rechten und geschichtsrevisionistischen Verein »Gedächtnisstätte e. V.« zu finden, schrieb dessen Vorsitzender Klaus-Wolfram Schiedewitz an seine Vereinsmitglieder. »Wir haben sehr viele Objekte in Deutschland auf ihre Eignung für unseren Verein und seine Zielsetzung fast ein Jahr lang besichtigt und geprüft […]. Jetzt glauben wir, ein geeignetes Objekt gefunden zu haben«, teilte der Diplom-Ingenieur und Landschaftsarchitekt mit eigener Firma aus dem niedersächsischen Seevetal im November



2010 mit. Und wenige Monate später, am 19. Februar 2011, verkündete er dann öffentlich im Rahmen des jährlichen Naziaufmarsches in Dresden, dass der Verein nun in »Mitteldeutschland« einen neuen Sitz gefunden habe. Zuvor hatte der 1992 gegründete Verein eine seit 2006 im sächsischen Borna genutzte Immobilie – ebenfalls aus Staatsbesitz übernommen – aufgrund antifaschistischer Proteste und Erbstreitigkeiten aufgeben müssen (vgl. DRR 98, 117).

**Holocaust-Leugner**

Ende September 2011 – fast ein Jahr, nachdem Schiedewitz seinen Erfolg vermeldet hatte – enthüllte der »Vlothoer Anzeiger«, dass der beim Amtsgericht Oeyenhausen geführte Verein »Gedächtnisstätte e. V.« nun in dem Thüringer 900-Seelen-Ort Guthmannshausen im Landkreis Sömmerda seinen neuen Sitz bezogen und am 17./18. September zu einem ersten Vortragswochenende eingeladen habe. Auf der Liste der Referenten stand auch Ursula Haverbeck-Wetzel, die »grande dame« der deutschen HolocaustleugnerInnen. Sie war bis zu dessen Verbot im Jahr 2008 Vorsitzende des neonazistischen »Collegium Humanum« (CH) in Vlotho sowie bis 2003 Vorsitzende des »Gedächtnisstätte e. V.«. Stolz verkündete Schiedewitz in der Einladung: »[H]eute kann ich Ihnen endlich mitteilen, dass wir für unseren Verein eine neue Heimstatt gefunden haben, die allen Ansprüchen und künftigen Aktivitäten unseres Vereins gerecht wird! […] [W]ir wollen unseren Herrensitz auf dem ehemaligen Rittergut Guthmannshausen mit Leben füllen«. Ziel des von der Sächsischen Landesregierung als »rechtsextremistisch« eingeschätzten Vereins ist es, »eine würdige Gedächtnisstätte für die Opfer des zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung und in Gefangenenlagern« einzurichten. Langjähriges Vorstandsmitglied war der im Februar 2011 verstorbene Solinger Bauunternehmer, Finanzier der extremen Rechten und Geschichtsrevisionist Günther Kissel, der eng in das Netz von Auschwitz- und Holocaust-Leugnern eingebunden war.

Ein Teil des Geldes für das 320.000 Euro teure Domizil stammt offenbar aus dem Verkauf der ehemaligen »Gedächtnisstätte« in Borna. Denn Anfang 2010 erklärte deren Eigentümerin Gisela Limmer der »Jungen Freiheit« (JF, Nr. 7/2010), dass sie von dem Verkaufserlös 220.000 Euro an den Verein überwiesen habe. Und Schiedewitz ergänzte in einem Leserbrief an das Blatt, das Geld seien zurückerstattete »Spenden, die der Verein im Laufe der Jahre in das Gebäude in Borna investiert« habe (JF 17/2010). Sie würden »auch weiterhin für den gespendeten Zweck unseres Vereins verwendet, eine würdige Gedenkstätte […] zu errichten«.

**Eigentum des Landes**

Das ehemalige »Rittergut« am Rande von Guthmannshausen beherbergte früher eine Landwirtschaftsschule und war jahrelang vom Land Thüringen zum Preis von 380.000 Euro erfolglos zum Kauf angeboten worden. Das mehrgeschossige, frisch sanierte Gebäude verfügt über 22 Zimmer mit rund 1.000 Quadratmetern Wohnfläche, eine Gartenanlage, Säulenhalle, Garage und eine Kegelbahn. Im Mai 2011 wurde das Haus dann durch das landeseigene »Thüringer Liegenschaftsmanagement« (Thülima) an die Heilpraktikerin Bettina Maria Wild-Binsteiner aus Sinntal in Osthessen verkauft. Nachdem der Verkauf Ende September öffentlich wurde, musste das verantwortliche Finanzministerium einräumen, die Käuferin sei Mitglied des Vereins »Gedächtnisstätte e. V.« und unterhalte Kontakt zur neonazistischen »Gesellschaft für freie Publizistik e. V.«. Zuvor hatte bereits der Verfassungsschutz erklären müssen, sowohl die Kaufabsichten des »Gedächtnisstätte e. V.« als auch die Käuferin im Visier gehabt zu haben, ohne jedoch rechtzeitig die zuständigen Stellen im Ministerium, der Thülima oder der Kommune informiert zu haben – ein Skandal allererster Güte.

**Völkische Strukturen**

Die Käuferin Wild-Binsteiner entstammt einer stramm völkischen Familie. In der Zeitschrift »Glauben und Wirken« (2/2011) des rechten »Bund deutscher Unitarier« konnte man sehen, wie sie zur »Sommersonnenwende« »germanische« Riten verrichtet. Autorin des Berichts ist die langjährige rechte Aktivistin Annedore Küthe, die schon in den 1990er Jahren im Neonazizentrum im niedersächsischen Hetendorf referierte. Da Wild-Binsteiner in dem Mitteilungsblatt des Bundes zum Geburtstag gratuliert wird, ist davon auszugehen, dass sie dort Mitglied oder treue Sympathisantin ist.

Guthmannshausen ist nun offenbar ein weiterer, sicherer Treffpunkt der extremen Rechten. Mitte Oktober fand ein weiteres, als intern charakterisiertes Treffen auf dem Gut statt. Und für Ende November sind eine »Herbsttagung« des Vereins und eine Feier zur »Wintersonnenwende« der »Schlesischen Jugend« (SJ) geplant. Denn auch die SJ soll hier Unterkunft finden. »Der schmähliche Rausschmiss der Schlesischen Jugend aus dem BDV [Anm.: Bund der Vertriebenen] hat unsere Verachtung hervorgerufen. Der Verein Gedächtnisstätte bietet dieser Jugend eine Heimstatt ohne Zwang im Rahmen der von uns angestrebten und seit alters her geltenden Wertvorstellungen«, schreibt Schiedewitz. ■

# »Politische Quartals-Irre«

## NPD-Funktionäre schießen bei Leipziger Reservistenkameradschaft

Als Pressesprecher der sächsischen NPD hat es Jürgen Gansel nicht leicht. Einerseits soll er Werbung machen für den künftigen Parteiführer Holger Apfel, andererseits versuchen seine eigenen Kameraden, diesen nach Kräften zu demontieren. Einerseits kommen der Partei immer wieder interne E-Mails abhanden, andererseits tauchen sie ebenso regelmäßig zur Unzeit wieder auf.

Von Volkmar Wölk

Diese enthüllen sowohl immer wieder Skandale als auch Auseinandersetzungen im sächsischen NPD-Landesverband, der angeblich geschlossen hinter dem Landesvorsitzenden Apfel steht. Da kann man schon einmal aus der Haut fahren. Gansel passierte das nach etlichen Presseanfragen zur Mitgliedschaft von drei NPD-Kadern in einer Leipziger Reservistenkameradschaft, zu deren Teilnahme an Schießübungen dort und der Ausstellung von Waffenbesitzkarten für sie durch die Behörden. Der Vizepräsident des sächsischen Reservistenverbandes hatte bereits eingestanden, dass der langjährige NPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Winfried Petzold ebenso Mitglied sei wie der Leipziger Kreisvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende Helmut Herrmann. Beide seien unbekannt gewesen und hätten bei den Schießübungen auch keine Propaganda betrieben. Eingeführt worden waren beide offenbar durch den parteilosen NPD-Kreisrat, Gerd Fritzsche (Borsdorf), aus dem benachbarten Landkreis Leipzig.

**Nazileak durch Kameraden**

Und Fritzsche war es auch, durch den der Vorgang ans Licht der Öffentlichkeit kam. Umgehend wurde er von Gansel als »politischer Quartals-Irrer« charakterisiert, dessen Verhalten »fast psychopathologisch« sei. Fritzsche hatte sich nämlich in einer Mail heftig über seine Schützenbrüder Herrmann und Petzold beklagt: »Beide haben mir über die Falschheit, Unfähigkeit, Raffgier und Parteifeindlichkeit des Holger Apfel monatelang, jahrelang 2009 und 2010 bei gemeinsamen Schießübungen im Reservistenverband der Bundeswehr in Leipzig volldröhnende Klagelieder gesungen.« So habe Herrmann geäußert: »Apfel kann weder mit Geld noch mit Menschen umgehen.« Der erboste Fritzsche weiter: »Damals konnten natürlich Herrmann und Petzold große und größte Kübel von Gift und Galle über den ›unfähigen und nicht tragbaren Herrn Apfel‹ im Schützenhof Leipzig beim gemeinsamen Kurz- oder Langwaffenschießen auskippen.« Und schließlich: »Dank meiner Hilfe haben Herrmann, Petzold und seine Frau auch Waffenbesitzkarten und entsprechende Waffen (Pistolen und Gewehre) durch den Reservistenverband der Bundeswehr in Leipzig erhalten.«

Die Mail, deren Authentizität Fritzsche gegenüber den Medien zunächst bestätigte und wenig später bestritt, war nicht nur an oppositionelle Funktionäre der NPD aus den Kreisen Landkreis Leipzig, Nordsachsen und Mittelsachsen gegangen, sondern auch an den Parteivorsitzenden Udo Voigt, dem im Führungskampf der NPD natürlich jegliche Munition gegen den Konkurrenten Apfel willkommen ist. Gerd Fritzsche, der 2009 für die NPD auch für den sächsischen Landtag kandidiert hatte, gute Beziehungen zu Burschenschaften wie Kameradschaften pflegt und als Kopf der Kreistagsfraktion gilt, war nämlich nur einen Tag vor dem Landesparteitag der sächsischen NPD im Juli in Auerbach ausgeladen worden. Quasi zur unerwünschten Person erklärt. Auf einstimmigen Beschluss des Landesvorstandes.

Und so kam durch den zweiten Nazileak innerhalb kurzer Zeit und Fritzsches gescheiterten Versuch, die sächsische innerparteiliche Opposition gegen Apfel zu sammeln, ans Licht, was Apfel wohl lieber im Dunkeln gelassen hätte. »Man könnte noch vieles mehr nennen, beispielsweise die falsche Adresse (Namen und Anschrift hier bekannt) für Apfel in Dresden während seiner Zeit als Stadtrat. Wieso posaunt sonst Hartmut Krien durch die Lande, er habe genug Material um Apfel zu erpressen und sich dadurch entsprechende Posten und Geld zu sichern?«, so wieder Fritzsche.




**Kein Problem**

Bleibt die Frage, ob es sich bei den drei schießfreudigen Neonazis um Einzelfälle handelt. Vom Reservistenverband dürfte kaum Aufklärung zu erwarten sein. Ihm war auch bisher nichts aufgefallen. Man könne die NPD-Kader nicht ausschließen. In anderen Landesverbänden habe man in ähnlichen Fällen bereits Niederlagen vor Gericht hinnehmen müssen. Gleiches gilt für das Landesamt für Verfassungsschutz. Dessen stellvertretender Leiter gab sich am Vorabend der Veröffentlichung unwissend. Ihm seien keine Fälle bekannt, dass Neonazis auf diese Weise organisiert seien und sich legal mit Waffen versorgt hätten. Rechtlich ist die Sachlage eigentlich klar: Nach den Bestimmungen des Waffengesetzes dürften keine Waffenbesitzkarten an Mitglieder der NPD ausgestellt werden, da dieses unmissverständlich vorschreibt, dass Mitglieder von Gruppierungen, die »gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind«, diese nicht erhalten können. Wer eine Waffe erwerben will, muss seine Zuverlässigkeit nachweisen. Von den Behörden wird allerdings regelmäßig die Mitgliedschaft im Reservistenverband als Nachweis der Zuverlässigkeit anerkannt.

Kerstin Köditz, Landtagsabgeordnete der LINKEN, die den Vorfall öffentlich gemacht hatte, sorgt sich jedenfalls: »Wenn fast psycho-pathologische Nazis, politische Quartals-Irre auf diese Weise legal an Waffen kommen, dann stellt sich die Frage, wie hoch die Zahl der bewaffneten Nazis in Sachsen tatsächlich ist.« Eine entsprechende Kleine Anfrage an den Innenminister hat sie gestellt. Hoffnung auf befriedigende Auskunft hat sie jedoch nicht. »Man wird mal wieder den Geheimschutz vorschieben, um die eigene Untätigkeit und Unfähigkeit zu kaschieren«, prophezeit sie bitter. ■

# Haftstrafen für Hetzer

## »Altermedia«-Prozess endet mit Haftstrafen

Wegen ihrer Hetze auf der Internetplattform »Altermedia« hat das Landgericht Rostock zwei Neonazis zu Freiheitsstrafen verurteilt: zwei Jahre und sechs Monate für Axel Möller und zwei Jahre und drei Monate ohne Bewährung für Robert Rupprecht. Vor Gericht mussten sich die beiden wegen insgesamt 50 Straftaten verantworten, darunter Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten und Holocaustleugnung.

Von Kai Budler

Der 47-jährige Axel Möller ist nach eigenen Angaben bereits seit 2003 für die neonazistische Internetplattform »Altermedia« tätig, der 30 Jahre alte Robert Rupprecht hatte von 2007 bis 2010 Administrator-Rechte für die Website. Als »ein erschreckendes Maß an Menschenverachtung und auch Gewaltbereitschaft« bezeichnete der Rostocker Oberstaatsanwalt Andreas Gärtner in seinem Plädoyer die Taten der Angeklagten. Nicht zuletzt wegen ihrer Aktivitäten sei »Altermedia« ein »bedeutendes Sprachrohr der rechtsextremen Szene«, erklärte Gärtner. Dies gelte besonders für Axel Möller, dessen Name »untrennbar mit Altermedia verbunden« sei. Die Ausführungen im Gerichtssaal begleitete Möller mit Kopfschütteln, Schulterzucken und Kommentaren. Schon zum Prozessauftakt hatte der gelernte Kellner und umgeschulte Bürokaufmann keinen Hehl aus seiner Gesinnung gemacht. Während Gärtner die knapp 250-seitige Anklageschrift verlas, kommentierte Möller die inkriminierten Stellen mit zustimmenden Sprüchen und nachdrücklichem Kopfnicken. In der Anklageschrift findet sich auch der Aufruf zur Tötung einer Berliner Kennerin der Neonazi-Szene. Eine Beleidigung der Präsidentin des Landtags von Mecklenburg Vorpommern bekräftigte Möller im Gerichtssaal mit einem in die Höhe gereckten Daumen. In seinem Schlusswort bezeichnete er sich selbst als »Überzeugungstäter« und betonte, »dass es unter den mir vorgeworfenen Anklagepunkten nicht einen einzigen Artikel gibt, den ich im Nachhinein bedauern oder gar ändern würde«. »Wir wussten, dass dieses Vorgehen strafbar sein würde«, teilte Möller in einer Erklärung zu seiner politischen Arbeit mit, die sein Anwalt vortrug.



^ Axel Möller

**»Überzeugungstäter«**

Die Vorwürfe gegen die beiden Angeklagten beziehen sich auf Veröffentlichungen aus den Jahren 2008 bis 2010. Als Belege dafür dienen Daten und Screenshots aus Überwachungsmaßnahmen sowie bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmtes Beweismaterial. In seinem Plädoyer forderte Oberstaatsanwalt Gärtner Freiheitsstrafen in Höhe von zwei Jahren und sechs Monaten für Möller und zwei Jahre und drei Monate für den mehrfach vorbestraften Robert Rupprecht. Dieser bereue die Taten inzwischen und habe sich aus der Szene gelöst, sagte Gärtner. Davon kann bei Möller hingegen keine Rede sein: In seinem Schlusswort erklärte er gegenüber dem Gericht, »dass ich meinen Kampf gegen Ihr politisches System fortzusetzen gedenke«. Und in einem Interview in der aktuellen Ausgabe der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« (11/2011) betonte er, er habe »nichts getan, wofür ich mich schämen müsste«.

**Jahrelang aktiv**

Seit der Gründung des Portals »Störtebecker-Netz« als deutsche Ausgabe der internationalen Plattform »Altermedia« im Jahr 1997 gilt Möller als dessen Betreiber. Schon drei Jahre später stellten die Behörden in Mecklenburg-Vorpommern fest, »die veröffentlichten Artikel werden offenbar im wesentlichen von Axel Möller verfasst«. Möller kann mittlerweile auf eine fast 20-jährige politische Laufbahn in der extremen Rechten zurück blicken, die in der »Deutschen Volksunion« (DVU) begann und ihn dann zu der Partei »Die Republikaner« führte. Auf dem Weg durch die rechte Parteienlandschaft landete er zuletzt bei der NPD und brachte es im Alter von 35 Jahren zum stellvertretenden Vorsitzenden des Stralsunder Kreisverbandes. Doch es dauerte nicht lange, bis er die Partei im Streit verließ und sich seitdem als »Freien Nationalisten« bezeichnet. Auf dem 2003 gestarteten deutschen Ableger von »Altermedia« spart Möller nicht mit Kritik an der NPD. Das heutige Mitglied der sächsischen NPD-Landtagsfraktion Jürgen Gansel nannte »Altermedia« einmal eine »Dreckschleuder« und sprach von »Desinformations-, Verleumdungs- und Spaltungsversuchen« durch das Portal.

**Keine Distanz**

Doch beim Prozess vor dem Landgericht Rostock schienen diese Differenzen nun keine Rolle mehr zu spielen. Bereits vor dem Beginn des ersten Verhandlungstages rollten Neonazis vor dem Gericht ein Transparent mit der Aufschrift »Wir sind alle Altermedia« aus. Den Prozess besuchten führende NPD-Funktionäre und der NPD-Landtagsabgeordnete David Petereit schaute ebenfalls kurz vorbei. Auch die Holocaustleugnerin und Anwältin Sylvia Stolz fand einen Platz im Besucherraum, sie wurde von Möller als eine »Bekannte« bezeichnet. In dem ganzseitigen Interview mit der »Deutschen Stimme« erklärte Möller, er habe mittlerweile seinen »Frieden mit vielen gemacht«, mit denen er sich zuvor innerhalb der extremen Rechten zerstritten hatte. Und so porträtierte auch das rechte Blatt »Zuerst!« nun Möller und sein Projekt »Altermedia« als ein Beispiel dafür, wie der Staat »rechte Gegenkraft im Netz« verfolge (10/2011).

Am 26. Oktober 2011, dem vierten Verhandlungstag, fielen nun die erstinstanzlichen Urteile: zwei Jahre und sechs Monate Haft für Axel Möller und eine Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten ohne Bewährung für Robert Rupprecht. Doch in der »Zuerst!« kündigte Möller bereits an, »Altermedia« bleibe auch während seiner Haft online und nach seiner Freilassung sei mit ihm wieder »publizistisch zu rechnen«. ■

# Masken und Fackeln

## »Kameradschaften« mit neuen Aktionskonzepten

»Volkstod« und »Die Unsterblichen« – Mit zwei Kampagnen-Komplexen haben Neonazis aus Südbrandenburg und Sachsen unter dem Label »spreelichter« das Themenspektrum der Szene bundesweit erweitert.

Von Peter Conrady

Mit einem Internetvideo traten »Die Unsterblichen« Anfang Mai 2011 für die breite Öffentlichkeit erstmalig in Erscheinung. Sie dokumentierten einen nächtlichen Fackelmarsch am diesjährigen 1. Mai durch das ostsächsische Bautzen auf der Homepage »Werde unsterblich«. Dass die etwa 300 TeilnehmerInnen dabei weiße Masken trugen, wurde in Folge szeneintern besonders bejubelt.

Gewissermaßen Kultstatus genießen sie nicht zuletzt weil ihre »Strippenzieher« die Öffentlichkeit scheuen. Auch gibt es keinerlei nennenswerte polizeiliche Repression, versuchen sie doch weitgehend strafbare Aktionen zu vermeiden.

Klar ist, dass es sich bei den »Unsterblichen« um keine neue Organisation handelt, es ist schlicht das erweiterte Aktionsrepertoire der regionalen und extrem agilen Szene. Diese agiert seit 2009 unter dem Namen »spreelichter« und besteht aus einer auch immer wieder deckungsgleichen Zusammensetzung von »freien Kräften«, »Jungen Nationaldemokraten« (JN) und ehemaligen Aktivisten der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ). Im Unterscheid zu weiten Teilen der bundesweiten Szene, setzen diese auf eine deutlich völkische Ausrichtung und betonen den »Kampf um die Weltanschauung«, der von bislang untypischen (Agitprop-) Aktionen begleitet wird. Dabei können die Neonazis in der Region Südbrandenburg und Sachsen auf ein jahrelang politisch und subkulturell gewachsenes Netzwerk zurückgreifen – und somit auf ein verlässliches Mobilisierungspotenzial von 200-300 Neonazis.

### Es geht um die Pose danach

Den »Unsterblichen« geht es schwerpunktmäßig um die »mediale Nachbearbeitung« der Aktionen und deren »einheitliche(n) Aussage(n)«. »Nur das ist am Ende wichtig.«, schreibt treffend ein user im neonazistischen »Thiazi«-Forum.

Inhaltlich bieten die »Unsterblichen« die logische Fortsetzung einer ideologischen Themenverschärfung auf regionaler Ebene.

Mitte des letzten Jahrzehnts trat ein Zusammenschluss um den damaligen Hoyerswerdaer und späteren JN-Kader Sebastian Richter in Erscheinung: das »Lausitzer Aktionsbündnis«. Dieses agierte unter verschiedenen Labels und führte diverse regionale Demonstrationen durch. Schon damals waren die Hetze gegen »Demokraten« und der demokratische Wandel Kernthema. In Folge von Repression und der mehrfachen Verhinderung angemeldeter Aufmärsche durch Gerichte und Polizei wie 2008 in Bautzen oder 2010 in Leipzig, entschlossen sich die Neonazis zu einem Strategiewechsel. Dass sie damit erfolgreich sein können, hatten sie schon zuvor unter Beweis gestellt. So demonstrierten spontan je etwa 300 Neonazis zum 1. Mai 2007 und 2008 in mehreren sächsischen Kleinstädten. Zeitgleich begann der »Volkstod, den uns die Demokraten bringen«, beherrschendes Thema der Szene zu werden. Diese seien nicht nur für den demografischen und wirtschaftlichen Niedergang in Ostdeutschland verantwortlich, sondern verfolgen gleichzeitig den langfristigen Plan, das deutsche Volk zu zerstören. In Sensenmann-Kostümen verkleidet traten Neonazis bei Volksfesten und ähnlichem auf, später bei Aufmärschen. Bei einem von den »spreelichtern« durchgeführten Aufmarsch am 1. Mai 2010 in Hoyerswerda dominierten sie das Bild der etwa 350 TeilnehmerInnen.

### Von der Ideologie zum Lebenssinn

Im Mai 2011 wurde diese Ideologie wiederum ergänzt. Diesmal um eine metaphysische Ebene. Durch stark vereinfachte Thesen in minimalistischer Gestaltung und heilsverheißender Rhetorik wird nun auch eine emotionale Seite angesprochen. Der irdische Kampf um die politische Idee wird wechselseitig verbunden mit dem Versprechen einer überirdischen Erleuchtungsidee. »Jetzt liegt es an Dir: Gib Deinem Dasein seinen Sinn! Schließ Dich den ›Unsterblichen‹ an und werde selbst unsterblich!«, heißt es in einem Bericht. Nicht weniger als »Werde unsterblich« heißt die Homepage der Kampagne.

Trotz des sich verändernden Auftretens sind Kontinuitäten im Agieren der Szene unübersehbar. So ähnelt das erste Video der »Unsterblichen« von 2011 in der Aufmachung en detail einem Video des »Lausitzer Aktionsbündnisses« von 2008.

### Über die Region hinaus

Dem Aufruf, mit eigenen Aktionen selbst »unsterblich« zu werden, folgten seit diesem Sommer bundesweit diverse Neonazis.

Immer wieder gab es kleinere, zumeist nächtliche Aktionen, so auch am 3. Juni in Hannover oder am 27. September in Hamm. Sechs Tage später marschierten in Stolpen bei Pirna wieder etwa 200 Neonazis; zeitgleich zogen in der Altmark weiß maskierte Neonazis herum. Dokumentiert werden diese Aktionen immer wieder im »Thiazi«-Forum.

### Szeneweite Bedeutung

Die szeneweite Bedeutung der »spreelichter« und der»Unsterblichen« liegt zum einen in der Etablierung des demografischen Wandel als immer zentraler werdendes Thema. Eine Überwindung der Umstände und des Systems kann in dieser Logik nur außerhalb der bestehenden Ordnung gefunden werden. Zum anderen bieten sie das Konzept einer Verknüpfung zwischen realen und virtuellen neonazistischen Lebenswelten an. Der Webauftritt in modernem Design korrespondiert mit den bisher ungewohnten Aktionen. Zusätzlich bieten die »Unsterblichen« zudem den Habitus des Unantastbaren und gleichzeitig offensiv agierenden »outlaws«. Schlussendlich bieten sie mit ihren konspirativ geplanten Aktionen starke Identifikationsmöglichkeiten für die aktions- und erlebnisorientierte Szene und können dabei auf ein stabiles Netzwerk organisierter Neonazis zurückgreifenden. Die Außenwirkung von gespensterhaft maskierten, Parolen schreienden, Fackel schwenkenden und Böller schießenden Jugendlichen, die nachts durch schlafende und oftmals leere Städte laufen, dürfte hingegen abschreckend sein. ■

### REP IN MÜNCHEN

Es sollte ein Comeback für »Die Republikaner« (REP) werden. Die für den 15. Oktober 2011 in München angekündigte Demonstration hatte mit dem Motto »Gegen die Euro-Politik der Bundeskanzlerin« ein aktuelles Thema. Auch hatten die Bezirksverbände München und Oberbayern neben dem REP-Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer ein Mitglied der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) als Redner eingeladen. Mangels Beteiligung und aufgrund antifaschistischer Proteste wurde nur eine Abschlusskundgebung auf dem Marienplatz wahrgenommen. Allerdings zeigten Mitglieder des »Freien Netz Süd« Interesse an der Veranstaltung.

# Keine Post mehr

## Zum Verbot der HNG

**Die Schreiben haben Mut gemacht. »Eigentlich haben diese Briefe immer wieder das Feuer in mir entfacht«, sagte Ralf Meier (Name geändert) dem »Rechten Rand«. Der Aussteiger weiß, wovon er redet: Er saß in Haft und wurde von der »Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG) betreut. Seit dem 21. September 2011 können neonazistische Straftäter von der HNG keine Post mehr bekommen. Der Verein wurde verboten.**

Von Andreas Speit

Am frühen Mittwochmorgen klopften Polizeibeamte an die Haustür der langjährigen Vorsitzenden Ursula Müller in Leinfelden-Echterdingen. In Bochum klingelten Beamte bei der neuen Vorsitzenden Daniela Wegener. Fast zeitgleich fanden Razzien, außer in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auch noch in Bayern und Niedersachsen, statt. Mit dem Verbot löste das Bundesinnenministerium einen der größten neonazistischen Vereine auf. »Es war nicht länger hinnehmbar, dass inhaftierte Rechtsextreme durch die HNG in ihrer aggressiven Haltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bestärkt werden«, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Das Verbot wegen der »Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats sowie der Verherrlichung des Nationalsozialismus« wurde erwartet – auch von der HNG. (s. DRR Nr. 117)

Im Herbst 2010 liefen bereits Durchsuchungen mit Beschlagnahmungen. Die HNG reichte deswegen im Juli dieses Jahres beim Verwaltungsgericht Berlin Klage ein, um ein Verbotsverfahren zu unterbinden. »Falls es doch noch zu einem Verbot kommen sollte, werden wir auch dagegen alle Rechtsmittel ausschöpfen«, erklärte schon damals der stellvertretende HNG-Vorsitzende Christian Malcoci.

Im Juli 2011 hatte Wegener, Jahrgang 1974, den HNG-Vorsitz von Müller, Jahrgang 1933, übernommen. Seit 1979 bestand der Verein, der ganz geschichtsbewusst am 20. April, Adolf Hitlers Geburtstag, in Frankfurt am Main gegründet wurde. Über 30 Jahre leitete Müller die HNG mit rund 600 Mitgliedern. Von einer »Übermutter« möchte Meier nicht sprechen, aber schon betonen, »sie hält die Organisation zusammen«. In der kurzen Phase von zwei Monaten nach Wechsel des Vorsitzes konnte keine Veränderung der Arbeit wahrgenommen werden. Die HNG fiel in der Öffentlichkeit aber auch kaum auf – der Verein war kein Selbstzweck mit Selbstdarstellern. In all den Jahren agierte er bewusst im Hintergrund. Nur einmal im Jahr kam der Verein zur Hauptversammlung zusammen, berichtet Meier und erzählt, zuerst Post von »Ursel«, wie Müller liebevoll in der Szene genannt wird, bekommen zu haben. Mindestens einmal im Monat schrieb sie ihm.

### Die HNG-Liste

Durch die Aufnahme in die HNG-Liste meldeten sich dann alte Bekannte und später neue Mitstreiter. »Ich bekam letztlich so ungefähr zwei bis drei Briefe am Tag«. Die Liste veröffentlichte der Verein über die »Nachrichten der HNG«, geschätzte Auflage 1.000 Exemplare. Über die »Nachrichten«, in denen »Ursel« in Briefen gedankt wurde, suchten »Größen der Szene« wie der NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke, der Holocaustleugner Ernst Zündel oder der Ex-Landser-Sänger Michael Regener während der Haft Kontakt.

Bis zu seiner Entlassung 2010 stand Martin Wiese auf der Liste, der 2005 wegen eines geplanten Bombenanschlages verurteilt wurde. Auf Briefkontakt hoffte seit Jahren Kay Diesner. Er verbüßt eine lebenslange Haft wegen Mordes. 1997 verletzte er einen linken Buchhändler schwer und erschoss auf seiner Flucht einen Polizisten. »Die Aufnahme in die Liste«, sagt Meier, »war auch eine Anerkennung. Man war halt kein Straftäter wie die anderen, sondern politischer Aktivist«.

### Bedeutung der HNG

Die Arbeit der HNG wirkte – wie nun auch das Bundesinnenministerium wahrnahm. Zuvor räumten Gefängnisleitungen es nicht gerne ein, doch bei vielen rechten Tätern torpedierte die HNG jede Resozialisierungsbemühung. »Letztendlich wirst






^ Daniela Wegener – seit ihrem Vorsitz für die HNG nicht mehr so oft bei Aufmärschen

du von Seiten der HNG aber auf Linie gehalten«, sagt Meier. Angebote des Staates zum Ausstieg brandmarkten die Briefeschreiber immer wieder als »Verlockungen des Systems«.

Vor allem Frauen, glaubt man Müller, waren emsige Briefeschreiberinnen. In der Szene wird Müller viel Respekt entgegen gebracht. An ihrer Überzeugung ließ sie nie Zweifel aufkommen. In der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« erklärte sie 2009, dass die Bundesrepublik unter Besatzerstatus stehe und die Lynchjustiz in Nürnberg sich bei den »sogenannten NS-›Kriegsverbrechern‹ austobte«. Die HNG, sagte sie, kümmere sich um jene Inhaftiere, deren Einsatz »ein Dorn im Auge von Mammonisten, Materialisten und Globalisten darstellt«. Die NPD-Frauenorganisation »Ring Nationaler Frauen« kürte sie 2010 zur »Frau des Jahres«.

Die HNG war aber auch ein Netzwerk, das über die Szene- und Parteigrenzen hinweg wirkte. Hier kamen die unterschiedlichsten Personen aus der »nationalen Bewegung« zusammen. Im »Thiazi«-Forum wurde schon am Morgen der Razzia gewettert. Ein Eintrag gab gleich Weisungen von »Ursel« wieder, »kein Geld mehr an die HNG mehr zu überweisen, da ALLE Konten beschlagnahmt wurden«.

### Zukunft der Gefangenenhilfe

Zu den Ergebnissen der Durchsuchungen gab das Bundesinnenministerium keine Informationen heraus. Mit dem Verbot der HNG ist jedoch die »nationale Gefangenenhilfe« nicht gänzlich ausgeschaltet. Seit Jahren steht auch der »JVA-Report« Inhaftieren aus der Szene bei. Die Wirkungsmacht der HNG hat der »JVA-Report« mit seinem Webprojekt nicht – noch nicht. Vielleicht kommt nun Unterstützung von erfahrenem Personal. Der Verlust des offiziellen Rahmens muss auch nicht die inoffiziellen Vernetzungen belasten. Müller erklärte selbst schon: »Unser Leben sei Einsatz, sei Opfer und Pflicht«. ■

# Eisessen mit der Aktionsgruppe

## Neonazis in der niedersächsischen Südheide

In und um Gifhorn versuchen Neonazis, Kräfte zu bündeln und ein Bedrohungspotential gegen Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen aufzubauen.

Von Julia Karges

Als liebenswerte und beschauliche Kleinstadt präsentiert sich Gifhorn in der niedersächsischen Südheide seinen BesucherInnen. Doch nicht alle sind dort willkommen: Seit Monaten protestieren Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen immer wieder gegen die unerträglichen Lebensbedingungen im Lager Meinersen. Flüchtlinge, die sich für die Schließung von Sammellagern und gegen Sondergesetze engagieren, würden von der dortigen Ausländerbehörde gezielt schikaniert, so Ralf S. Lourenco von der »Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten«. Am 1. März 2011 nahm sich Shambu Lama, ein nepalesischer Flüchtling aus dem Lager, aus Verzweiflung über seine angedrohte Abschiebung das Leben.




### Im Visier der Neonazis

Nun sind die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen ins Visier der lokalen Neonazi-Szene geraten: »Polizei verhinderte Prügelei« lautete eine Schlagzeile der »Gifhorner Zeitung« Anfang September: »Bei einer Kundgebung des Flüchtlingsrats Niedersachsen an diesem Samstag in Gifhorn ist es beinahe zu Zusammenstößen zwischen linken und rechten Gruppen gekommen. Die Gifhorner Polizei aber reagierte rechtzeitig und verhinderte mit einem massiven Aufgebot eine drohende Eskalation.« Während rund 40 Menschen für bessere Bedingungen der Flüchtlinge im Landkreis demonstrierten, hätten sich im Eiscafé daneben »16 Leute zum Eisessen verabredet, die wir eher zum rechten Spektrum zählen«, zitiert die Zeitung einen Polizisten. Tatsächlich handelte es sich dabei um eine gezielte Aktion und Provokation der »Aktionsgruppe Gifhorn« (AG Gifhorn). Während diese über ihr öffentliches Facebook-Profil verlauten ließ, sie habe sich lediglich zum »gemütlichen Eisessen« getroffen, spricht ein Aktivist im »Thiazi«-Forum deutlichere Worte. Auf die Kritik, dass sie an diesem Tag beim Aufmarsch in Dortmund besser aufgehoben gewesen wären, entgegnete er: »Wenn Antifa Hannover & Co sich an diesem Tag versuchen in deiner Stadt breit zu machen, dann würdest Du das vielleicht zulassen. Wir, die Aktionsgruppe Gifhorn haben es an dem Tag nicht zugelassen.«

### »Autonome Nationalisten« und »Hammerskins«

Im Frühjahr 2011 trat die AG Gifhorn erstmalig in Erscheinung. In nur wenigen Monaten ist die Gruppe auf rund 20 Personen angewachsen. Ziel des Zusammenschlusses sei es, »unterschiedliche Strömungen zu einem reißenden Fluss zu vereinen …«. Dementsprechend bezeichnet sich die Gruppe gleichzeitig als »völkisch, autonom, konservativ, sozialistisch und revolutionär«. Tatsächlich stehen ihre Aktivisten unterschiedlichen Strömungen nahe. Der eine trägt Streetwear, hat Piercings in der Lippe und fühlt sich als »Autonomer Nationalist«, der andere tritt eher in »Thor Steinar«-Jacke und mit Glatze auf. Manche machen aus ihrer Gesinnung keinen Hehl – so präsentierte sich ein Aktivist im Internet ganz offen vor einer Hakenkreuzfahne, andere dagegen sind im Alltag eher völlig unauffällig.

Zum Spektrum der Aktionsgruppe gehört auch ein Anhänger der neonazistischen Bruderschaft »Signs of the Hammer« (SOTH), die mit dem Slogan »HFFH« («Hammerskins forever - forever Hammerskins«) die Nähe zur »Hammerskin Nation« betont. Die Bruderschaft SOTH, die wie ein Rockerclub aufgebaut ist und auch Kutten mit entsprechenden Patches trägt, ist vor allem im Harz aktiv. Hier existiert das Chapter »Süd-Harz« mit seinem »Präsidenten«, dem Liedermacher Kai Müller.

Verbindungen bestehen zur NPD um den Unterbezirksvorsitzenden Lars Sander. Mancher aus der Aktionsgruppe trägt das Parteibuch in der Tasche. Auch mit der »Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg« (BFZ) ist die Aktionsgruppe verbandelt, war doch ein Teil ihrer Aktivisten zuvor bei der BFZ eingebunden. Beim Naziaufmarsch am 1. Oktober 2011 in Hamm traten beide Gruppen dann auch demonstrativ zusammen auf. Doch ob Parteimitglied oder »Freier« – das spielt in der Südheide derzeit eine eher untergeordnete Rolle. Eines sind die Aktivisten der Aktionsgruppe: umtriebig. Sie sind sowohl bei Aufmärschen als auch bei internen Veranstaltungen der Szene wie dem »Erntedankfest« in Eschede oder dem »Schottenfest« in der Altmark (Sachsen-Anhalt) dabei. In Gifhorn, so berichten Jugendliche aus dem Ort, werden zunehmend neonazistische Flyer verteilt, Aufkleber und Plakate verklebt und Parolen geschmiert.

Das organisierte Auftreten einer Gruppe von 20 Nazis in einer Kleinstadt wie Gifhorn stellt ein beträchtliches Bedrohungspotential da. Gerade in den ländlichen Gegenden und Kleinstädten fehlen antifaschistische Strukturen oder sind nur sehr schwach vertreten. Auch zivilgesellschaftlichen Gegenwind gibt es kaum. Oft mangelt es in den Kommunen, Vereinen und Institutionen schlicht an Problembewusstsein.

### »Skrewdriver« bei der Freiwilligen Feuerwehr

So gibt zum Beispiel in Brome (Landkreis Gifhorn) ein Mitglied der »Freiwilligen Feuerwehr« bei Facebook ganz offen »Die Lunikoff-Verschwörung« und »Nordfront« als Lieblingsbands an und outet sich als Anhänger der NPD. Sein Sohn ist auf einem Foto im Kreise von Feuerwehrleuten zu sehen: Offen trägt er dort ein »Skrewdriver«-Shirt. An den Wochenenden ist Hendrik H. immer wieder zusammen mit der »Aktionsgruppe Gifhorn« oder der Kameradschaft »Thormania« aus Braunschweig bei Aufmärschen unterwegs. Dabei kündigte der Präsident des »Deutschen Feuerwehrverbandes« schon vor Jahren ein »entschlossenes Vorgehen gegen Unterwanderungsversuche« sowie eine »gute Jugendarbeit in den Städten und Gemeinden« als Strategie gegen »braune Bauernfängerei bei jungen Menschen« an. Seine Worte sind offensichtlich nicht bis in die niedersächsische Provinz vorgedrungen. ■

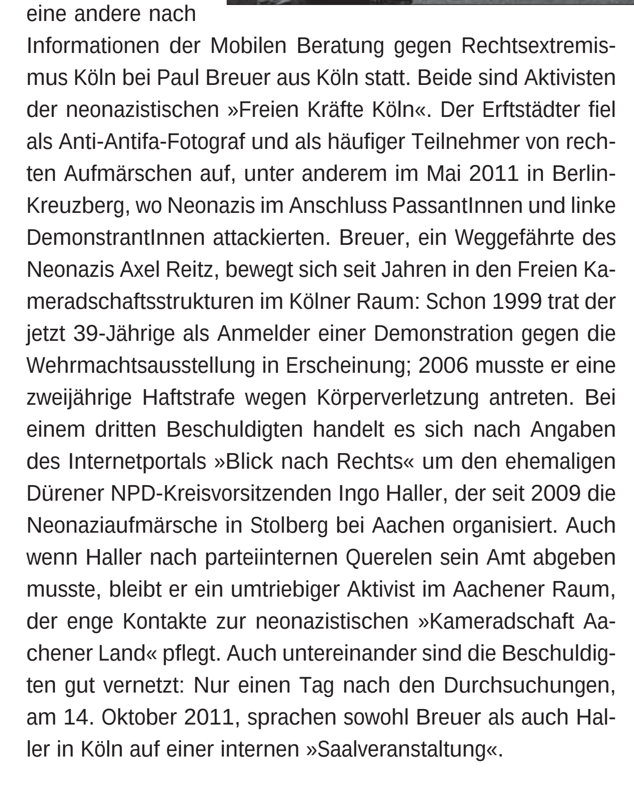
# »Dresden geht uns alle an«

## Erneut Hausdurchsuchungen wegen Dresden

Mit gleich zwei Durchsuchungsaktionen warteten die sächsischen Behörden am Morgen des 13. Oktober 2011 auf: Im Raum Köln-Aachen gab es Hausdurchsuchungen bei Neonazis, während in Berlin Razzien gegen NazigegnerInnen stattfanden. Es ging – nicht zum ersten Mal in diesem Jahr – um die Ereignisse des 19. Februar 2011 in Dresden.

Von Mara Freistedt

Im Februar 2011 hatten in Dresden etwa 20.000 DemonstrantInnen mit Blockaden einen extrem rechten Aufmarsch verhindert. Mit den Durchsuchungen in NRW am 13. Oktober richtete sich erstmals in diesem Zusammenhang eine größere Aktion der sächsischen Polizei auch gegen Mitglieder der extrem rechten Szene: Acht Monate nach dem gescheiterten Versuch von Neonazis, in Dresden zu marschieren, hat das LKA Sachsen im Rheinland sechs Wohnungen von Neonazis durchsucht. Ihnen wird vorgeworfen, sich am 19. Februar an einem Angriff auf das linke Dresdner Hausprojekt »Praxis« beteiligt zu haben.



**Alte Bekannte**

Bei einigen der rheinländischen Beschuldigten handelt es sich um alte Bekannte: Eine Razzia fand bei Sebas-tian Ziesemann aus Erftstadt bei Köln, eine andere nach Informationen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Köln bei Paul Breuer aus Köln statt. Beide sind Aktivisten der neonazistischen »Freien Kräfte Köln«. Der Erftstädter fiel als Anti-Antifa-Fotograf und als häufiger Teilnehmer von rechten Aufmärschen auf, unter anderem im Mai 2011 in Berlin-Kreuzberg, wo Neonazis im Anschluss PassantInnen und linke DemonstrantInnen attackierten. Breuer, ein Weggefährte des Neonazis Axel Reitz, bewegt sich seit Jahren in den Freien Kameradschaftsstrukturen im Kölner Raum: Schon 1999 trat der jetzt 39-Jährige als Anmelder einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Erscheinung; 2006 musste er eine zweijährige Haftstrafe wegen Körperverletzung antreten. Bei einem dritten Beschuldigten handelt es sich nach Angaben des Internetportals »Blick nach Rechts« um den ehemaligen Dürener NPD-Kreisvorsitzenden Ingo Haller, der seit 2009 die Neonaziaufmärsche in Stolberg bei Aachen organisiert. Auch wenn Haller nach parteiinternen Querelen sein Amt abgeben musste, bleibt er ein umtriebiger Aktivist im Aachener Raum, der enge Kontakte zur neonazistischen »Kameradschaft Aachener Land« pflegt. Auch untereinander sind die Beschuldigten gut vernetzt: Nur einen Tag nach den Durchsuchungen, am 14. Oktober 2011, sprachen sowohl Breuer als auch Haller in Köln auf einer internen »Saalveranstaltung«.

**Mit Rammböcken die Türen eingeschlagen**

Ebenfalls am 13. Oktober fanden in Berlin Razzien bei zwei Antifaschisten statt, denen schwerer Landfriedensbruch bei den Blockaden im Februar vorgeworfen wird – einer der beiden soll Durchsagen per Megafon gemacht haben. Dabei durchsuchten die Beamten auch Wohnungen, in denen keiner der Beschuldigten wohnte. Ein Hausbewohner berichtete, dass die Polizisten die Türen mit Rammböcken eingeschlagen hätten. BeobachterInnen kritisieren eine Schieflage bei den Ermittlungen der sächsischen Polizei, zumal von den rechten TeilnehmerInnen des Dresdner Aufmarschs in den letzten Jahren immer wieder Gewalt ausging: 2009 wurden GewerkschafterInnen auf der Rückreise von Dresden von Neonazis schwer verletzt. 2010 randalierten frustrierte Rechte in Gera und Pirna und 2011 ereignete sich schließlich der Angriff auf die »Praxis«. Angesichts der bundesweit, vor allem aber in Sachsen vertretenen »Extremismus-Theorie«, die auf eine Delegitimierung und Kriminalisierung antifaschistischen Engagements abzielt, verwundert es nicht, dass die Behörden bisher kaum »nach rechts« ermittelten.

**»Acht Monate Zeit«**

Bereits direkt nach der Attacke auf die »Praxis« war Kritik an der Polizei aufgekommen, weil ein ins Netz gestelltes Video Einsatzkräfte zeigt, die den Angriff beobachteten, aber nicht einschritten. Ein Sprecher der »Antifaschistischen Koordination Köln & Umland« (AKKU) wies zudem nach den Razzien im Oktober darauf hin, dass die Täter bereits einen Tag nach dem Überfall identifiziert worden waren: »Acht Monate hatten die Neonazis alle Zeit der Welt, Beweise zu vernichten und Absprachen zu treffen«, sagte er. Sebastian Ziesemann, der eine Weste mit der Aufschrift »Freie Kräfte Köln« trug, warf mehrere Pflastersteine gegen das Wohnhaus. Breuer ist auf dem Video zu sehen, wie er Anweisungen gibt und einen Stein auf das Gebäude schleudert. Vermutlich dürften die Aufnahmen trotzdem dazu beigetragen haben, dass die Ermittlungen gegen die Neonazis nun Erfolg zeigen. Auf einer Pressekonferenz am 20. Februar 2011 hatte sich der Dresdner Polizeipräsident, Dieter Hanitsch, noch skeptisch über eine mögliche Identifizierung der Täter geäußert. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Polizei anhand des Videos die Angreifer hatte ausmachen können, antwortete er: »Das kann ich ihnen jetzt nicht sagen. Ich glaube nicht«.

**Von »Handygate« und illegalen Razzien**

Die Tage von Hanitsch als Dresdner Polizeipräsident waren im Februar bereits gezählt. Ende Juni stolperte er über »Handygate«, einen weiteren Schachzug der sächsischen Behörden: Diese werteten mehr als eine Million Handydaten aus, unter anderem, um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz zu ahnden. Ohnehin fächern sich die Maßnahmen gegen linke NeonazigegnerInnen sehr breit auf: Sie begannen mit der – rechtswidrigen – Razzia gegen das vermeintliche Pressebüro des Bündnisses »Dresden Nazifrei« am 19. Februar, setzten sich in Ermittlungen wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« nach § 129 StGB fort und endeten – vorerst – bei Razzien in Stuttgart, Jena und Berlin.

**Empörung bei den NachbarInnen**

Zivilgesellschaft, Politik und Medien registrieren fassungslos die schier uferlosen Polizeimaßnahmen. Im thüringischen Jena beispielsweise wächst die Empörung über die sächsischen Nachbarn. Dort hat sich, anders als in Dresden, über Jahre hinweg ein breites Netzwerk gegen Neonazis entwickelt. Gleichzeitig signalisieren die ThüringerInnen, dass es sich bei dem Aufmarsch von Dresden nicht nur um ein sächsisches Problem handelt. Sie rufen zu erneuten Protesten im Februar 2012 auf; unter ihnen der Jenaer Oberbürgermeister, Albrecht Schröter: »Dresden geht uns alle an«, sagte er in einem Mobilisierungsvideo. ■

# Sehnsucht nach Ostpreußen

## Der zweite Preußentag der Brandenburger NPD

Am 2. Oktober 2011 veranstaltete die NPD Brandenburg zum zweiten Mal ihren »Preußentag« im nordbrandenburgischen Finowfurt. Die Veranstaltung, in deren Mittelpunkt die Forderung nach Rückgewinnung der »deutschen Ostgebiete« stand, könnte zum regelmäßigen Treffen der Szene mit überregionaler Bedeutung werden.

Von Peter Korig

Preußen spielte für die Propaganda der NSDAP eine herausragende Rolle, buchstäblich vom Anfang bis zum Ende des »Dritten Reiches«. In den 1920er Jahren schon hatten die Fridericus-Rex-Filme der UFA die Sehnsucht nach einem autoritären Führer bedient und geschürt. Der Machtantritt Hitlers wurde am »Tag von Potsdam« als Resultat des Bündnisses der traditionellen militärisch-konservativen Eliten Preußens und der NSDAP inszeniert. Die Parole »Jedem das Seine« am Eingang des Konzentrationslagers Buchenwald verwies auf das »suum cuique« des preußischen »Schwarzen Adlerordens«. Und im Frühjahr 1945 noch sollte der Film »Kolberg« über den Widerstand der gleichnamigen Festung gegen die französische Belagerung von 1806 Kräfte für den Endkampf um das Reich mobilisieren. Doch das in Potsdam besiegelte Bündnis zwischen Nationalsozialisten und den traditionellen preußischen Eliten war spätestens mit dem gescheiterten Putschversuch vom 20. Juli 1944 zerbrochen. Dies und die Tatsache, dass heutige Nazis, wenn sie in ihrer Propaganda auf historische Führerfiguren zurückgreifen wollen, nicht unbedingt auf Monarchen des 18. Jahrhunderts angewiesen sind, dürfte der Grund dafür sein, dass die Preußennostalgie für Neonazis heute nicht mehr dieselbe Rolle spielt wie für die NSDAP. Doch tauchen Versatzstücke der NS-Preußenverherrlichung auch in neonationalsozialistischen Kreisen regelmäßig auf, sei es zum Beispiel in Bandnamen wie »Proissenheads« oder wenn »Die Lunikoff Verschwörung« »Großer Friedrich steig´ hernieder und regiere Preußen wieder...« singt. Meist handelt es sich dabei jedoch nur um einen subkulturellen Reflex auf den Preußenkult der historischen Nazis. Als Bezugspunkt für autoritäre politische Strömungen sind jedoch weiterhin die »preußischen Tugenden« attraktiv und die angebliche Unterordnung des Monarchen als »ersten Dieners des Staates« unter die Staatsräson.

**Unvollendete Wiedervereinigung**

Aus diesem Grund war durchaus zu erwarten, dass ein »Preußentag« der Brandenburger NPD stärker an die Instrumentalisierung Preußens durch die NSDAP anknüpfen würde. Doch tatsächlich spielte »Preußen« keine herausragende Rolle für die zwei bisher veranstalteten Preußentage. Den ersten organisierte die Brandenburger NPD am 2. Oktober 2010 in Abgrenzung zu den offiziellen Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung. Unter dem Motto »Preußen ist größer als Berlin und Brandenburg« warb man für die Vollendung der deutschen Einheit durch Anschluss der heute zu Polen und Russland gehörenden »preußischen Kernlande« Ost- und Westpreußen. Die Veranstaltung war ganz offensichtlich ein Erfolg für die NPD, denn zum 1. Oktober 2011 lud die Brandenburger NPD unter dem Motto »Für eine echte Wiedervereinigung« erneut nach Finowfurt im Norden Brandenburgs zum zweiten Preußentag ein. Von Kritik aus der Szene, der Preußenbezug der Veranstaltung sei kaum erkennbar, ließ man sich nicht beirren und stellte erneut die Wiedergewinnung der Ostgebiete in den Mittelpunkt der Veranstaltung.

**Auf dem Weg ins Reich**

Der 2. Preußentag wurde maßgeblich und dabei bemerkenswert unkonspirativ organisiert von Manuela Kokott, Vorsitzende und Kreistagsabgeordnete der NPD im Landkreis Oder-Spree. Als Redner traten Jörg Hähnel, Maik Müller, Sebastian Schmidtke, Klaus Beier, Ronny Zasowk und Andreas Storr auf. Musikalisch wurde das Programm bestritten von den Liedermachern Jörg Hähnel und Sascha und den Bands »Priorität 18«, »D.W.J.« und »Frontalkraft«. Ein Transparent am Eingang mit dem Slogan »Unser Weg ist die NPD – unser Ziel ist das Reich« deutete darauf hin, dass es sich um ein Treffen des nationalsozialistischen Flügels der NPD handelte. Der Anspruch auf die »deutschen Ostgebiete«, das Lob des Wehrmachtssoldaten und oberflächlich verhüllter Geschichtsrevisionismus sollten dann auch die Veranstaltung prägen. Interessant war das Auftreten des Dresdners Maik Müller. Er sprach über einen wichtigen praktischen Aspekt, der sich aus der Forderung nach Anschluss von Teilen Polens und Tschechiens an Deutschland ergebe. Mit Verweis auf die Vereinbarung zwischen tschechischen und deutschen Neonazis aus dem Jahr 2009 über den Umgang mit den Benes-Dekreten in der gemeinsamen politischen Arbeit legte er dar, wie eine Basis für die internationale Zusammenarbeit zwischen deutschen und osteuropäischen Nazis geschaffen werden könne, trotz aufrechterhaltener territorialer Ansprüche gegen deren Herkunftsländer.

**Ungestörter Erfolg**

Schließlich wurde doch noch auf Preußen - über das Stellen territorialer Forderungen hinausgehend - Bezug genommen. Der sächsische NPD-Abgeordnete Andreas Storr thematisierte in seiner Rede Preußen als Vorreiter politischer sozialer Entwicklungen und Sebastian Schmitke referierte über bekannte preußische Persönlichkeiten. Doch vermochte dies nichts an der thematischen Schwerpunktsetzung der Veranstaltung zu ändern. Auch der 2. Preußentag kann als ungestört veranstaltetes und gut besuchtes politisch-kulturelles Treffen von der NPD als Erfolg verbucht werden. Zwar gab es im nahegelegenen Eberswalde antifaschistische Veranstaltungen, die den Preußentag thematisierten, doch war direkter Widerstand dagegen bisher nicht möglich. Aus diesem Grund dürfte ein dritter Aufguss für 2012 schon in Planung sein. Der Preußentag der NPD bezieht seine Stärke und Anziehungskraft wohl eher aus der sich verfestigenden Verankerung neonazistischer Politik und Lebenswelten in Nordbrandenburg als aus seiner Themensetzung. Welche Rolle Preußen für die Rechte hierzulande noch spielt, wird sich im nächsten Jahr zeigen, wenn sich der Geburtstag Friedrichs II. (»des Großen«) zum 300. Mal jährt. ■

### WAHLAUSGANG BERLIN

Optisch war die NPD sowie die rechtspopulistische Konkurrenz von »pro Deutschland« mit Plakaten im Berliner Wahlkampf omnipräsent. Die NPD hing sogar in der letzten Woche der Materialschlacht noch Plakate aus Mecklenburg-Vorpommern auf. Der Erfolg ließ aber zu wünschen übrig, die NPD errang bei der Abgeordnetenhauswahl 31.241 (2,1 Prozent), pro Deutschland 17.838 (1,4 Prozent) und die kaum präsente Partei »Die Freiheit« 14.073 (0,9 Prozent) der Zweitstimmen. Die NPD verlor 3.986 WählerInnen zur Wahl 2006, wo diese 2,6 Prozent der Zweitstimmen errang. Schmerzhafter trifft aber die NPD der Verlust von drei Fraktionen in den kommunalen Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). Sie sitzt nun nur noch mit jeweils zwei Verordneten ohne Fraktionsstatus in Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Mahrzahn-Hellersdorf in den BVVen. In Neukölln flog die NPD ganz aus der BVV.

# Nazirock statt »Politically Correct«

## Der Megastore unter den RechtsRock-Labeln – »PC-Records«

Das Label »PC Records« ist nicht nur das in den letzten Jahren aktivste Label, was die Anzahl der produzierten RechtsRock-Tonträger betrifft, sondern auch bezogen auf die Produktion von DVDs und die Präsenz bei Events der extremen Rechten. Sei es in Form von Ständen oder als Sponsor – »PC-Records« ist ganz vorne mit dabei. Grund genug, dem Label etwas Aufmerksamkeit zu schenken.

Von Jan Raabe




»POLITICAL CORRECTNESS NEIN DANKE!«, heißt es auf dem Logo des Chemnitzer Labels »PC- Records«. Damit dockte 2000 der Gründer des Labels, Hendrik Lasch, an den von der »Jungen Freiheit« (JF) kreierten Aufkleber an, der dem Logo des Labels zum Verwechseln ähnlich sieht. Während die JF die Ablehnung vermeintlicher Sprachtabus auf ihre Agenda hebt, war die Namensgebung für Lasch mit Sicherheit eher als Positivbezug gemeint, nach dem Motto: ›Wir produzieren Tonträger, deren Inhalte politisch nicht korrekt sind‹. Er hätte auch »Wir produzieren Nazi-Rock« schreiben können, sicherlich eine treffendere Charakterisierung. Gleich die erste Produktion, das 2000 veröffentlichte Album »Neue Zukunft« der Gruppe »Schwarzer Orden«, wurde indiziert, ebenso wie viele weitere CDs von Bands wie »Stahlgewitter«, »Macht & Ehre«, »Division Germania«, »Reichswehr« oder »Blitzkrieg«. Bei keinem anderen Label werden Jahr für Jahr so viele Tonträger von Seiten der »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien« beanstandet wie bei »PC-Records«.

Das Programm des Labels besteht bis heute vor allem aus klassischen deutschen RechtsRock-Produktionen, ab und an Balladen-CDs und einigen Veröffentlichungen ausländischer »Spitzen«-Bands wie »Bound for Glory« (USA), »Sokyra Peruna« (Ukraine) oder den »Bully Boys« (USA). Rund 140 Tonträger wurden bisher via »PC-Records« verlegt, allein 21 Alben erschienen 2010. Durch die Übernahme des auf NS-Hardcore spezialisierten Labels »Until The End Records« ist »PC-Records«-Betreiber Yves Rahmel jetzt auch in diesem musikalischen Genre vertreten.

### Szenelabel

Es ist jedoch nicht nur die hohe Anzahl der veröffentlichten Tonträger, welche die Bedeutung von »PC-Records« für die neonazistische Musikszene ausmacht. Vor allem handelt es sich um ein echtes Szenelabel mit hohem Ansehen für die einzelnen Mitglieder. Das liegt nicht zuletzt an dem jetzigen Betreiber Yves Rahmel, der das Geschäft 2004 übernahm: »In der Schule bekam man die erste Kassette zugesteckt und dann die ersten Aufkleber, Demos und Partys... und plötzlich war man nen ›Neonazi‹, haha... man bildete sich, festigte seine Meinung und ich finde jeden Tag, wenn ich aus dem Fenster gucke, neue Bestätigung«, beschreibt Rahmel 2006 seinen Werdegang im Interview mit der Kampagne »Schöner leben mit Naziläden«. In der Szene wurde er als langjähriger Herausgeber des Fanzines »Panzerbär« bekannt. »Kann man Dich/Euch auch mal auf diversen Veranstaltungen zu Gesicht bekommen, oder betreibst Du/Ihr einen Handel völlig aus dem Hintergrund?«, wird Rahmel weiter im Interview gefragt. »Mich sieht man jedes Wochenende irgendwo«, lautet die Antwort. Teil der Szene zu sein, ist für den Ruf des Labels von großer Bedeutung. Rahmel signalisiert, dass er nicht schlicht des Geldes wegen die Musik veröffentliche, sondern dass er aktiver ›Kamerad‹ sei. Regelmäßig beteiligt sich Rahmel mit dem Label an Solidaritätsaktionen. Im Juli 2007 wurden mehr als 500 Exemplare einer von ihm produzierten »Schulhof-CD« mit dem Titel »60 Minuten Musik gegen 60 Jahre Umerziehung« der »Kameradschaft Hof« beschlagnahmt. Auch Aktionen wie das »Fest der Völker«, die extrem rechte Schülerzeitung »Invers« oder die erste aus dem Spektrum der »Freien Kameradschaften« veröffentlichte »Schulhof-CD« namens »Anpassung ist Feigheit« wurden von »PC-Records« gesponsort. Rahmel selbst ist im Übrigen tagtäglich im neonazistischen »Thiazi«-Forum online, kommentiert Neuerscheinungen und Entwicklungen auf dem Musikmarkt und präsentiert sich auch dort als der ›Kamerad von nebenan‹.

Im Gegensatz zu anderen Labels gab es gegen Rahmel/»PC-Records« nie Vorwürfe, er würde sich an der Szene bereichern oder ähnliches – dabei sind die Tonträger bei ihm im Vergleich zu anderen Versänden nicht gerade preiswert.

### Über das Label hinaus

Der wohl wichtigste Bereich der Tätigkeit von Yves Rahmel ist das Label, aber er betreibt auch einen gleichnamigen Versand und eröffnete 2004 in Chemnitz ein ebenso lautendes Ladengeschäft. Mit letzterem hat er es geschafft, im Süden von Chemnitz einen Laden zu etablieren, der wie ein ganz normaler Plattenladen eben RechtsRock anbietet. Der Versand »PC-Records« ist einer der bedeutendsten der deutschen RechtsRock-Szene. Seit 2010 betreibt Rahmel auch den Versand »Hits vom Index«. Als einziger deutscher online-Versand bietet dieser als jugendgefährdend eingestufte Tonträger an, welche öffentlich nicht beworben werden dürfen. Daher ist die Website des Versandes »Hits vom Index« passwortgeschützt, einen Zugang bekommt nur, wer sich via Post-Ident als volljährig ausweist. Ende 2010 veröffentlichte die »Junge Welt« die Nachricht, dass Rahmel in Chemnitz eine alte Gaststätte gekauft habe und an die NPD vermiete. Rahmel profiliert sich somit als bewegungs- und parteinaher Vermieter.

Label, Versand, Laden, Spezialversand für indizierte CDs und Vermieter – Yves Rahmel ist vielseitig aktiv. Und er ist erfolgreich: Sowohl als Produzent als auch als Händler gehört er hierzulande zu den umsatzstärksten. Sein Versand »Hits vom Index« zeigt, dass er zudem immer auf der Suche nach neuen Absatzmöglichkeiten und Märkten ist. Seine ›Stärke‹ liegt dabei sowohl in der ›Qualität‹ seiner Produkte, als auch darin, dass er, nicht zuletzt auf Grund seiner Soli-Aktionen, von der Szene als einer der Ihren, als ›Kamerad‹ und nicht als Geschäftemacher, angesehen wird. ■

# Recht(s) erfolgreich

## 25 Jahre »Junge Freiheit«

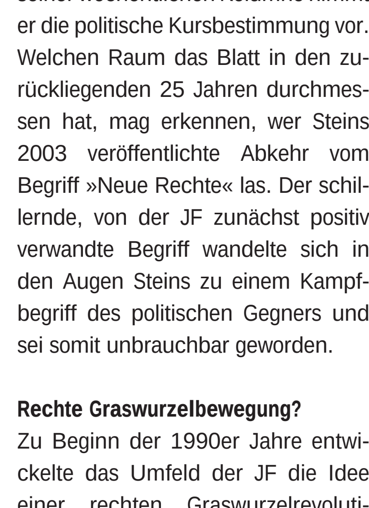
Seit 25 Jahren erscheint die »neu rechte« Wochenzeitung aus Berlin, die ihr Bestehen unter anderem mit einem Sammelband feierte, in dem Autoren des Spektrums die Jahre Revue passieren lassen.

Von Milena Vesper und Michael Kain

Als die damals noch monatlich erscheinende Zeitung »Junge Freiheit« (JF) ankündigte, ab Sommer 1994 auf ein wöchentliches Erscheinen umzustellen und ihren Sitz im Herbst 1995 von Freiburg im Breisgau nach Potsdam zu verlegen, war dies ein guter PR-Coup. Schickte sich doch ein bis dahin publizistisches Nachtschattengewächs der »Neuen Rechten« an, am Kampf um die Deutungshoheit der größer gewordenen »Berliner Republik« teilzunehmen. In den Jahren unmittelbar nach der »Wiedervereinigung« herrschte Aufbruchstimmung im Milieu der intellektuellen extremen Rechten. Dem Durchmarsch rechter Positionen in den Sphären der Geschichtspolitik schien keine Grenzen gesetzt. Botho Strauß‘ »Anschwellender Bockgesang« gab die Initialzündung für eine sich als »Generation ´89« imaginierende Gruppe von Autoren, die wenig später mit einem eigenen Manifest die politische Kultur der alten Bundesrepublik zu Grabe tragen wollten. In der Tageszeitung »Die Welt« und in Verlagshäusern wie »Ullstein / Propylän« fassten Intellektuelle mit dezidiert rechten Positionen Fuß. Und so entstanden im rechten Milieu Hoffnungen auf einen publizistischen Aufbruch. Doch nach 1994 machte sich Ernüchterung breit. Denn mit ihren Vorstößen zu einer radikalen Rechtswende des »neuen« Deutschlands blieb das Netzwerk um den JF-Verleger Dieter Stein stecken.




^ JF-Chefredakteur Dieter Stein (rechts) auf der Buchmesse 2011 in Frankfurt



### Dieter Stein

Stein hatte die JF 1986 als Zeitung für SchülerInnen und StudentInnen gegründet. Seine politische Sozialisation erlebte er in der CDU-Jugendorganisation »Junge Union«. Zwischen 1984 und 1987 war er parteipolitisch an die Partei »Die Republikaner« (REP) und deren Abspaltung »Freiheitliche Volkspartei« gebunden. Er studierte Politik- und Geschichtswissenschaft in Freiburg und wurde Mitglied der »Deutschen Gildenschaft«. Bis heute ist er Verleger und Chefredakteur der JF, die seit 1996 in Berlin erscheint. In seiner wöchentlichen Kolumne nimmt er die politische Kursbestimmung vor. Welchen Raum das Blatt in den zurückliegenden 25 Jahren durchmessen hat, mag erkennen, wer Steins 2003 veröffentlichte Abkehr vom Begriff »Neue Rechte« las. Der schillernde, von der JF zunächst positiv verwandte Begriff wandelte sich in den Augen Steins zu einem Kampfbegriff des politischen Gegners und sei somit unbrauchbar geworden.

### Rechte Graswurzelbewegung?

Zu Beginn der 1990er Jahre entwickelte das Umfeld der JF die Idee einer rechten Graswurzelrevolution. Die aus dem Umfeld der JF ins Leben gerufenen »Lesekreise« der Zeitung sollten Kerngruppen für die Herausbildung kultureller, politischer und lebensweltlicher Gegenmacht in der Gesellschaft bilden. Es folgten 1993 bis 1995 die an StudentInnen gerichteten »Sommeruniversitäten«. Vorbild für diese Versuche, über das publizistische Kerngeschäft der Zeitung hinauszugehen, waren die jungkonservativen studentisch-bündischen Kreise der Weimarer Republik. Etwa zeitgleich mühte sich die JF um die Erweiterung ihres kulturellen Resonanzraumes in der Gothic-Bewegung. In Plattenbesprechungen und Reportagen über Szene-Events erkannten JF-Autoren diese Jugendkultur durch ihren konservativ-romantischen Habitus als kulturelle Brücke eines rechten Lifestyles. Doch den Anspruch, neben der Präsenz als mediales Forum für rechte Inhalte Impulsgeber für rechte Lebenswelten zu sein, gab die JF 1996 mit der Trennung von den Lesekreisen auf. An deren Stelle trat der Förderkreis »Freunde der Jungen Freiheit«, der zum Ausbau der Kapitalbasis und für die Abo-Gewinnung gegründet wurde.

### Kampagnen

In mehreren Kampagnen seit Beginn der 1990er Jahre inszenierte sich die JF als Opfer »staatlicher Repression und linker Gewalttäter«. Nach einem Brandanschlag auf die damalige Druckerei der Zeitung in Weimar 1994 initiierte die JF einen »Appell für die Pressefreiheit«, der neben den Unterschriften

rechter und konservativer Personen des öffentlichen Lebens auch Namen aus dem liberalen Spektrum trug. Ebenso von Kampagnen begleitet war die mehr als zehnjährige juristische Auseinandersetzung gegen die Erwähnung der JF im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht. Bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der JF wurde das Blatt vom Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl vertreten. Der ehemalige, dem nationalkonservativen Lager der FDP zuzurechnende Spitzenbeamte war das reputierliche Aushängeschild der Zeitung.

Immer wieder versuchte die JF über Kampagnen, die Leser-Blatt-Bindung zu stärken, die Auflage zu steigern und die LeserInnenschaft zu Wort kommen zu lassen. Die Redaktion erbat für Sonderveröffentlichungen zu den Themen »Vertreibung« und »Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg« Zeitzeugenberichte, Fotos und Erinnerungen. Wiederholt wandte sich die Redaktion auch mit Aufrufen an die LeserInnen, ihr über die »Schändung« von Kriegerdenkmälern oder die lokale Verankerung antifaschistischer Gruppen Informationen zu geben, um darüber zu berichten. Und die JF aktiviert die LeserInnen auch im Rahmen von Kampagnen für »Pressefreiheit« – zum Beispiel als die JF 2006 nicht zur Leipziger Buchmesse zugelassen werden sollte – und für die Unterstützung geschasster »Konservativer« wie Götz Kubitschek, der wegen seiner Tätigkeit für die Zeitung 2001 von der Bundeswehr aus einer Reserveübung entlassen wurde.

**Interviewpartner als Skandal**

Die wöchentlich erscheinenden Interviews auf Seite Drei gereichten der Zeitung bis vor wenigen Jahren regelmäßig zu einem PR-Coup. War es dem Blatt gelungen, jenseits des eigenen Milieus respektable Interviewpartner zu gewinnen, wurde dies in der Öffentlichkeit zu Recht sanktioniert, was der JF zugleich politisch-mediale Resonanz sicherte. Interviews mit Prominenten wie Peter Glotz (SPD), Jörg Schönbohm (CDU) oder Egon Bahr (SPD) werteten die JF auf. Die den Interviews nachfolgenden Debatten um die moralische Zulässigkeit, in einer rechten Zeitung Rede und Antwort zu stehen, stärkte den Ruf der JF als angeblich nonkonformes Medium. Ein Tabubruch ist ein solches Gespräch lange nicht mehr. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist das Distanzierungsbedürfnis potentieller AutorInnen und InterviewpartnerInnen gewichen. Die Enttabuisierung der JF in Medien und Politik muss als abgeschlossen gelten. Letztlich zeigte sich dies auch in den Gratulationen zum 25-jährigen Bestehen: »Die JF wird gebraucht!«, schrieb Thomas Goppel (CSU) in einer Werbeanzeige der Zeitung am 24. Juni 2011. Der Landtagsabgeordnete und Staatsminister a. D. fügte hinzu: »Zur Verbesserung der Sicht des ganzen Deutschlandspektrums«.

**Themen**

Seit ihrer Gründung finden die Identitätsthemen der Rechten ihren Niederschlag in der JF. Hier ist an erster Stelle das Thema Einwanderung zu nennen. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Blatt die Warnung vor dem, was man in der extremen Rechten wahlweise »demographische Katastrophe« oder »Überfremdung« nennt. Doch die Akzentsetzung hat sich geändert: An die Stelle des früher propagierten »Ethnopluralismus« ist die antiislamische Agitation getreten, die sich christlich-fundamentalistischer Argumentationsfiguren bedient. Ohnehin steht die JF dem rechten Rand beider großer christlicher Kirchen aufgeschlossen gegenüber. Die Themen evangelikaler Konservativer, rechter Lebensschützer und ultrarechter Katholiken sind in der JF gut aufgehoben. Omnipräsent ist dabei die Klage über die angebliche Hegemonie liberaler Auffassungen und die Verwässerung des Kerns kirchlicher Lehre.

Seit jeher konnten Parteineugründungen rechts der Union mit freundlicher Berichterstattung der Zeitung rechnen. Von strategischer Kritik abgesehen, begrüßte die JF jeden Versuch, das aus ihrer Sicht erstarrte und linkslastige Parteiensystem zu erschüttern. Ob »Partei Rechtsstaatlicher Offensive« (»Schill-Partei«) oder »Statt Partei«, REP oder »Die Freiheit« – Alle wurden mit Vorschusslorbeeren bedacht und erhielten eine Plattform. Das Scheitern dieser Projekte wird angesichts des Aufstiegs erfolgreicher Rechtsparteien in Europa als bedauerlicher deutscher Sonderweg gesehen.

Das Verhältnis der JF zu den Unionsparteien ist widersprüchlich und schwankt zwischen vehementer Parteinahme für deren rechte Flügel und der Diagnose, dass der rechte Flügel nur als Feigenblatt zur Stimmen-Maximierung diene, es aber tatsächlich für rechte Politik keinen Raum in der Union gebe. Dies erklärt, warum in der JF sowohl Rechtsausleger der Union wie Norbert Geis zu Wort kommen, als auch Autoren, die keinerlei Hoffnungen an die Union mehr hegen. Ebenso ambivalent fallen die wirtschafts- und sozialpolitischen Plädoyers aus. Ordoliberale Positionen zu Themen wie Geldpolitik und Wirtschaftsordnung finden sich neben Positionen, die eine sozialpolitische Intervention des Staates, etwa zugunsten einer offensiven Bevölkerungspolitik für deutsche Familien, fordern. Ein weiteres Thema ist der Umgang mit der NS-Vergangenheit und deren Repräsentation in der politischen Kultur. Nachdem sich die JF zu Beginn der 1990er Jahre von Autoren getrennt hatte, die offenkundig eine Relativierung des Holocausts für diskussionswürdig hielten, geht es dem Blatt seitdem um nichts weniger als die Historisierung und einordnende Normalisierung der NS-Vergangenheit. Von der Durchsetzung dieses diskurspolitischen Ziels hängt nach Auffassung der JF die Wiederkehr eines ungebrochenen nationalen Selbstwertgefühls der Deutschen ab. Dabei sind Versuche, zu einer Revision der Ursachen und Voraussetzungen des Nationalsozialismus und des Krieges zu gelangen, von jenen zu unterscheiden, die eine Überrepräsentanz der NS-Vergangenheit in Medien und Wissenschaft beklagen. Um ersteres bemüht sich seit Jahren etwa der Historiker Stefan Scheil. Seine wiederkehrenden Aufsätze in der JF, aber auch in der konservativen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ), zielen darauf, die Verantwortung der Deutschen für den von ihnen entfesselten Angriffs- und Vernichtungskrieg in Relation zu aggressiven außenpolitischen Bestrebungen Polens und der Sowjetunion zu setzen, und somit zu relativieren. Scharfzüngig und mitunter hart an der Grenze zur Strafbarkeit polemisiert Torsten Hinz alias Doris Neujahr gegen die politische Kultur der Bundesrepublik: Diese sei einer »Holocaust-Religion« verfallen, deren Hohepriester in Medien, Wissenschaft und Politik die Deutschen unter die Knute ewiger Schuld halten wollten. Als geschichtspolitischen Gegenentwurf präsentiert die JF ein nationales Narrativ, in welchem Preußens Befreiungskriege gegen Napoleon, Stauffenbergs Attentat auf Hitler, der Arbeiteraufstand in der DDR 1953 und schließlich der Mauerfall als Kontrast zum angeblichen Mantra von der deutschen Misere aufgeführt werden.

**Ausblick**

Im letzten Jahrzehnt konnte die JF ihre Auflage stabilisieren und ausbauen. Durch die Öffnung des Blattes gegenüber konventionell-konservativen Themen, ohne explizit rechte Kernpositionen aufzugeben, erreicht die JF eine LeserInnenschaft, die über das rechtsintellektuelle Milieu hinausgeht. Anlässlich der Einstellung der konservativen Wochenzeitung »Rheinischer Merkur« sinnierte Chefredakteur Stein über die publizistische Lücke, die dessen Verschwinden reiße. Konservative fänden nunmehr im Marktsegment Wochenzeitung keine Heimat. Nur zu gern hätte die JF die Abonnentendatei des »Rheinischen Merkur« übernommen. Dass der Untertitel des Blattes »Christ und Welt« dann an die »Zeit« ging, empfand man in der JF wohl als Verrat an der konservativen LeserInnenschaft.

Einst wollte die JF eine »die tageszeitung« (taz) von rechts sein, die Tabus bricht und Themen setzt. Heute scheinen die Zeiten, in denen die JF die publizistische Avantgarde einer »Neuen Rechten« war, vorüber. Insofern erscheint die JF heute vielleicht weniger ideologisch. Anders als vor 25 Jahren gelten aber heute in der gesellschaftlichen Mitte ihre Auffassungen als weithin akzeptiert – auch und gerade wenn sie auf die »selbstbewusste Nation« zielen. ■



# Veranstaltungsmarathon

## Die »Junge Freiheit« auf der Frankfurter Buchmesse

In der Messehalle 3.1 war der Stand der Berliner Wochenzeitung »Junge Freiheit« zu finden. Unübersehbar. Seit Jahren schon präsentiert sich das »neu rechte« Organ mit einem durchaus als überdimensioniert zu bezeichnenden Stand.

Von Jens Breuer

Die Größe des Standes der »Jungen Freiheit« (JF) lässt einen Rückschluss auf das Selbstwertgefühl der Zeitungsmacher zu, angesichts einer in den letzten Jahren auf knapp 20.000 Exemplare gestiegenen Auflage. Und gleichwohl ist er vielleicht auch Ausdruck des imaginierten Einflusses, den die JF-Redaktion auf die öffentliche Meinung zu haben wähnt.

**Begleitprogramm**

Dort, am Stand A100, verteilten vor allem junge Frauen und Männer nicht nur die Papierausgabe in Stofftaschen mit Werbeaufdruck. Wie auch in den Jahren zuvor hatte die JF ein kleines Begleitprogramm zusammengestellt. Am Eröffnungstag präsentierte JF-Chefredakteur Dieter Stein gemeinsam mit seinem Stellvertreter Thorsten Thaler ein Buch aus dem eigenen Haus: »Der Freiheit eine Gasse. 25 Jahre Junge Freiheit« – dabei hatten sie zum zwanzigjährigen Bestehen gerade erst eine Publikation vorgelegt. Doch die JF feiert, oder treffender, inszeniert sich gerne. Ihre permanente Opferstilisierung (s. Beitrag auf Seite 17/18), schwört das Unterstützerfeld ein. Das Buch untermauert den Mythos, das zeigte sich auch in der Vorstellung auf der Messe. Auf große Resonanz stieß die Präsentation nicht, gerade einmal fünf MessebesucherInnen schenkten ihr Aufmerksamkeit.

Am zweiten Tag, Freitag, den 14. Oktober 2011, hingegen wusste die JF mit internationaler »Politikprominenz« aufzuwarten: Barbara Rosenkranz. Die Politikerin der rechtsradikalen »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) war 2010 Kandidatin ihrer Partei für die Bundespräsidentenwahl im Nachbarland (s. DRR Nr. 124). Im Gespräch mit Dieter Stein schwadronierte sie über die Aushöhlung nationaler Souveränität durch Gender Mainstreaming, den Euro und die »Europäische Union«.

Bekannt in diesem Milieu ist auch der zweite Gast, den Stein an jenem Tag begrüßte: Udo Ulfkotte. Jüngst hatte dieser im »Kopp Verlag« sein Buch »Albtraum Zuwanderung. Lügen, Wortbruch, Volksverdummung.« verlegt. Doch, so Stein, sprechen wollten sie über »Fremd im eigenen Land – Vorsicht Bürgerkrieg?«. »Ist die Sarrazin-Welle ein Jahr später verebbt?«, mit dieser Frage eröffnete Stein. Nein, entgegnete Ulfkotte, das glaube er nicht. »Die Diskussion zum Thema Sarrazin, die Diskussion zum Thema Zuwanderung wird halt derzeit überlagert durch das Thema Wirtschafts- und Finanzkrise«, doch sie sei nicht erledigt, vielmehr würde sie gerade unter der Krise in den kommenden Monaten und Jahren immer drängender werden. Denn die zugewanderten Bevölkerungsgruppen seien vor allem Hilfeempfänger. Und wenn die staatlichen Ressourcen knapper würden, so Ulfkotte weiter, dann würde die fortlaufende Zuwanderung zur Belastung. »Wir sehen das ja beispielsweise in Ländern wie Großbritannien, wie explosiv und wie schnell sich die Lage auf einmal entladen kann – dort hatten wir ja im August schwere Unruhen, an denen zum großen Teil eben Migranten beteiligt waren«, demagogisierte Ulfkotte. Könnte so etwas in Deutschland möglich sein? Die soziale Versorgung in Ländern wie der Bundesrepublik sei noch gut, doch wenn die zurückgefahren werden müsse, weil die Finanzmittel nicht mehr da seien, »dann entwickelt sich ein Wutstau in der Bevölkerung, es geht selbstverständlich dann um die Frage der Verteilung der wenigen Mittel, die noch vorhanden sind«. Es könne noch 24 oder 36 Monate gut gehen, aber »englische« Verhältnisse drohten auch hier, schwarzmalte er.

**Institut für Staatspolitik bei JF**

»Seit Jahren besuchen wir die Buchmesse nicht mehr als Aussteller, sondern als Besucher, hin und wieder eingeplant als Autoren am JF-Stand, um vor dem Messepublikum über neue Bücher und Studien zu sprechen«, informierte der Blog des »neurechten« Periodikums »Sezession« ihre Gefolgschaft. Und so durfte am Samstag Erik Lehnert das Buch »Die Frau als Soldat – Gleichstellung um jeden Preis?« (s. DRR Nr. 132), eine »Studie« des »Instituts für Staatspolitik«, vorstellen. Und am Folgetag präsentierte Kollege Götz Kubitschek zusammen mit seinem Co-Autoren Michael Paulwitz das Buch »Deutsche Opfer, fremde Täter« aus dem eigenen Verlag »Edition Antaios«. Im Gespräch der beiden mit dem JF-Onlineredakteur Felix Krautkrämer ging es entsprechend um ein Lieblingsthema dieser Rechten, das »Scheitern von Multikulti«, und um die vermeintlich zunehmenden Angriffe von Migranten auf Deutsche. Sie schlossen damit nahtlos an die Ausführungen von Ulfkotte an. Als Quintessenz formulieren Kubitschek/Paulwitz am Ende ihres Buches 15 Thesen, die Rassismus pur sind. Sie schwadronieren darin über das schwach gewordene »eigene Volk«, zu ergreifende Maßnahmen und die in letzter Konsequenz drohende Segregation, um ein »Rest-Wir« zu retten (s. DRR Nr. 131).

Die JF weiß die Buchmesse für ihre Zwecke gut zu nutzen. Und wer meint, in Frankfurt würden sich vor allem liberale Geister für Neuerscheinungen interessieren, irrt: Alle Veranstaltungen fanden Resonanz und positive Aufnahme bei den ZuhörerInnen. ■

^ Gäste am Stand der JF, v. l. n. r.: Ulfkotte, Paulwitz, Kubitschek, Krautkrämer, Rosenkranz

# Spekulieren auf Schlagzeilen

## »Edition Antaios« veröffentlicht »Fjordman«

**Spekuliert Götz Kubitschek auf einen kleinen Skandal, wenn er mit explizitem Verweis auf die Anschläge in Oslo und auf Utøya in der »Edition Antaios« ausgewählte Schriften des norwegischen Bloggers »Fjordman« verlegt?**

Von Paula Jacobs und Fabian Hegas

Hinter dem Pseudonym »Fjordman« verbirgt sich Peder Jensen, der seit 2005 hunderte antimuslimische Artikel im Internet veröffentlichte, hauptsächlich auf Blogs wie »Gates of Vienna« oder »Jihadwatch«. Schlagartig wurde er im Sommer 2011 auch jenseits dieses Spektrums bekannt, weil etliche seiner Texte in dem Kompendium »2083: A European Declaration of Independence« (»2083: Eine Europäische Unabhängigkeitserklärung«) von Anders Behring Breivik veröffentlicht wurden.

**Parallelen**

Kurz vor seinen beiden Attentaten im Juli hatte Breivik den etwa 1.500 (!) Seiten umfassenden Text an verschiedene Medien und (extrem) rechte Organisationen als E-Mail-Anhang versandt. Aus ihm geht seine politische (Selbst-)Verortung hervor. Eingebunden finden sich darin etliche Texte »Fjordmans«, nicht als Fragment, sondern vollständig. Die beiden teilen nicht nur den antimuslimischen Rassismus, der sich in der apokalyptischen Vorstellung einer »Islamisierung Europas« äußert, sondern auch die Abwehr des »kulturellen Marxismus« als zentrales Motiv. Unter dem Begriff wird subsumiert, was aus dem ideologischen Repertoire der deutschen extremen Rechten bekannt ist: Beklagt wird der Verfall der traditionellen Familie, eine schleichende Auflösung der Geschlechterdichotomie, Dekadenz, das Verschwinden gesellschaftlicher kultureller und religiöser Ordnungsmuster und angestammter Gemeinschaft. »Kulturelle Marxisten« würden heute alle öffentlichen Institutionen in West-Europa und den Vereinigten Staaten kontrollieren, so ist es einem von Breivik veröffentlichten »Fjordman«-Text zu entnehmen. Die Jugendorganisation der Sozialdemokratie, die wie die Mutterpartei zum »kulturellen Marxismus« gerechnet wird, wird in diesem Text in einem Atemzug mit Antifa-AktivistInnen genannt. Beide gelten dem Autor als »staatlich finanzierte Lynchmobs« (Breivik auf Seite 620). Die Opfer des Anschlags auf der Insel Utøya, auf der Mitglieder der sozialdemokratischen Jungendorganisation campten, waren also keinesfalls zufällig gewählt, sie entsprachen seinem antimarxistischen Verschwörungswahn, den er mit weiten Teilen der europäischen Rechten teilt.

In Norwegen wurde nach den Attentaten viel über die Verantwortung von Medien gesprochen, als absolutes Negativbeispiel fungierte dabei »Fjordman« – nicht nur, weil er zu den Stichwortgebern von Breivik gehört, sondern auch, weil seine Auslassungen als jenseits dessen erachtet werden, was Teil eines nicht rassistischen Diskurses über Islam und Einwanderung sein könnte.

**»Antaios« Veröffentlichung**

»Martin Lichtmesz und Manfred Kleine-Hartlage dokumentieren in ihrem Buch zehn der wichtigsten und besten Essays Fjordmans«, wirbt die »Edition Antaios« seit Wochen: »Sie analysieren in flankierenden Texten, ob und wo es einen Zusammenhang der Analysen Fjordmans, der Überfremdungskritik insgesamt und der grausamen Tat des Amokläufers Anders Breivik geben könnte.« Der 35-jährige Lichtmesz scheint ein Faible für derartige Autoren zu haben. Bereits 2005 kritisierte er die Berichterstattung der »Jungen Freiheit« bezüglich des Holocaustleugners David Irving. Er betonte dabei, dass dieser ein »bedeutender Historiker, ein glänzender Schriftsteller und ein überaus mutiger Mann« sei. Aufschlussreich ist auch, wie der gebürtige Wiener, der heute in Berlin Kreuzberg lebt, seinen Co-Herausgeber auf dem Blog des »neu rechten« Periodikums »Sezession« charakterisiert: Manfred Kleine-Hartlage sei ein »aus dem ›Counterjihad‹-Eck kommende[r] Soziologe«, der »Fjordman« als »Geheimtip für Menschen« betrachte, »die der täglichen ideologischen Gehirnwäsche durch die Massenmedien überdrüssig sind und nach Antworten auf die Fragen suchen, die sich jedem aufdrängen, der feststellt, daß die Themen des sogenannten öffentlichen Diskurses nichts mit den wirklichen Problemen unserer Gesellschaft zu tun haben«. Kurzer Hinweis: Es geht hier immer noch um jenen Autor, der als Stichwortgeber gilt für einen Massenmörder, der in Oslo acht und auf Utøya 69 Menschen tötete. Und das wissen auch der Verleger und die Herausgeber des Buches: Götz Kubitschek schreibt im Verlagsrundbrief über die Veröffentlichung: »Das können nur wir, denn das Fjordman-Gelände ist seit den Osloer Anschlägen vermint!« – was dieses »das können nur wir« bedeutet, darüber lässt sich spekulieren. Vielleicht meint das auch: niemand ist so taktlos wie wir. Währenddessen liefert Lichtmesz eine Begründung im Jargon des Spektrums: »Wir haben schließlich entschieden, daß die Aufsätze zu wichtig sind, um sie der doppelten Geiselhaft der politisch korrekten Meinungsmacher und Inquisitoren als auch des psychopathischen Ursurpators zu überlassen.« Um die Verantwortung »Fjordmans« zu relativieren, wird aus dem Attentäter flugs ein »Norwegian Psycho« (Lichtmesz). Nur zu dumm, dass Psychologen Breivik als voll zurechnungsfähig einschätzen – aber vielleicht ist das auch nur wieder eine Verschwörung der »politisch korrekten Meinungsmacher« und »Kulturmarxisten«. ■

^ Screenshot von Martin Lichtmesz in der 3SAT-Doku »Auf dem Rittergut«

# »Jetzt erst recht«

## »Die Freiheit« expandiert

Sie hatten mehr erhofft. In Berlin schaffte »Die Freiheit« nicht den Einzug in das Abgeordnetenhaus. »Das Wahlergebnis von nur einem Prozent ist für uns sehr enttäuschend«, sagt René Stadtkewitz, Spitzenkandidat und Bundesvorsitzender der »Freiheit«. Von Berlin sollte mit einem Wahlerfolg der Schwung für den Parteiaufbau im Bund kommen, räumte auch der Hamburger Vorsitzende Jens Eckleben ein.

Von Andreas Speit

Über einen Monat nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksversammlungen am 18. September 2011 sucht die selbsternannte Bürgerrechtspartei noch nach den Gründen. Einen Tag nach der Wahl wusste Stadtkewitz aber sofort: »Wir sind nicht für falsche Thesen oder Ziele abgestraft« worden und betonte sogleich: »Wir sind davon überzeugt, dass unsere drei Kernthemen, die Einführung der direkten Demokratie, der Kampf gegen Werteverfall und den zunehmenden Einfluss des politischen Islams sowie der Einsatz für ein Europa souveräner Nationen politisch mehr als drängend sind.« Doch dass selbst Stadtkewitz mit seinem Standing als früheres CDU-Mitglied im Abgeordnetenhaus mit 2,9 Prozent in seinem Wahlkreis scheiterte, schmerzt deutlich. Wer, wenn nicht ihre Führungsfigur, die sich doch so gegen einen Moscheebau eingesetzt hatte, hätte es schaffen sollen? Die Enttäuschung scheint auch in den zwölf Landesverbänden mit bundesweit 2.200 Mitgliedern nachzuwirken. Glaubt man aber Felix Strüning, Bundesschriftführer, hätte es nach der Wahl »vor allem eine Botschaft« von den Mitgliedern gegeben: »Jetzt erst recht!« Am 25. September 2011 versuchte Christoph Schubert so auch Hoffnung zu geben. »Wir alle mussten es leider hinnehmen, dass uns noch nicht einmal der Einzug in einzelne Bezirksverordnetenversammlungen gelungen ist«, erklärte der Landeskoordinator in Sachsen-Anhalt, versicherte aber: »Was allerdings bleibt, ist der Wille – UNSER WILLE – dieses Land zu verändern.«

Schon vor der Wahl hatte Jens Eckleben nicht herunterspielen wollen, dass diese Wahl für sie wichtig sei; getreu der Logik: gutes Wahlergebnis = zügiger Parteianwuchs. Aus den Verbänden und Interessengruppen waren Wahlhelfer auch extra nach Berlin gekommen. In Hamburg hatten Mitglieder am 8. Juli 2011 bei einer Versammlung im Bürgerzentrum Stavenhagenhaus stolz berichtet, wie sehr sie sich in der Hauptstadt um Unterschriften bemüht hätten. Schneidig erzählte Jens Sturm, selbst in Kreuzberg hätten Parteimitglieder um Stimmen geworben. Ein ehrfürchtiges »Oh« kam von den etwa 25 Gästen, wohl weil ihnen der Einsatz in diesem Berliner Stadtteil sehr mutig erschien. Hier in diesem Haus hatten sie Anfang Juni den Hamburger Verband gegründet. Bei der Gründung wurde Eckleben einstimmig gewählt. Seitdem ist der Betriebswirt sehr bemüht, die Partei als eine mit »ordentlichen Bürgern« darzustellen: »Handwerker, Hausfrauen, Polizeibeamte, Angestellte und Bundeswehrangehörige sind bei uns«, gab er an. An dem Juliabend der Veranstaltung erwarteten sie jedoch rund 70 AnwohnerInnen. Die GegendemonstrantInnen öffneten höflich die Gartentür und sagten jedem einzelnen Teilnehmer des Treffens freundlich: »Rechtspopulisten sind hier unerwünscht.« Ein Mann, der sich offensichtlich missverstanden fühlte, wollte reden. Für Freiheit sei er, für Volksentscheide. »Quatsch«, winkte Esther Bejarano ab. Die Auschwitzüberlebende betonte: »Ihr seid Rassisten.« Eine Vorhaltung, die »Die Freiheit« verärgert und die sie auch als Ursache für ihren Wahlmisserfolg ausmacht.

In einem mehrseitigen Papier führt Burkhard Willimsky, Vorsitzender der Partei in Berlin-Steglitz-Zehlendorf aus, das Bündnis »Rechtpopulismus stoppen« und die Medien hätten ihnen zu schaffen gemacht: »Während diese ›antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, translesbischschwulen Gruppen, MigrantInnenselbstorganisationen, zivilgesellschaftlichen und politischen Gruppen‹ [...] keine Hemmungen kennen, das Christentum [...], sowie die über 2000 jährige kulturgeschichtliche Entwicklung Europas möglichst zu negieren, soll offenbar jede Kritik am Islam [...] sowie seine täglich zu beobachtenden Auswirkungen in Deutschland und Europa verhindert werden.« In der Analyse vom 9. Oktober 2011 schimpft er weiter: »Trotz klarer Abgrenzungen besonders zu (rechts)extremen Ansichten und Gruppen, wurde die Partei zunehmend mit dem neuen Allerweltsbegriff ›rechtspopulistisch‹ abgestempelt, zumal Thilo Sarrazins Aussagen von den Herrschenden weitgehend verteufelt wurden.« Dass die Medien die Einschätzung des Rechtsextremismusforschers Hajo Funke breit wiedergaben, sie seien eine »rechtspopulistische Partei«, die den Hass auf Muslime schüre, verärgert Willimsky besonders. Nicht ohne Grund, sieht er doch die Gründe für Wahlerfolge solcher Parteien klar: »Der einmalige Erfolg des Amtsrichters ›Gnadenlos‹ Ronald Schill [...] in Hamburg lag wesentlich darin begründet, dass sich Schill nur deshalb glaubhaft vom politischen Extremismus absetzen konnte, da er dabei wohlwollend von maßgeblichen Springer-Zeitungen wie dem Hamburger Abendblatt und der Welt sowie finanziell von der Wirtschaft unterstützt wurde.«



^ »Die Freiheit« in München: Christian Jung (Mitte); René Stadtkewitz bei der Partei-Gründung in Bayern

Die Enttäuschung hat aber nicht alle Funktionsträger entmutigt. In Nordrhein-Westfalen gründeten Mitglieder um Andreas Pokladek in Recklinghausen am 8. Oktober 2011 einen Landesverband. In München startete am 14. Oktober 2011 der Verband, den das ehemalige CSU-Mitglied Christian Jung anführt, eine Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren »Kein europäisches Zentrum für den Islam in München«. Am 10. Dezember 2011 findet in Frankfurt am Main der erste Bundesparteitag statt. Strüning betont bei der Ankündigung: »Lassen wir uns nicht unterkriegen.« ■

# Erfolgsautor

## In allen Medien präsent: Max Otte

Der Ökonom Max Otte ist mit seinen euroskeptischen und finanzmarktkritischen Thesen in der Wirtschaftskrise zum Starautor und gefragten Interviewpartner geworden. Doch Otte ist auch engagierter Autor und Referent der »Neuen Rechten«.

Von Ernst Kovahl

Seit die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ausgebrochen ist, ist der Ökonom Max Otte ein gefragter Interviewpartner und Autor. Hier ein Streitgespräch in der »Süddeutschen Zeitung« und ein Kommentar im »Fokus«, dort ein Interview bei »Anne Will« und ein Artikel im »Handelsblatt«. Der »Börsianer des Jahres« 2009 und 2010 ist mit seinen euroskeptischen und finanzmarktkritischen Thesen überall präsent. Mit seinem im seriösen »Ullstein Verlag« veröffentlichten Bändchen »Stoppt das Euro Desaster!« gelang ihm ein Bestseller. Auf knapp 50 Seiten legt er leicht verständlich Hintergründe der Krise und Lösungsstrategien dar.

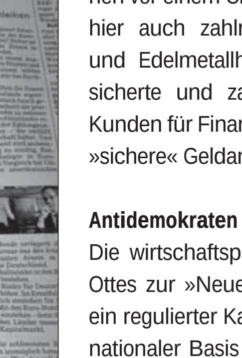
**Stoppt den Euro!**

Otte ist Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Worms und Dozent an der Universität Graz. Nebenbei ist er Leiter des von ihm gegründeten »Instituts für Vermögensentwicklung«, Fondsmanager und Direktor des »Zentrums für Value Investing e. V.«. Seine wirtschaftspolitischen Thesen sind pragmatisch, eingängig und populär. Die »Kosten der Krise« sollten »von ihren Verursachern, nämlich Banken, Konzernen und Beziehern großer Kapitaleinkommen, bezahlt werden«, statt von der Mehrheit der Menschen. Und statt teurer Bankenrettung müsse ein Verbot »schädlicher Finanzprodukte«, eine Regulierung der Finanzmärkte, eine Finanztransaktionssteuer sowie eine drastisch höhere Steuer auf Kapitaleinkommen eingeführt werden. Das seien taugliche Mittel gegen das »parasitäre Treiben vieler Finanzinvestoren«, um eine »souveräne Außenwirtschaftspolitik« Europas zu erreichen und ein »sicheres Finanzsystem« einzuführen. Das »deutsch-französische Tandem« müsse eine »Vorreiterrolle« gegenüber den anderen Staaten in Europa spielen, um Europa wieder auf Kurs zu bringen, so Otte im »Fokus«. Die Politik habe sich in den letzten Jahren dem »schädlichen Einfluss der Finanzoligarchie« bereitwillig unterworfen, meint er – ohne zu benennen, dass es ja die Staaten selber waren, die Wirtschaft, Banken und Finanzmärkte dereguliert hatten.

»Wer profitiert tatsächlich von der Finanzkrise?«, fragt Otte. Raffgierige Banker, korrupte und unwissende Politiker, lautet sein Urteil. Doch trotz seiner kritischen Töne ist er ein Befürworter des Kapitalismus, allerdings »innerhalb eines geregelten Ordnungsrahmens, nicht als hemmungsloser Hyperkapitalismus mit Finanzoligarchie.« Klar distanziert er sich von einem anderen Wirtschaftssystem: »Wir brauchen keinen Sozialismus für Banken und Superreiche«. Deutschland müsse »die Herrschaft der Finanzoligarchien beenden«, so sein leicht verschwörungstheoretisch klingendes Fazit. »[W]ehren Sie sich!«, ruft er auf.





^ Otte bei Tiroler Wirtschaftsvereinigung, Oktober 2011; Gespräch mit Otte, »Süddeutsche Zeitung«, 17. August 2011

**Euro-Kritiker**

Otte kritisiert seit Jahren die Einführung des Euros. Er habe mit dazu beigetragen, die angeblich einstmals so stabile deutsche Wirtschafts- und Finanzordnung zu ruinieren. Das bringt ihn auch in die Nähe des Bundestagsabgeordneten und FDP-Rechtsaußen Frank Schäffler vom »Liberalen Aufbruch«, der gerne in dem rechts-libertären Blättchen »eigentümlich frei« schreibt und zum wirtschaftspolitischen Star der neu-rechten »Jungen Freiheit« (JF) avancierte, sowie zu Hans-Olaf Henkel, einem der profiliertesten »Euro-Kritiker« und mehrfachem Gastautor der JF.

Im Leitmedium der »Neuen Rechten«, der JF, schaltete Otte mit seinem Kölner Unternehmen »Institut für Vermögensentwicklung« großformatige Anzeigen: »Sie möchten Ihr Vermögen nach der Königsanalyse von Prof. Dr. Max Otte professionell verwalten oder beraten lassen?« (Nr. 19/2011). Bereits seit Jahren pflegt ihn das Blatt. Seit 2008 vertreibt und bewirbt sie Ottes Buch »Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten«. 2010 schrieb Otte dann erstmals selbst in der JF (Nr. 40/201) und berichtete über die Konferenz »Der Euro vor dem Zusammenbruch – Wege aus der Gefahr«, veranstaltet von der von dem ehemaligen Linken und Vordenker der »Antideutschen« Jürgen Elsässer gegründeten deutsch-nationalen »Volksinitiative«. Weitere Namensartikel von Otte in der JF folgten. Das Blatt verfolgt seit Jahren eine euroskeptische, national-protektionistische Wirtschaftspolitik und warnt in teils hysterischen Tönen vor einem Crash. So finden hier auch zahlreiche Verlage und Edelmetallhändler verunsicherte und zahlungskräftige Kunden für Finanzratgeber und »sichere« Geldanlagen in Gold.

**Antidemokraten**

Die wirtschaftspolitische Nähe Ottes zur »Neuen Rechten« – ein regulierter Kapitalismus auf nationaler Basis mit deutlicher Artikulation der deutschen Interessen – ergänzen weitere Gemeinsamkeiten. »Oswald Spengler, wir gedenken Deiner als einer der großen deutschen Denker«, so würdigte Otte am 7. Mai 2011 auf Einladung des extrem rechten »Instituts für Staatspolitik« auf einer Gedenkveranstaltung auf dem Münchner Nordfriedhof den 1936 verstorbenen Philosophen der Rechten und Gegner der »Weimarer Republik«. Bei der anschließenden Zusammenkunft referierten Otte sowie der neu-rechte »Vordenker« Karlheinz Weißmann und einer der Vielschreiber des Milieus, Frank Lisson. Bereits einen Tag zuvor war in der JF (Nr. 19/2011) ein ausführlicher Artikel von Otte über den von ihm verehrten Antidemokraten Spengler und das Denken der »konservativen Revolution« erschienen (s. DRR 131). Otte taucht aber auch in weiteren Zusammenhängen der Rechten auf. So referierte er beispielsweise 2010 bei der »Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg«, die ihn mittlerweile als Mitglied ihres Beirates aufführt. Und auch die »Preußische Allgemeine Zeitung« empfahl Ottes Bücher. ■

# Fast Kaiser

## Der rechte Europapolitiker Otto Habsburg ist tot

Mit Otto Habsburg starb eine Leitfigur der nicht-nazistischen Rechten. Der Fast-Kaiser von Österreich-Ungarn und einflussreiche CSU-Politiker pflegte im Kampf gegen die Linke und für eine völkische und autoritäre Neuordnung Europas enge Kontakte in die extreme Rechte.

Von Ernst Kovahl

Als Otto Habsburg am 4. Juli 2011 mit 98 Jahren starb, trauerte die deutsche Rechte. Für den »Bund der Vertriebenen« erklärte deren Präsidentin Erika Steinbach (CDU): »Ein Freund der Heimatvertriebenen hat uns verlassen.« Der rechtsaußen Flügel der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« teilte im »Witikobrief« (03/2011) mit: »Die Sudetendeutschen trauern um den Verstorbenen in dem Bewusstsein, daß er ohne den Umbruch 1918 ihr legitimes Staatsoberhaupt gewesen wäre und danken ihm, daß er sich stets zu ihrer Volksgruppe bekannt hat.« Und für die neu-rechte »Junge Freiheit« (JF) war er ein »europäischer Patriot aus tiefster Seele« (Nr. 28/2011).

Doch Nachrufe auf den Toten erschienen nicht nur in der Presse der extremen Rechten. Auch konservative Zeitungen und Boulevard-Blätter widmeten Habsburg, der 1912 als Thronfolger des 1916 zum letzten Herrscher Österreich-Ungarns gekrönten Kaiser geboren wurde, geschichtsvergessene Berichte. Unterwürfig huldigte ihm auch Habsburgs Biograph Stephan Baier im österreichischen Rechtsblatt »Neue Ordnung« (Nr. 3/2011): »Ein Kaiser ohne Krone, ein Staatsmann ohne Staat, ein großer Visionär mit großer Vergangenheit«. Habsburg hatte, so Baier, »eine nicht delegierbare Verantwortung zu tragen«, das Erbe des Hauses Habsburg zu erhalten. Und tatsächlich zieht sich diese Motivation wie ein roter Faden durch die Politik des verhinderten Kaisers – das Überwintern der Vorstellung einer autoritären und traditionellen gesellschaftlichen Ordnung in Zeiten von Demokratie und Moderne. Er wollte »die Inhalte in eine neue Form retten«, schrieb Baier.

Durch den erzwungenen Thronverzicht 1918 war Schluss mit Regieren, die Familie Habsburg ging ins Exil. Die Hoffnung auf eine Rückkehr an die Macht wurde jedoch nicht aufgegeben. Aus den USA setzte sich Habsburg während des Zweiten Weltkrieges dafür ein, Österreich nicht als Täter, sondern als Opfer des Faschismus zu behandeln, und agierte gegen die Nachkriegspläne der Alliierten und der tschechoslowakischen Exilregierung. Habsburg glaubte, es gebe »keinen Staat in Europa, der mehr Recht hat, sich als Opfer zu bezeichnen, als es Österreich gewesen ist«.

Unterdessen hatte sich der Kaiser-Spross angesichts der Unmöglichkeit einer Restauration seiner Herrschaft der Europapolitik zugewandt. Bereits 1936 war er in die »Paneuropa Union« (PEU) des Grafen Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi eingetreten, der mit seinem 1923 vorgelegten Konzept ein geeintes, kapitalistisches Großeuropa unter deutscher Führung forcierte, einen »Staatenbund und Zollverein zur Rettung Europas, der abendländischen Kultur und der weißen Rasse«. Die Programmatik der PEU war elitär, antidemokratisch, eurozentristisch und antikommunistisch.

In den Jahren nach der Kapitulation Deutschlands 1945 erkannten Teile der deutschen Rechten – unter ihnen auch große Teile der »Vertriebenen« –, dass eine Integration Deutschlands in ein westliches Europa die einzige Möglichkeit sei, wieder politische und wirtschaftlicher Macht zu erringen und die Teilung zu überwinden. Ein nationaler Alleingang schien aussichtslos. Der langjährige CSU-Vorsitzende, bayerische Ministerpräsident und zeitweilige Bundesminister Franz Josef Strauß (CSU), ein Förderer Habsburgs, nannte dies die »Europäisierung der deutschen Frage«. Habsburg wurde in diesem konservativen Milieu zwischen CDU/CSU, Katholiken, »Vertriebenen«, Rest-Monarchisten und rechten Intellektuellen zum Dauerautor und Netzwerker. In Büchern zu Fragen der Welt- und Europapolitik sowie Geschichte legte er die Grundzüge seiner Politik dar. 1957 wurde er in den Zentralrat der PEU gewählt, ab 1960 war er deren Vizepräsident. Doch erst 1972, nach Coudenhove-Kalergis Tod, nahm Habsburgs Karriere Fahrt auf. Er wurde Präsident der PEU – der er bis 2004 vorstand - und belebte sie. Erfolgreich führte er Rechte unterschiedlicher Strömungen zusammen, um eine effektive »Pressure-Group« aufzubauen, die auf dem pro-europäischen Ticket eine Stärkung Deutschlands, die Durchsetzung von Interessen der deutschen »Vertriebenen« unter der Fahne eines »europäischen Volksgruppenrechts«, die völkische Neuordnung Europas entlang »ethnischer« Grenzen und eine streng-katholische Sozialordnung propagierte – inklusive der praktischen Destabilisierung der sozialistischen Staaten. Dem Gegner der Friedensabkommen der Alliierten ging es immer um eine radikale gesellschaftliche Restauration. Einender Kitt war der Antikommunismus.

Während der 1970er Jahre wurde Habsburg ein wichtiger außenpolitischer Mitarbeiter von Strauß und zog 1979 auf einem sicheren Listenplatz der CSU in das Europaparlament ein, wo er bis 1999 saß. Habsburg pflegte zugleich auch immer gute Kontakte in die extreme und in die faschistische Rechte. So unterstützte er beispielsweise Spaniens Diktator Franco, die »Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess« und den 1985 in Italien wegen Mord verurteilten SS-Kommandeur Walter Reder oder suchte die Nähe zu den europäischen Parteien der extremen Rechten – die Liste der Kontakte ist lang. Demokratie als Staatsform war für ihn nicht so wichtig, man dürfe »die Frage der Staatsform nicht überbewerten«, sagte er einmal der JF (48/2002), der er regelmäßig Interviews gewährte. Stattdessen glaube er »an viele Elemente der Monarchie«. ■

^ Titelbild der »Neue Ordnung« zum Tod von Otto Habsburg

# »Wir sind noch da«

»Wie sollen unsere Erinnerungen bewahrt werden, wenn wir bald nicht mehr da sind?«, fragten sich Überlebende von nationalsozialistischer Zwangsarbeit, von Konzentrations- und Vernichtungslagern in den letzten Jahren vermehrt. Eine Fotoausstellung, ein Bildband und ein Webportal mit dem Titel »GENERATIONEN. KZ-Überlebende und die, die nach ihnen kommen« wollen diesem Bangen mit einem Hoffnungsschimmer begegnen.

Von Claudia Krieg

Sergio Peletta hat längere silbergraue Haare, er blinzelt ernst in die noch harte Frühlingssonne. Um seine Schultern liegt das blau-weiße Dreieckstuch mit rotem Winkel, das viele KZ-Überlebende bei den Feierlichkeiten zu den Jahrestagen der Befreiung der Konzentrationslager tragen. Peletta wirkt noch jung, die Aufnahme scheint auf einem Spaziergang entstanden zu sein. Er ist zum Zeitpunkt der Aufnahme 85 Jahre alt und nimmt an der Feier zur Befreiung des Konzentrationslagers Flossenbürg teil. Der ehemalige Widerstandskämpfer wurde noch am 2. Februar 1945 von der Gestapo Nürnberg-Fürth in das KZ Flossenbürg eingeliefert. Seine Befreiung erlebte er durch die sowjetische Armee in Most. Maria Jaworskas Augen sind fast so hell wie der Teil der Wand hinter ihr, wo Farbe und Licht ununterscheidbar in ein strahlendes Weiß übergehen. Maria Jaworska, geboren 1928, als junge Frau in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Bergen-Belsen inhaftiert und im letzteren befreit, besuchte die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen im Jahr 2007, als das Bild entstand.

### Die Überlebenden und die Nachkommenden

Sergio Peletta und Maria Jaworska sind zwei von 39 Überlebenden, die im Bildband »GENERATIONEN. KZ-Überlebende und die, die nach ihnen kommen«, herausgegeben von den KZ-Gedenkstätten Neuengamme, Bergen-Belsen und Flossenbürg, porträtiert werden. Der Fotograf Mark Mühlhaus ist in den vergangenen Jahren viel in Gedenkstätten von ehemaligen Vernichtungs- und Konzentrationslagern unterwegs gewesen, darunter Auschwitz, Mauthausen, Bergen-Belsen, Ravensbrück, Neuengamme und Buchenwald. Er hat dort die jährlichen Feierlichkeiten anlässlich der Befreiung durch die Alliierten besucht, war zu Gast bei Gesprächen und Tagungen, hat selbst mit jugendlichen Teilnehmern von Workcamps zum Thema Erinnerung überlegt, wie man das Erleben in KZ-Gedenkstätten bildlich umsetzen kann. Manche Überlebende hat er über einige Tage hinweg mit der Kamera begleitet, von anderen gibt es nur ein Bild, aber keine Namen. Aber Mühlhaus wollte auch die Menschen zeigen, die als Junge oder Jüngere hinter und neben den alten Menschen stehen, sei es als Familienangehörige oder Freunde, als Helfende, Verbundene, engagiert in ihrem Sinne: »Es ging darum, den Schritt zu wagen«, so Mühlhaus, »sagen zu können: Ja, es stimmt, viele Überlebende sterben und werden noch sterben, aber, ohne dabei von ihnen wegzuschauen, können wir den Blick von ihnen heben, um zu sehen, was um sie herum geschieht.«

### Sorge um das Vermächtnis

Die verbliebenen Überlebenden von nationalsozialistischer Verfolgung und Vernichtung werden immer weniger wahrgenommen – weil sie die Kraft nicht mehr aufbringen können, in Erscheinung zu treten, weil sie sterben, so wie alte Menschen eben sterben. In den letzten Jahren gehörte es in den Ansprachen bei öffentlichen Gedenkfeiern zum guten Ton, dies zu erwähnen und zu bedauern. Denen, die sich davon zwangsläufig angesprochen fühlten, musste das wie verfrühte Grabreden erschienen sein, selbst wenn ihnen doch dabei angeblich Würde entgegengebracht werden sollte. In der Vergangenheit hat es keinen nennenswerten Dialog zwischen RepräsentantInnen der Überlebenden und VertreterInnen öffentlicher Interessen der Bundesrepublik gegeben – die Beziehungen waren mehrheitlich von Konflikten um die Gestaltung von Gedenkstätten und von geschichtspolitischen Streitfragen nach 1990 geprägt. Der Streit um die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen ist ein beredtes Beispiel dafür.

### Salbungsvolle Worte

Die vielen salbungsvollen Worte der Gedenkreden erfassten auch mitnichten, was die Sorge vieler Überlebender selbst betrifft. Nicht die Furcht vor dem Tod bereitet ihnen Angst, sondern, dass die Erinnerungen an die Verbrechen, die Nazi-Deutschland an ihnen begangen hat, nicht mehr weitergegeben werden: »Wir haben Angst, dass es verloren geht nach unserem Tod«, so die Bergen-Belsen-Überlebende Toni Dreilinger aus Israel, »wir werden nicht ewig da sein.« Diese Sorgen diskutierten Überlebendenverbände im Hinblick auf die Frage des Vermächtnisses in der Regel unter sich. Sie blieben damit genauso allein wie mit

den Konflikten, welche die Debatte begleiteten: Als Jorge Semprún im April 2005 zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald im Weimarer Nationaltheater an das Mikrofon trat, sagte er, dies sei zweifellos die letzte Feier eines runden Jahrestags, an der KZ-Überlebende teilnehmen: »2015 wird es keine Zeugen mehr geben.« Er löste stürmische Reaktionen aus: »Du wirst vielleicht tot sein, aber wir werden auch in zehn Jahren wiederkommen!« riefen andere teilnehmende Überlebende von ihren Sitzen.



**BürgInnen der Erfahrung**

Semprún, Schriftsteller und politischer Aktivist, der im Juni diesen Jahres im Alter von 87 Jahren in Paris verstarb, hatte recht. Direkte ZeugInnen wird es nur noch wenige geben. Erinnerungen lebendig halten im eigentlichen Sinne können nur diejenigen, die die jeweilige Erinnerung auch haben. Die Gedenkstättenarbeit steht vor neuen Herausforderungen, wenn sie darauf verzichten muss, dass Überlebende selbst mit ihren Gesichtern und Geschichten vermitteln können: Wir sind noch da. Es gibt uns. Wir bürgen für unsere Erfahrungen, selbst dann, wenn ihr es nicht glauben könnt oder auch, wenn ihr es nicht hören wollt.




Das Aufbegehren der protestierenden Überlebenden betrifft auch diese Selbstvergewisserung: Sollte nicht darüber nachgedacht werden, wie die Aufgabe der Vermittlung weitergegeben, die Nachfolge angetreten werden kann? Aber wer sollte, wer darf überhaupt, was so gewichtig ist, übernehmen?

Besonders die letzte Frage stellte sich dabei nicht aus moralischer Perspektive, sondern aus Gründen politischer Legitimation: Wenn es schon Überlebende in der Auseinandersetzung mit deutschen Institutionen so schwer hatten, wie sollten dann die In-Auftrag-NehmerInnen ihres Vermächtnisses dort jemals zu einer Verhandlungsposition vorgelassen werden? Die Verzweiflung war in Überlebendenverbänden, Freundeskreisen und politischen Initiativen über Jahre hinweg deutlich spürbar. Auch in den Gedenkstätten wird die Frage seit längerem diskutiert.

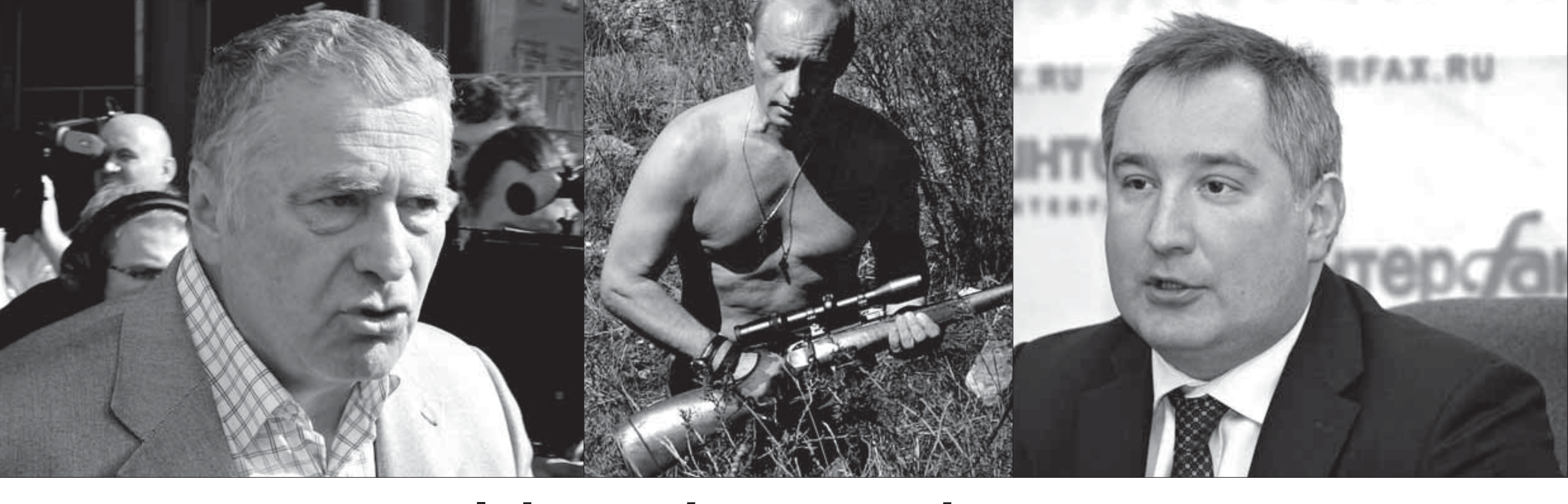
**Engagement der Nachkommenden**

Die Mitgestalterin des Bildbandes, die Gedenkstättenpädagogin Ulrike Jensen, musste und muss in ihrer Arbeit in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme die Konflikte und Auseinandersetzungen um die Frage der Generationenfolge austragen. Jensen schreibt im Bildband: »Das Diskutierte (wird) Realität: Gedenkstättenarbeit und Gedenken müssen in naher Zukunft ohne die Hauptpersonen auskommen.« Und über die Perspektive von Überlebenden: »Viele glauben nicht daran, dass ihre Erinnerungen sie überleben werden«.

Neben dem Druck, den dieses »Dilemma«, wie es Jensen nennt, mit sich bringt, kommt den Menschen der zweiten und dritten Generation aber mehr und mehr Vertrauen zu. Nicht wenige von ihnen tragen schon lange am Gewicht der Geschichte ihrer Eltern und Großeltern mit, engagieren sich in Angehörigen- und Überlebendenverbänden. Sie öffnen sich der Tatsache, dass es nun sie sind, die in den Fokus rücken. Zwar nicht als TrägerInnen der unmittelbaren Erfahrungen, können sie dennoch eine Schnittstelle sein – zu jungen Menschen, die bereit sind, das Vermächtnis zu schultern, zu Interessierten, die über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen lernen wollen, auch ohne die Möglichkeit zu haben, diejenigen zu treffen, die ihn überlebt haben. Die Bilder von Mark Mühlhaus haben die Momente einer Entwicklung, die noch am Anfang steht, eingefangen: »KZ-Überlebende besuchen die Orte ihres Leidens, aber sie müssen dies nicht allein tun. Sie werden von ihren Angehörigen begleitet, treffen einander und begegnen jüngeren Menschen. Sie reden oder schweigen, gedenken miteinander, erinnern, sprechen, lachen oder trauern gemeinsam.« ■

Bildband »GENERATIONEN. KZ-Überlebende und die, die nach ihnen kommen«, Mark Mühlhaus, Ulrike Jensen, Wallstein Verlag Göttingen, 2011.
Website zum fortführenden Projekt Generationen:
www.projekt-generationen.org

Die Ausstellung wird in den nächsten Monaten in Hamburg und an anderen Orten zu sehen sein.




# Der Kreml bestimmt den Kurs

## Es ist Wahlkampf in Russland

In Russland ist derzeit Wahlkampf angesagt. Auch wenn die Ergebnisse der für Anfang Dezember 2011 anstehenden Dumawahlen nicht an den Wahlurnen ermittelt werden, sondern hinter den verschlossenen Türen der Kremlstrategen, tragen diese dennoch der »Stimme der Straße« Rechnung. Dabei sprach sich der russische Präsident Dmitrij Medwedjew mehrmals offen dagegen aus, während der Wahlkampfzeit auf nationalistische Slogans zu setzen.

Von Ute Weinmann

Unlängst veröffentlichte das unabhängige Meinungsforschungsinstitut »Levada-Zentrum« seine neuesten Umfrageergebnisse zum Thema Fremdenfeindlichkeit. 44 Prozent der Bevölkerung machen das Verhalten von Vertretern anderer Nationalitäten als der russischen – ob Ausländer oder russischer Staatsbürger spielt dabei keine Rolle – für den wachsenden Nationalismus im Land verantwortlich. Vor neun Jahren, als das Zentrum mit seinen Umfragen zu dem Thema begann, vertrat nur ein Viertel der Bevölkerung diese These. Nach den Ergebnissen einer von der Moskauer Stadtregierung in Auftrag gegebenen soziologischen Studie unterstützen 35 Prozent der Hauptstadtbewohner die Ziele russischer Nationalisten.

**4.-November-Marsch**

Deren Aktivitäten konzentrieren sich derzeit auf den 4. November, den »Tag der Volkseinheit«, an dem die – trotz zahlreicher Versuche, übergreifende Bündnisse zu etablieren, alles in allem zersplitterte – Rechte seit Jahren mit großem Aufgebot aufmarschiert. 2011 geriet der sogenannte Russische Marsch zur Wahlkampfveranstaltung gegen die Kremlhauspartei »Einiges Russland«. Innerhalb des vergangenen Jahres kam es zum Verbot von zwei der bedeutendsten Vereinigungen innerhalb der rechten Szene, des »Slawischen Bundes« und der »Bewegung gegen illegale Immigration«. Deren neues ambitioniertes Bündnis unter dem allumfassenden Label »Russen«, einem Zusammenschluss von über 40 Organisationen aus dem rechten Spektrum, scheitert jedoch genauso wie deren Vorgänger an dem selbstgestellten Ziel, als eigenständige Kraft ins politische Establishment aufzusteigen. Die extreme Rechte strebt ins Parlament, doch der Staat behält sich sein Monopol auf die Mobilisierung unter nationalistischer Flagge selbst vor.

In dem Kontext kann auch das vorläufige Verbot des alljährlich am 4. November abgehaltenen »russischen Marsches« verstanden werden. Nach dem zweiten Anlauf erhielten die Veranstalter des Marsches dennoch eine Genehmigung für eine Demonstration samt Konzert am Stadtrand für insgesamt 10.000 Teilnehmer – 5.000 kamen. Einige rechte Splittergruppen haben eine eigenständige Veranstaltung beantragt. Der Kreml ist zwar nicht an einer Eskalation interessiert, mit der die Veranstalter gedroht hatten, verharmlost allerdings die Signale, die eine offen nationalistische Großdemonstration selbst am Stadtrand ausstrahlt.

**Sammlungsbewegungen**

In den vergangenen Monaten hat sich die russische Rechte aktiv und systematisch um verbindliche Kontakte zu den etablierten Parteien bemüht. Dabei zeigte nicht nur die traditionell mit einem rechtspopulistischen Ansatz agierende »Liberal-Demokratische Partei Russlands« (LDPR) von Wladimir Schirinowski, die ihren Wahlkampf mit dem Slogan »Die LDPR ist für die Russen!« führt, ihre Offenheit für eine Zusammenarbeit. Die der orthodoxen Kirche nahestehende rechtsradikale Bewegung »Volkskonzil« schloss die Jugendorganisation der Partei »Gerechtes Russland«, deren Vorsitzender dem Zentralrat der Partei angehört, in ihre Reihen ein. Auch bei den Wirtschaftsliberalen der Partei »Rechte Sache« finden sich im Moskauer Umland und in der Stadt Saratow Fürsprecher für einen rechten Kurs. Sie bekundeten, für die Stimmen von Wählern mit gemäßigten nationalistischen Ansichten werben zu wollen. Der inzwischen von seinem Posten als Vorsitzender zurückgetretene Oligarch Michail Prochorow engagierte für seinen Wahlkampf den bekannten Rechtspopulisten Jewgenij Rojzman, der sich in der rechten Szene einer breiten Popularität erfreut. Nicht wegen dessen nationalistischen Auftretens, sondern aufgrund seines zu publikumswirksamen Auftretens setzte der Kreml Rojzmans Parteiaktivitäten ein schnelles Ende. Dafür schmückt sich die »Rechte Sache« nun mit neuer Parteisymbolik: statt der Farben Rot und Weiß wirbt sie nun mit Schwarz, Gelb und Weiß, den Farben der imperialen russischen Flagge, die zur Grundausrüstung der meisten russischen rechtsradikalen Zusammenhänge zählt.

Bei den kremlnahen Strukturen hält man sich derweil an traditionelle Vereinigungen. Premierminister Wladimir Putin hatte mit seiner ad hoc ins Leben gerufenen »Allrussischen Volksfront« den Kurs bereits im Frühjahr vorgegeben. Im August 2011 erhielt Dmitrij Rogozins »Kongress russischer Gemeinden«, der die letzten Jahre formal aufgehört hatte zu existieren, seine Registrierung und trat kurz darauf geschlossen der Volksfront bei. Rogozin ging bei den letzten Wahlen als Zugpferd der Partei »Rodina« mit antimigrantischen Parolen hausieren (»Säubern wir Moskau vom Müll«), war damals allerdings zu weit gegangen und auf den Posten als ständiger Vertreter Russlands im NATO Hauptquartier abgeschoben worden. Weil der talentierte Rechtspopulist bei einem breiten Publikum auf Sympathien stößt, dient er dem Kreml für den Wahlkampf nun als willkommene Verstärkung. ■

^ v. l. n. r. Wladimir Schirinowski, Wladimir Putin, Dimitrij Rogozin

# Handgranate in Sporttasche

## Tod eines Moskauer Neonazis

Von Ute Weinmann

Aleksej Korschunow erwartete in Russland mit großer Sicherheit eine lebenslängliche Haftstrafe. Der 28 Jahre alte Neonazi hatte sich jedoch beizeiten in die benachbarte Ukraine abgesetzt. Am 4. Oktober diesen Jahres explodierte eine Granate, die Korschunow in einer Sporttasche bei seinem allabendlichen Lauftraining in einem Stadion der südukrainischen Stadt Zaporozhje bei sich trug. Er war auf der Stelle tot. Ein Prozess in Russland hätte womöglich viele interessante Details ans Tageslicht gebracht. Korschunow wurde als Mörder des Anwalts Eduard Tschuwaschow ausgemacht, der im April 2010 im Eingang seines Wohnhauses erschossen wurde – ganz offensichtlich deshalb, weil er gegen eine Reihe junger Neonazis hohe Haftstrafen erwirkt hatte. Außerdem stand Korschunow in Verdacht, den Antifaschisten Iwan Khutorskoj im November 2009 getötet zu haben. Und es spricht einiges dafür, dass er am 19. Januar 2009 seine Waffe im Anschlag hielt, um auf den Anwalt Stanislaw Markelow und die Journalistin Anastasija Baburowa zu schießen.

Für den Mord an den beiden erhielten seine Verbündeten Nikita Tikhonow und Jewgenija Khasis hohe Haftstrafen (s. DRR 130). Khasis hatte den Ermittlern vor der Verurteilung allerlei nützliche Informationen über Korschunow mitgeteilt. Auf dessen Spur hatten die Polizei aber Moskauer Antifaschisten gebracht, die den Killer bereits knapp zwei Monate vor der Ermordung Markelows nach einer dessen Pressekonferenzen geoutet und fotografiert hatten. Auch Nastja Baburowa bemerkte die Beschattung Markelows durch Korschunow und ihr gelang es ebenfalls, von ihm ein Foto zu machen. Durch die Fotos erhielten die Ermittler frühzeitig einen wertvollen Hinweis, dennoch gelang es ihnen nicht, ihn aufzuspüren.

Auf seine Mörderkarriere konnte sich der Neonazi (mit zwei auf die Brust tätowierten Hakenkreuzen auf einer durch Eichenblätter dargestellten Karte Russlands) bei staatlichen und privaten Sicherheitsdiensten vorbereiten. Schusswaffen haben Korschunow seit seiner Armeezeit begleitet. Anschließend arbeitete er etwa zwei Jahre beim Inlandsgeheimdienst FSB, später verdingte er sich bei einer Wachschutzfirma. Parallel dazu verschaffte er sich in der Moskauer Naziszene bei den militanten »Vereinigten Brigaden«, kurz »OB-88«, einen Namen. Dort kam er auch mit Nikita Tikhonow in Berührung. Lange Zeit konnten sich solche militante Gruppen fast ungestört bewegen.

Trotz zahlreicher Festnahmen in den vergangenen drei Jahren ist jedoch keine Entwarnung angesagt. ■

# Aufmarsch in Kiew

## »Svoboda« verherrlicht Faschisten

Von Andrea Röpke

Die nationalistische und rassistische Partei »Svoboda« (»Freiheit«) rief am 14. Oktober 2011 zum Marsch durch Kiew auf, um der 1942 gegründeten »Ukrainischen Aufständischen Armee« sowie deren Anführer Stepan Bandera zu gedenken. Tausende Nationalisten folgten – darunter auch zahlreiche »Autonome Nationalisten«.

Immer wieder wurde in Kiew ein Arm zum Hitlergruß gereckt. »ACAB« (»All Cops are Bastards«) rief einer aus dem anonymen Block. Nach endlosen Reden zahlreicher »Svoboda«-Anführer, formierten sich die Jüngeren zum »Black Bloc«. Weiter hinten waren rotschwarze Fahnen zu erkennen. Junge Männer und Frauen trugen grüne Militärkleidung, andere waren schwarz gekleidet und hatten sich mit Tüchern oder medizinischen Atemmasken vermummt. Der Schriftzug »Thor Steinar« leuchtete hervor. Auch Glatzen waren zu sehen. Über ihren Köpfen schwebten Keltenkreuze und Zahnräder.

Den 69. Jahrestag der UPA-Gründung nutzten alte und junge AnhängerInnen, um direkt in Kiew »Ukraine den Ukrainern« zu fordern und laute Kritik an der Regierung zu äußern. »Unser Ziel ist es, die Ukraine zu schaffen, für welche die Soldaten der UPA kämpften!« forderte der Lviver Bezirksabgeordnete Oleg Tjagnybok.




Oleg Tjagnybok, einer der Anführer der Partei, bemüht sich, den politischen Einfluss auf das ganze Land auszubreiten. »Gott und die Ukraine über alles« lautet eine der Forderungen »Svobodas« (Freiheit), solche Parolen finden immer mehr Zulauf.

Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2010 erzielten »Svoboda«-Anführer in Lviv mit 27 Prozent die absolute Mehrheit. (s. DRR Nr. 129) Im Landesdurchschnitt liegt die radikale Partei bei rund fünf Prozent. ■

# Die »Wutbürger« von Varnsdorf

## Antiziganistische Ausschreitungen in Tschechien

In der nordböhmischen Region Ústí nehmen seit Ende August 2011 tausende Bürgerinnen und Bürger an teilweise pogromartigen antiziganistischen Aufmärschen teil. Die deutsche Neonaziszene ist von der großen Beteiligung der Bevölkerung fasziniert.

Von Robert Andreasch und Lara Schultz









^^^ »Heute ist Aufmarsch«
^^ »Stoppt den schwarzen Rassismus«
^ Lukas Kohout

Antiziganismus ist in Tschechien weit verbreitet: In einer Studie des »Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung« (CVVM) antworteten im Jahr 2009 77 Prozent der Befragten, ihnen seien Roma »unsympathisch« . Auf einer Beliebtheitsskala von 1 (sehr sympathisch) bis 7 (sehr unsympathisch) erhielten Roma mit 5,7 den mit Abstand schlechtesten Wert aller ethnischen Minderheiten.

In den Kleinstädten der Region Ústí im tschechisch-deutschen Grenzgebiet dienen Roma längst als Sündenböcke für eine allgemeine Unzufriedenheit. Faktenfreie Behauptungen in Medien und Polizeiberichten über einen »schwarzen Rassismus« und angeblich gezielte Gewalt von Roma gegen die »weiße« Bevölkerung heizten die Situation im Spätsommer an.

Mit dem als facebook-Gruppe organisierten »Bürgerlichen Widerstand« um Josef Mašín in Rumburk und dem als Trickbetrüger populär gewordenen Lukáš Kohout in Varnsdorf fanden sich zwei Organisatoren, die ab Ende August 2011 bei einem guten Dutzend teilweise unangemeldeter Aufmärsche tausende BürgerInnen gegen Roma auf die Straße brachten. Ausdrücklich waren in einem der ersten Aufrufe in Varnsdorf auch die »Vietnamesischen Bürger« zu den Aktionen eingeladen worden. Die Märsche endeten mehrfach in einer Pogromstimmung, in der »Zigeuner ins Gas« skandiert wurde und Spezialeinheiten der Polizei Angriffe auf Roma abwehren mussten.

Die aus der bürgerlichen Mitte entstandenen Massenaktionen wurden teilweise zum Aktionsfeld tschechischer Neonazis. Die neonazistische »Delnická strana sociální spravedlnosti« (»Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«, DSSS) übernahm am 10. September 2011 in drei nordböhmischen Städten den organisatorischen Rahmen für den bürgerlichen Mob. Prompt reisten neben der Parteispitze aus dem ganzen Land bekannte »Autonome Nationalisten« (AN) und «Anti-Antifa«-AktivistInnen an.

Danach versuchte die DSSS, die antiziganistischen »Proteste« über Nordböhmen hinaus auszudehnen. Am 24. September 2011 konnten 500 BürgerInnen zu einer Kundgebung im mährisch-schlesischen Havírov gegen »nicht anpassungsfähige Gauner«, die es nicht nur in Nordböhmen gebe, mobilisiert werden. Am 8. Oktober kehrten die Neonazis nach Nordböhmen zurück. Wieder gingen, diesmal in der Regionshauptstadt Ústí, 500 BürgerInnen zusammen mit der DSSS auf die Straße. Und Lukáš Kohout, der mittlerweile offen mit der DSSS kooperiert, mobilisierte nach bewährtem Muster eine Woche später zu einem Aufmarsch in Šluknov: Auf facebook stellte er die hochfrequentierte Seite «Stop cernému rasismu« (»Stoppt den schwarzen Rassismus«) ein.

Die extreme Rechte in der Bundesrepublik ließ sich durch die Situation im Nachbarland schnell inspirieren. Der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Karl Richter stellte im Münchner Stadtrat schon am 13. September eine Anfrage, in der er sich »über Zu- und Abwanderungszahlen von Sinti und Roma von und nach München« sowie »Einhaltung der Schulpflicht bei Kindern, Prostitution, [und] die Einhaltung arbeitsrechtlicher Beschränkungen« erkundigte. Der neonazistische Blog »Oberlausitzer Feder« schrieb, »in Rumburg, Varnsdorf und Schluckenau (im heutigen Tschechien)« habe das »zwanghafte Aneinanderbinden« der »natürlichen und unabänderlichen Andersartigkeit der verschiedenen Völker der Erde [...] zu Spannungen, Gewalt und Haß« geführt, was »im offenen Kampf enden« müsse. Auch in der »Jungen Freiheit« (JF) log Michael Paulwitz die antiziganistischen Ausschreitungen gegen die tschechischen Roma in einen »ethnischen Konflikt zwischen Tschechen und Zigeunern« um. Die User des »thiazi«-Forums versuchten sich in einem thread über die Situation in Nordböhmen in hasserfüllten Formulierungen zu überbieten. Der Hetze über »pestartiges Gedärm«, »dunkle Brut«, »Ungeziefer« und »Zigeunerplage« folgten Aufrufe zu antiziganistischer Gewalt diesseits der deutsch-tschechischen Grenze: »Männer an die Waffen, Selbstschutzformationen aufgestellt und schützt, was der Staat nicht zu schützen vermag! Vertreibt, was schon wieder plündernd von Osten über die Grenzen fällt!«.

Fasziniert registrierte die deutsche Rechte den großen bürgerlichen Zuspruch für ihre »Kameraden« im Nachbarland. Die »Aktionsgruppe Görlitz« schrieb erfreut über die »tschechischen ›Wutbürger‹ von Varnsdorf« und in einem Artikel in der Oktober-Ausgabe der »Deutschen Simme« betonte der Nürnberger Aktivist Norman Kempken, dass sich bei den »Demonstrationen [...] beispielhaft massenweise Normalbürger beteiligen«. Da man in Deutschland »von dieser Art des völkischen Widerstandes leider noch weit entfernt« sei, mobilisierte Kempkens »Freies Netz Süd« ersatzweise zu einem antiziganistischen Aufmarsch Ende Oktober in Rotava.

Neonazis dürften mit antiziganistischer Agitation aber auch hierzulande an die Ressentiments der bürgerlichen Mitte andocken können. Kai Gersch, integrationspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, sagte Ende August der »Jungen Freiheit« über Roma in Berlin: »Ziel muss es sein, ihnen den Aufenthalt in Berlin unattraktiv zu machen. Diese Menschen sind keine kulturelle Bereicherung für uns. Falschverstandene politische Korrektheit darf nicht dazu führen, dass immer mehr von ihnen hierher kommen und bei uns sesshaft werden«. ■

# Führerlos in Österreich

## Drahtzieher einer Neonazi-Website vor Gericht

Die Ermittlungen gegen die »alpen-donau«-Homepage und die Verhaftung von drei mutmaßlichen Drahtziehern dieser Webseite im Frühjahr 2011 haben die österreichische Neonaziszene schwer getroffen. Die Strukturen hinter der Webseite sind gelähmt, eine Fortführung nicht in Sicht. Nicht einmal für eine Solidaritätskampagne für die Inhaftierten reicht es.

Von Heribert Schiedel

Nachdem sich die Behörden aufgrund ihres zögerlichen Vorgehens gegen die Neonazis von »alpen-donau« massive Kritik anhören mussten, schritten sie im Herbst 2010 endlich zur Tat: Österreichweit kam es zu 18 Hausdurchsuchungen. Diese waren offensichtlich ergiebig, zumindest konnten nach Behördenangaben bis dato fast 300 der auf der Website veröffentlichten strafrechtlich relevanten Inhalte 22 Personen zugeordnet werden. Ende April 2011 wurden mit Gottfried Küssel, Christian W. Anderle und Felix Budin drei mutmaßliche Haupttäter verhaftet.

Beinahe wöchentlich stehen derzeit Neonazis für ihre Aktivitäten auf »alpen-donau« vor Gericht, wie beispielsweise der 19-jährige Daniel O., der zu einer (noch nicht rechtskräftigen) 18-monatigen bedingten Haftstrafe verurteilt wurde. Der Neonazi war 2009 als »Frontsoldat« im Forum der Seite in Erscheinung getreten. Die Anklage warf ihm zudem vor, 2010 den Geburtstag von Adolf Hitler gemeinsam mit anderen Neonazis im Vereinslokal von Küssels »Wiener Akademische Ferialverbindung Reich« gefeiert zu haben. Ein paar Monate später nahm Daniel O. in Offenhausen an der »45. Politischen Akademie« der »Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik« (AFP) teil. O., der sich als »Werwolf« in der Nachfolge des konspirativen Nazi-Untergrunds phantasierte, ist – wie viele andere seiner Generation – durch das Hören von neonazistischer Musik das erste Mal in Kontakt mit NS-Ideologie gekommen.

Kurz darauf wurde der 36-jährige EDV-Techniker Christian W. zu einer Haftstrafe von 20 Monaten verurteilt (davon muss er fünf Monate absitzen; Urteil noch nicht rechtskräftig), weil er von 2004 bis 2010 im »Thiazi«- und im »alpen-donau«-Forum unter dem Pseudonym »Mjölnir« über 2.900 NS-verherrlichende und wüst antisemitische Einträge veröffentlicht hatte. W., der sich und andere Neonazis als »Menschen der Tat« bezeichnete und ebenfalls



^ Felix Budin (rechts) bei seiner Rede am Grab eines NS-Idols, Wien 2004

immer wieder mal in Küssels »Wiener Akademische Ferialverbindung Reich« vorbeischaute, gab im »alpen-donau«-Forum an, ein Sturmgewehr zu besitzen und an einer »paramilitärischen Schulung« teilgenommen zu haben.

Schließlich wurde mit dem 54-jährigen Ex-Anwalt Harald A. S. ein alter Bekannter zu einer Haftstrafe von 18 Monaten (nicht rechtskräftig) verurteilt. S. und Küssel kennen sich schon seit den 1970er Jahren aus den gemeinsamen Tagen bei der »Aktion Neue Rechte« (ANR). Im »alpen-donau«-Forum war er nun als »Athanarich« mit zahlreichen Beiträgen vertreten, in denen er unter anderem von der »Holocaustlüge« gesprochen hatte.

### Ausdifferenzierung

Schon Monate vor der polizeilichen Offensive gegen diese Website spaltete sich eine kleine Gruppe jüngerer Neonazis mit teilweise burschenschaftlichem Hintergrund ab und rief als »Funke« zum Kulturkampf auf. Hier hält man sich nicht länger bei der schön zu redenden NS-Vergangenheit auf, sondern ergeht sich in der Tradition des (Kollaborations-)Faschismus in wilder Ästhetisierung der Politik und des Männerbündischen. Während die snobistischen »Funke«-Recken als (revolutionäre) »Neue Rechte« posieren und vor allem an den Universitäten aktiv sind, setzt der proletarische Flügel weiterhin auf den alten Nazismus und die Agitation in trostlosen Wiener Randbezirken. Im Internet ist letzterer seit kurzem unter dem Label »Stolz und Frei« vertreten. Die noch anonymen Betreiber dieser Webseite, die auffallende Ähnlichkeit zu Internetauftritten der AFP aufweist, rufen zum »nationalen Widerstand« auf, der vor allem die »sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Österreich« zum Ziel hat. Namentlich genannt werden unter anderem Küssel und Budin, nicht jedoch der gemeinsam mit ihnen verhaftete Christian W. Anderle. Angesichts der jüngsten Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und bereitwilligen Aussagen von »Kameraden« schien es zudem ratsam, auf der »Stolz und Frei«-Startseite »Verhaltensregeln gegenüber der Polizei und dem Verfassungsschutz« zu veröffentlichen.

### »Ring Freiheitlicher Jugend« & Neonazis

Neben den Burschenschaften stellt der »Ring Freiheitlicher Jugend« (RFJ) in manchen Bundesländern ein Scharnier zwischen »Freiheitlicher Partei Österreichs« (FPÖ) und Neonazis dar. Entsprechend ihres »Frontkonzepts« nutzen letztere auch in Österreich die Strukturen der weltanschaulich am nächsten gelegenen Partei. In Tirol nahm dieses systematische Einsickern von rechts solche Ausmaße an, dass die Landes-FPÖ im Frühjahr 2010 ihren eigenen Nachwuchs ausschließen musste. Und in Graz müssen sich gegenwärtig acht Neonazis, darunter mehrere (ehemalige) Aktivisten des örtlichen RFJ, nach dem Verbotsgesetz wegen schwerer Körperverletzung vor Gericht verantworten. Schon Ende 2010 sah sich der steirische RFJ gezwungen, den Mitgliedern des Landesvorstandes eine »ehrenwörtliche Erklärung« abzuverlangen, wonach der/die Betreffende/n »zu keiner Zeit« mit den »alpen-donau«-Betreibern in Kontakt getreten sei beziehungsweise keine Kommentare oder Beiträge im angeschlossenen Forum verfasst habe. Darüber hinaus wurden die RFJ-Kader angehalten zu unterschreiben, dass »alle mit dieser Internet-Seite in Zusammenhang stehenden Personen« den Betreffenden »unbekannt« seien. Dass sich eine derartige Erklärung (mit geschwärzter Unterschrift) kurz darauf auf »alpen-donau« fand, zeigt, wie stark die Verstrickungen mit der Neonaziszene sind. ■

# Rückschlag für Nationalisten

## Parlamentswahlen in der Schweiz

Die »Schweizerische Volkspartei« (SVP) verlor bei der jüngsten Parlamentswahl Stimmen und Sitze – und doch bleibt sie die stärkste Partei.

Von Hans Stutz

»Masseneinwanderung stoppen – Schweizer wählen SVP«: Mit diesem Slogan bestritt die »Schweizerische Volkspartei« (SVP) ihren Wahlkampf. Unbestritten ist, dass die SVP bei weitem das größte Wahlbudget aller Parteien hatte. Sie klotzte landesweit, mit Tausenden von Inseraten und Plakaten, auch an Bahnhöfen. Es schien, als wolle die Partei, deren bekanntester Vertreter der Milliardär Christoph Blocher ist, den politischen Gegner aus dem öffentlichen Raum verdrängen. Mehrere Monate lang beschwor sie die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor der »Ausländer-Kriminalität« und dem Ruin der Sozialversicherungen: Und all dies soll eine Folge der Migration sein. Dabei griff sie auch zu Aussagen, die in anderen Ländern extrem rechten Parteien vorbehalten sind, wie: »Damit wir uns nicht fremd im eigenen Land fühlen müssen!« oder »Kosovaren schlitzen Schweizer auf.«

Doch, obwohl der Aufwand groß war, konnte die SVP den Wahlkampf nicht dominieren. Die Weltaktualität hob andere Themen in die Schlagzeilen. Anfang März 2011 barst die Schutzhülle des japanischen Atomkraftwerks Fukushima, daraufhin beherrschte die Atomausstiegs-Diskussion die politische Agenda – auch in der Schweiz. Am 22. Juli 2011 brachte Anders Behring Breivik Tod und großes Leid in viele norwegische Familien, des Weiteren wurde öffentlich geäußerte Muslimfeindschaft zu einem politischen Tabu – auch in der Schweiz. Der Finanzkrise und der Empörung über die Abzocker-Gehälter und Dividenden folgten erste Kundgebungen der »Occupy-Bewegung« – auch in Zürich, der Hauptstadt der Schweizer Großbanken.




**Ernüchterung**

Der Abstimmungssonntag am 23. Oktober 2011 ernüchterte die Nationalkonservativen dann endgültig, obwohl die veröffentlichten Wahlumfragen die SVP als Wahlgewinnerin gesehen hatten. Die Partei verlor landesweit knapp zehn Prozent ihrer bisherigen Wählerinnen und Wähler. Ihr Anteil sackte von rund 29 auf 26,6 Prozent und sie verlor acht Sitze. Die SVP verfügt nun noch über 54 Sitze im 200-köpfigen eidgenössischen Parlament (Nationalrat). Nach wie vor ist sie dort die stärkste Kraft. Zum Ständerat, der Länderkammer mit 46 Sitzen, lassen sich noch keine Aussagen machen, da in den kommenden Wochen noch in vielen Kantonen zweite Wahlgänge stattfinden werden.

Der SVP-Misserfolg muss indes auch relativiert werden. Die neue »Bürgerlich-Demokratische Partei« (BDP), die sich nach den letzten Wahlen von der SVP abgespalten hatte, erreichte ebenfalls 5,4 Prozent. Und dennoch ist der SVP-Rückgang eine Zäsur. Seit über zwanzig Jahren hatte die Partei bei jeder Wahl zugelegt, häufig mit diffamierenden Kampagnen gegen »AusländerInnen« oder Linke und Grüne. Sie verdrängte in dieser Zeit die anderen nationalistischen Parteien: Die »Schweizer Demokraten« (SD) – bis 1991 die stärkste xenophobe Kraft – erreichten dieses Jahr gerade noch 0,2 Prozent. Ihren letzten Sitz hatten sie bereits vor vier Jahren verloren. Die »Freiheitspartei« (einst »Autopartei«) trat dieses Jahr überhaupt nicht mehr zur Wahl an. Und die »Eidgenössisch-Demokratische Union« (EDU), die politische Stimme der evangelikalen Christen, verlor diesmal ihren letzten Vertreter im eidgenössischen Parlament. Mehrere EDU-Exponenten – im Verbund mit SVP-Parteileuten wie Ulrich Schlüer – gehörten zu jenem Komitee, das die Minarettverbot-Initiative zum Erfolg führte.

**Andere rechte »Erfolge«**

Nur in Genf und im Tessin blieben zwei nationalkonservative kantonale Gruppierungen erfolgreich. In Genf erreichte das »Mouvement des Citoyens Genevois« (MCG) einen und im Tessin die »Lega dei Ticinesi« gar zwei Sitze. Beide Parteien poltern in ihren Grenzkantonen gegen »Grenzgänger« aus Frankreich beziehungsweise Italien. Während die beiden Lega-Vertreter Lorenzo Quadri und Asyl-Hardlinerin Roberta Patani gut in die SVP-Fraktion passen, trifft dies für den MCG-Vertreter nicht zu. In einigen wichtigen Fragen, insbesondere in der Gesundheitspolitik, vertritt er linke Positionen. Und überhaupt: Der MCG-Vertreter Mauro Poggi ist schweizerisch-italienischer Doppelbürger und kürzlich zum Islam konvertiert.

**Folgen**

Die Sitzverluste stärken den Unternehmer-Flügel innerhalb der SVP. Die Wahl verpasst hat der bekannteste und eifrigste Ideologe der Diskriminierungswilligen, Ulrich Schlüer, Herausgeber der hetzerischen Zeitung »Schweizerzeit« und Mitentwickler der Minarettverbot-Initiative. Bereits vor vier Jahren war Schlüer knapp abgewählt worden, er konnte dann aber – wegen der Wahl des SVP-Präsidenten Ueli Maurer in die Landesregierung – wieder nachrücken. Diesmal wird es nicht mehr reichen, er ist nur noch fünfter Ersatz. Vom Nationalrat Abschied nehmen muss auch Dominique Bättig aus dem französischsprachigen Jura. Der kauzige Psychiater war während seiner Studentenjahre (um 1975) Mitglied einer extrem rechten Gruppe gewesen und während seiner Amtszeit bei der extrem rechten französischen Partei »Les Identitaires« aufgetreten.

Lob von rechtsaußen erntete ein SVP-Gewählter: Oscar Freysinger, langhaariges Idol der europäischen Islamophoben. Er trat in den vergangenen Monaten in Deutschland bei der Gründung von René Stadtkewitz' Partei »Die Freiheit« und in Holland mit Geert Wilders auf. Ovationen erntete der zweisprachige Freysinger bei einem Kongress von Muslimfeinden, mitorganisiert von »Les Identitaires«. Am Montag nach den Wahlen erhielt er nun die Quittung: »Les Identitaires« gratulierten der SVP und Freysinger zum »Erfolg«. Die logische Konsequenz der Freysingerschen Auftritte: In der Schweiz distanzieren sich SVP-Exponenten von extrem rechten Parteien und Exponenten, im Ausland jedoch gehen sie davon aus, diese politische Vorsicht ablegen zu können. ■

# Extreme Rechte im Vogelsberg

Von Ernst Kovahl

Eine neue Broschüre des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« beleuchtet die extreme Rechte im osthessischen Vogelsbergkreis. Die lesenswerte Broschüre geht das Thema mit einer Sichtung der Präsenz von Neonazis und extrem rechter Subkultur in Internet-Foren und sozialen Netzwerken (»SchülerVZ«, »Myspace«, »Wer-kennt-wen«, …) an – ein durchaus produktiver Ansatz. Unter anderem wurden 20.000 Fotos von Party-Communities im Web durchforstet, um so systematisch zu untersuchen, wie die extreme Rechte den Alltag von Jugendlichen prägt, und um einen Einblick in die Lebensrealitäten einer rechten Jugendsub- und Partykultur zu bekommen. Gerade in einer ländlich geprägten und weitläufigen Region wie dem Vogelsbergkreis spielt das Internet für soziale Kontakte Jugendlicher eine immer größere Rolle – das Web wird zum Treffpunkt und »virtuellen Dorfbrunnen«. So wie am Stammtisch gebe es auch hier eine große Akzeptanz für rechte Parolen, resümieren die Autoren. 85 Personen mit einem klar erkennbaren Bezug zur extremen Rechten und weitere 50 aus dem engeren Umfeld filtert die Studie für den Landkreis aus den unendlichen Weiten der digitalen Netzwerke heraus. Ihre Kontakte bestehen aus einer Mischung aus NachbarInnen, MitschülerInnen oder FreundInnen aus dem Fußballclub – und eben organisierten Neonazis. Parteien der extremen Rechten spielen eher eine untergeordnete Rolle. Dagegen finden sich in den Profilen zahlreiche Hinweise auf den kontinuierlichen Konsum von RechtsRock und den Besuch von Neonazi-Konzerten. Vor allem die – in den letzten Jahren ruhig gewordene – Neonazi-Skinhead-Gruppe »Berserker Kirtorf« und ihr Umfeld scheinen bis heute eine wichtige Rolle zu spielen. Jahrelang bot die bis zu 40 Personen starke Gruppe auf einem Bauernhof einen sicheren Ort für Konzerte und Partys mit zum Teil mehreren hundert TeilnehmerInnen. Gerade mit den sozialen Netzwerken lassen sich die neuen und alten Betätigungsfelder der jahrelang Aktiven der einst in der Region dominanten »Berserker« gut nachvollziehen. Zur Ruhe gesetzt haben diese sich nicht. Die Broschüre ist ein gelungenes Beispiel, wie Recherche in sozialen Netzwerken und im Internet, verknüpft mit klassischer Recherchearbeit, gute Ergebnisse für antifaschistische Praxis erzielen kann.

DGB Region Mittelhessen / Kreisverband Vogelsberg: Die extreme Rechte im Vogelsbergkreis. Gießen, 2011. Bezug: DGB, Walltorstr. 17, 35390 Giessen, giessen@dgb.de.

# »Hass ist meine Musik«

Von Annelies Senf

Inzwischen irritiert das Bild keineN BeobachterIn der Neonaziszene mehr: Offensichtliche Neonazis tragen schwarze Kapuzenpullover mit englischem Schriftzug und in Graffiti-Schriftart. Piercing-Schmuck bedeckt das Gesicht, das Basecap ist tief ins Gesicht gezogen und wird bestückt mit diversen Buttons.

Richtig, sie sehen aus wie Hardcore-Fans. Das sind sie auch. Heutzutage ist es kein Widerspruch, einerseits Hardcore zu hören und andererseits ein extrem rechtes, nationalsozialistisches Weltbild zu vertreten. Der sogenannte NS-Hardcore entwickelte sich in den letzten zehn Jahren zu einem eigenen – und auch erfolgreichen – subkulturellen Stil innerhalb der extremen Rechten. Eine bedeutende Rolle für die Entwicklung dieser Szene spielen Bands und Labels aus Sachsen-Anhalt. Bands wie »Painful Life«, »Hateful« oder »Daily Broken Dream« repräsentieren heute die NS-Hardcore-Szene, die im Gegensatz zu diversen R.A.C. – Bands nicht nur bei der Auswahl ihres Bandnamens auf Anglizismen zurückgreifen, sondern auch ihre Textbotschaften in Englisch singen und sich dadurch an ihren US-amerikanischen Vorbildern orientieren.

Die AkteurInnen der NS-Hardcore-Szene agieren als Bandmitglieder oder LabelbetreiberInnen und gleichzeitig als militante Neonazis. Ihre subkulturelle Sozialisation erfuhren sie in der RechtsRock-Szene. Die Verbindung zwischen dem autoritären Weltbild des Nationalsozialismus und dem Leben einer hierarchiefreien beziehungsweise mit der Beliebigkeit spielenden Subkultur versuchen die MacherInnen der Broschüre zu erklären, indem sie Herkunft, Ideologie, Stil- und Ausdrucksmittel des NS-Hardcore aufzeigen. Zunächst skizziert die Broschüre die Entwicklung des Genre Hardcore, das eng mit dem Punk verbunden ist. Daran schließt sich eine Beschreibung der Hardcore-Szene an. Die AutorInnen der Broschüre lassen mit Hilfe von Interviews einige Protagonisten der NS-Hardcore-Szene ihren Zugang zu dem Stil des NS-Hardcore über die »klassischen« Hardcore-Bands beschreiben. Ihren Aussagen nach sei die Musik gut, aber die Texte schlecht, daher wurden eigene Texte geschrieben.

Ausgangspunkt der Entwicklung hin zum NS-Hardcore waren die USA. Die dortige Szene nahm sich die deutschen Neonazis zum Vorbild und begann, eigene Texte zu verfassen. Beispielhaft beschreibt die Broschüre zehn NS-Hardcore-Bands aus Sachsen-Anhalt. Die exemplarische Darstellung von Liedtexten dieser Bands ermöglicht einen Einblick in die rechte Ideologiewelt des NS-Hardcore.

Besonders hervorzuheben ist, dass sich die AutorInnen dieser Broschüre hauptsächlich auf Quellenmaterial aus der Szene beziehen und dieses analysieren.

Ziel der Broschüre ist, ein differenziertes Bild von rechter Jugendkultur zu geben und Aktivitäten in den Bereichen der Musikproduktion und der Konzerte öffentlich zu machen. Diese Handreichung richtet sich an jene, die in der Jugendarbeit, Schule oder Freizeit der subkulturellen Szene begegnen.

Miteinander e. V. / Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hg.): Sirenen des Hasses. NS-Hardcore aus Sachsen-Anhalt. Magdeburg, Halle/Saale, 2010, 45 Seiten, 3,- Euro. Kostenloser Download unter www.miteinander-ev.de.

# Reparationsfrage

Von Annelies Senf

In der aktuellen Debatte um die Schuldenkrise Griechenlands und die Eurokrise der EU gibt es ganz klar einen Täter und ein Opfer. Der Täter ist Griechenland, das Opfer Deutschland, da es für die Schuldenkrise »zahlen muss«. Wortführer dieser Debatte ist Deutschland, in der EU ist man sich da einig. Doch es gibt eine Gegenstimme: Im März 2010 reagierte der ehemalige griechische Vize-Ministerpräsident Theodoros Pangalos auf die aggressive Kritik Deutschlands, indem er das Thema der Reparationszahlungen Deutschlands an Griechenland auf die Tagesordnung setzte. Bis heute verweigert sich Deutschland, in vollem Umfang für die totale Vernichtung der griechischen Wirtschaft während der Besatzung 1941-1944 zu zahlen. Die Verkehrung der Verhältnisse ist typisch deutsche Manier, wenn es um die Übernahme der Verantwortung für die Folgen der Zerstörung von Europas Staaten durch den Nationalsozialismus geht.

Den Zusammenhang zwischen der Euro-Einführung, der aktuellen EU-Politik gegenüber Griechenland und der Verweigerungspolitik der Reparationszahlungen Deutschlands zeigt Karl Heinz Roth in seinen Beiträgen zu dem Schwerpunkt des Heftes »Griechenland & die Euro-Krise« anschaulich auf. Anhand von Ereignissen und Zahlen macht er deutlich, dass Deutschland immer noch nicht seine Reparationskosten vollständig gezahlt hat und dass daher die chronische wirt-

schaftliche Misere Griechenlands eng verbunden ist mit der wirtschaftlichen »Kahlfraß«politik der Nationalsozialisten. In der aktuellen Debatte wird das Opfer zum Täter gemacht. Deutschland erklärt einerseits die Reparationsfrage für geklärt und versucht andererseits die Wirtschaft in Griechenland zu bestimmen – dieses Mal nur in Form der EU.

Es ist richtig, dass Deutschland zahlt. Es kann in einer kritischen Diskussion nur darum gehen, wer zu bezahlen hat – nämlich deutsche Unternehmen für ihre Rolle in der nationalsozialistischen Besatzungspolitik.

lunapark 21, zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie. Heft 15, Herbst 2011, 5,50 Euro.

## Kulturpessimisten

Von Jana Bleibtreu

Dem Hamburger Wissenschaftler Volker Weiß geht es nicht darum »Deutschlands Neuer Rechten« und dem »Angriff der Eliten« nachzuspüren, als vielmehr die Karrieren von Kulturpessimisten in Deutschland in den letzten einhundert Jahren nachzuvollziehen. Weiß' Ausgangspunkt ist Sarrazin. Wer den Namen des noch immer SPD-Mitglieds nicht mehr hören mag, sollte dennoch hier weiterlesen. Denn das ehemalige Vorstandsmitglied der Bundesbank ist, so zeigt Weiß, nur die Neuauflage jener Apokalyptiker, die Deutschland / die Welt oder treffender, den dekadenten Westen, wiederholt am Rande des Untergangs wähnten. Flott führt der Autor seinen Weg über die Werke von Oswald Spengler, Edgar J. Jungs, Friedrich Siegburgs, Ortega y Gassets, Arnold Gehlen, Botho Strauss und vielen anderen. Wer sich schon ein wenig mit diesen Autoren beschäftigt hat, wird seinen Spaß an der Veröffentlichung haben – wem die Genannten böhmische Dörfer sind, bietet der Essay eine vielleicht nicht immer ganz leichte Einführung in das Thema Kulturpessimismus. Übrigens, ganz falsch ist der Titel nicht, denn genau diese Autoren werden von der »Neuen Rechten« hierzulande gern hofiert.

Volker Weiß: Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten - Von Spengler bis Sarrazin. Ferdinand Schöningh: Paderborn, 2011, 141 Seiten, 16,- Euro.

## Nazi-Comics

Von Karsten Speckmann

Der im Sommer 2011 von Ralf Palandt herausgegebene Tagungsband »Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics« beeindruckt beim Aufschlagen durch seine durchgängige Bebilderung, teilweise sogar in Farbe gehalten. Ungewöhnlich für eine wissenschaftliche Veröffentlichung in dieser Preisklasse. Die Bestandsaufnahme eingangs von Palandt liefert einen guten Überblick.

Er zeigt rassistische und antisemitische Stereotype in normalen Comics – »Tim und Struppi« sind dabei wohl das bekannteste Beispiel –, zeigt, dass bekannte Comicfiguren wie Bart Simpson für die eigene rechte Zielsetzungen instrumentalisiert werden und er zeigt, wie vielfältig das Repertoire von Comics dieses politischen Spektrums ist – in den folgenden drei Abschnitten wird das wieder aufgegriffen. Doch leider analysieren nur zwei Beiträge gezielt extrem rechte Comics, zwei weitere beleuchten die Bedeutung derartiger Bildgeschichten im Faschismus und anschließend wenden sich fünf Artikel den genannten Stereotypen in gängigen Veröffentlichungen zu. Der Schwerpunkt des 450-seitigen Bandes liegt hingegen darauf, wie mit Comics, salopp gesprochen, gegen Rechts sensibilisiert werden kann. Der Fokus richtet sich dabei besonders auf solche Hefte/Bücher, die sich mit dem Nationalsozialismus und Holocaust beschäftigen und die Frage diskutieren, inwiefern sie für den Schulunterricht genutzt werden können oder nicht. Leider wird der Leser oder die Leserin auch in diesem Band auf den omnipräsenten nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz stoßen. Thomas Grumke stellt das Konzept der ›Anti-Extremismus-Comicreihe‹ namens »Andi« vor und der Zeichner darf über seine Zusammenarbeit mit dem Inlandsgeheimdienst schreiben. Ergiebiger wäre sicher gewesen, wenn auch diese Comics einer kritischen Analyse unterzogen worden wären – eine verpasste Chance. Nichtsdestotrotz, im deutschsprachigen Raum gibt es keine vergleichbare Veröffentlichung und trotz des Mankos lohnt es sich, den Sammelband anzuschauen.

Ralf Palandt (Hg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics. Archiv der Jugendkulturen: Berlin, 2011, 450 Seiten, 36,- Euro.



## EIGENTUMSVORBEHALT



## IMPRESSUM


Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und
Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.